

13437

Stenographisches Protokoll

158. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 23. September 1986

Tagesordnung

1. Bericht über den Antrag 213/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird
2. Erklärung des Bundeskanzlers gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung anlässlich der vorzeitigen Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates
3. Bericht über den Antrag 214/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahlen 1986

des Nationalrates vorzeitig beendet wird (1087 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Veselsky
(S. 13439)

- (2) Erklärung des Bundeskanzlers gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung anlässlich der vorzeitigen Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates

Bundeskanzler Dr. Vranitzky
(S. 13439)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 13438)

Redner:

Dr. Mock (S. 13446),
Wille (S. 13453),
Dr. Frischenschlager
(S. 13460),
Dr. Taus (S. 13467),
DDr. Gmoser (S. 13476),
Dr. Lichal (S. 13481),
Dr. Stix (S. 13487),
Dr. Neisser (S. 13495),
Dr. Kapaun (S. 13502) und
Steinbauer (S. 13505)

Annahme (S. 13509)

- (3) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 214/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahl 1986 (1088 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gradischnik
(S. 13509)

Annahme (S. 13510)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 13438)

Entschuldigung (S. 13438)

Geschäftsbehandlung

Absehen von der 24stündigen Frist für das Auflegen der schriftlichen Ausschlußberichte 1087 d. B. und 1088 d. B. gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung (S. 13438)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 13438)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 213/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVI. Gesetzgebungsperiode

Eingebracht wurde

Anfrage der Abgeordneten

Tonn und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Gewerbesteuerüberweisung an Gemeinden (2340/J)

936

Beginn der Sitzung: 12 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Marga Hubinek**, Dritter Präsident **Dr. Stix**.

mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, angenommen.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Präsident: Der Herr Bundeskanzler hat mitgeteilt, daß er beabsichtigt, eine Erklärung anlässlich der vorzeitigen Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates abzugeben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Zittmayr, Lafer, Sallinger.

Entschuldigt hat sich Abgeordneter Alois Huber.

Es ist in Aussicht genommen, diesen Punkt als zweiten zu behandeln.

Zuweisung

Es liegt mir ferner ein Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über diese Erklärung dann sogleich eine Debatte durchzuführen.

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrachten

Werden Einwendungen erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Antrag 218/A der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Michael Graff, Dr. Gradischnik und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafvollzugsanpassungsgesetz geändert wird, weise ich

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, die Debatte über die Punkte 1 und 2 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

dem Justizausschuß zu.

Gibt es eine Einwendung? — Es gibt keine Einwendung.

Absehen von der 24stündigen Auflegefrist

Präsident: Um die Punkte 1 und 3 der Tagesordnung in Verhandlung nehmen zu können, ist es erforderlich, von der 24stündigen Frist für das Aufliegen der beiden Berichte des Verfassungsausschusses

1. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 213/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird (1087 der Beilagen)

über den Antrag 213/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird (1087 der Beilagen), und

2. Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung anlässlich der vorzeitigen Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates

über den Antrag 214/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahlen 1986 (1088 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung abzusehen.

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 213/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird (1087 der Beilagen), und

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig, also

Präsident

Erklärung des Bundeskanzlers anlässlich der vorzeitigen Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates.

Berichterstatter zu Punkt 1 ist Herr Abgeordneter Veselsky.

Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Veselsky**: Hohes Haus! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird.

Gemäß Artikel 27 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 „dauert die Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vier Jahre, vom Tag seines ersten Zusammentritts an gerechnet.“

Die Neuwahl soll so stattfinden, „daß der neugewählte Nationalrat am Tag nach dem Ablauf des vierten Jahres der Gesetzgebungsperiode zusammentreten kann.“ Der Nationalrat kann jedoch gemäß Artikel 29 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz „durch einfaches Gesetz seine Auflösung beschließen“.

Im Sinne der Bestimmungen des Artikels 29 Abs. 2 Bundesverfassung schlägt der dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung vorgelegte Initiativantrag vor, den Nationalrat der XVI. Gesetzgebungsperiode vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufzulösen.

Der Verfassungsausschuß hat den Initiativantrag am 23. September 1986 in Beratung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Veselsky und Dr. Neisser einstimmig beschlossen, dem Hohen Haus die Annahme des Gesetzentwurfes in der dem schriftlichen Ausschlußbericht beigedruckten Fassung zu empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Darüber hinaus beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen.

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter für seine Ausführung.

Nunmehr erteile ich dem Herrn Bundeskanzler zur Abgabe einer Erklärung das Wort.

12.07

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Nationalrat tritt heute zusammen, um ein Bundesgesetz zu beschließen, das die XVI. Gesetzgebungsperiode vorzeitig beendet. Dieser Beschluß ist notwendig geworden, weil sich die Sozialistische Partei Österreichs entschlossen hat, das Regierungsbündnis mit der Freiheitlichen Partei nicht mehr fortzusetzen. Die Folge davon ist, daß die österreichische Bevölkerung aufgerufen werden wird, noch in diesem Jahr über die künftige Zusammensetzung des Parlaments und damit indirekt der Bundesregierung zu entscheiden.

Es haben mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ereignisse auf dem und rund um den FPÖ-Parteitag dazu veranlaßt, die erwähnten Schritte den Gremien der Sozialistischen Partei vorzuschlagen. Ich war der Ansicht und bin der Ansicht — und meine Freunde in der Sozialistischen Partei sind dieser Ansicht beigetreten —, daß durch die bekannten Entwicklungen innerhalb der Freiheitlichen Partei die Grundlage für die seinerzeit vereinbarte Regierungszusammenarbeit nicht mehr gegeben ist.

Diese Entscheidung der SPÖ ist nicht ein Versuch, sich in demokratische Entscheidungsprozesse anderer politischer Parteien einzumischen. Jede Partei hat das selbstverständliche Recht, selbst zu entscheiden, wer sie führen soll und welcher politische Kurs eingeschlagen werden soll. Aber genauso gilt der Satz, daß jede Partei die Konsequenzen ihrer eigenen Entscheidungen zu tragen hat.

Die Freiheitliche Partei hat auf dem vergangenen Parteitag über ihren Parteiobmann und über ihren politischen Kurs entschieden. Die Sozialistische Partei hat daraus die Konsequenzen gezogen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Hohes Haus! Erlauben Sie mir, die heutige Gelegenheit zu nützen, um Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, einen Bericht über die politische und wirtschaftliche Situation, in der sich Österreich heute befindet, zu geben und darüber hinaus die Maßnahmen und Aufgaben zu skizzieren, die in den kommenden Jahren die Schwerpunkte der Arbeit jeder Bundesregierung bilden müssen.

Ich beginne meine Ausführungen bewußt mit einer Analyse der wirtschaftlichen Situation, weil ich der Meinung bin, daß die

13440

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

öffentliche Diskussion zu diesem Thema sehr einseitig verläuft und den objektiven Wirtschaftsdaten nicht der Stellenwert zugemessen wird, der einer verantwortungsbewußten Wirtschaftsanalyse — und um das und nichts anderes geht es mir — entsprechen würde.

Die zugegeben schwierige Situation im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie und die damit verbundene Kündigung von mehr als 9 000 Beschäftigten im VOEST-ALPINE-Konzern können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Österreichs Wirtschaft heuer beträchtliche Erfolge aufzuweisen hat:

Die Beschäftigungszahl hat in diesem Sommer mit rund 2,85 Millionen Personen den zweithöchsten Stand in der Geschichte der Zweiten Republik erreicht. In ganz Österreich sind damit im Laufe eines einzigen Jahres über 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Preissteigerung hat sich bei 1,5 bis 2 Prozent eingependelt, eine Marke, mit der Österreich nach wie vor zu den preisstabilsten Ländern in der Gemeinschaft der westlichen Industriestaaten zählt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Leistungsbilanz — früher ein Problem der österreichischen Wirtschaft — weist heuer einen Überschuß auf. Der österreichische Schilling ist damit weiterhin eine der härtesten Währungen der Welt.

Die durchschnittlichen Realeinkommen werden heuer um rund 3 Prozent höher sein als im vergangenen Jahr. Damit wird zum erstenmal seit einigen Jahren eine deutliche Kaufkraftsteigerung eintreten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Schließlich sind auch die prognostizierten 2 Prozent Wirtschaftswachstum in einer Zeit, in der zum Beispiel in den Vereinigten Staaten schon von der bevorstehenden Rezession gesprochen wird und sich die Wachstumsraten dort in den vergangenen Monaten unter der 1 Prozent-Marke bewegten, ein Wert, der sich international sehen lassen kann.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewußt, daß die Damen und Herren der Opposition in der nachfolgenden Debatte versuchen werden, das Bild Österreichs und insbesondere die wirtschaftlichen Farben dieses Bildes so schwarz wie möglich darzustellen.

Die große Oppositionspartei wird mögli-

cherweise sagen, daß 1970, beim Amtsantritt der sozialistischen Regierung unter Bruno Kreisky, die Arbeitslosenrate 1,9 Prozent betragen hat, heute nach 16 Jahren sozialdemokratischer Führung in diesem Land die Arbeitslosenrate 5 Prozent beträgt. Nicht sagen werden die Redner der ÖVP jedoch, daß damals nur für 2,39 Millionen Menschen Beschäftigung vorhanden war, heute jedoch 2,85 Millionen Österreicher in Arbeit stehen. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Vielleicht werden die Damen und Herren der Opposition ausführen, daß in den letzten zehn Jahren rund 15 000 Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie verlorengegangen sind. Nicht gesagt wird die Tatsache werden, daß in diesem Zeitraum allein in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften jeder zweite Stahlarbeiter seinen Arbeitsplatz verloren hat, während in Österreich dieser Strukturprozeß langsamer — ich füge hinzu: vielleicht zu langsam —, aber dafür humaner gestaltet worden ist.

Und schließlich werden die Vertreter der Opposition möglicherweise heute auch behaupten, daß die 16 Jahre sozialdemokratischer Führung in Österreich schlechte Jahre für unser Land waren.

Meine Damen und Herren! Auch wenn es für manche Leute chic geworden ist, die vergangenen 16 Jahre als schlechte Jahre für Österreich zu bezeichnen, so füge ich ohne Überheblichkeit hinzu: Wir alle werden uns sehr anstrengen müssen, dieses angeblich so schlechte Ergebnis in den kommenden Jahren überhaupt zu erreichen und den erarbeiteten Wohlstand für die Zukunft abzusichern. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich habe diese kurze wirtschaftliche Situationsanalyse nicht deshalb angestellt, um die Leistungen und Erfolge der Bundesregierung überzubewerten — dies wäre genauso verfehlt wie die entgegengesetzte Vorgangsweise, nämlich das Krankjamern und die Schwarzmalerei —, sondern ich habe diese Ausführungen deshalb an den Beginn meiner Rede gestellt, um die Ausgangsposition zu schildern, auf der die kommende Regierung ihre Arbeit zu gestalten hat.

Denn eines soll klar ausgesprochen werden: Österreich hat nach wie vor eine hervorragende Stellung unter den Industriestaaten dieser Welt. Und trotzdem muß vieles verän-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

dert werden. Wir haben eine gute Ausgangsposition, aber wir selbst müssen die Grundlage dafür schaffen, daß diese Position auch erhalten bleibt. Mit dem Ausruhen auf wirklichen oder vermeintlichen Lorbeeren oder dem nostalgischen Schielen in die Vergangenheit können und werden die Probleme, die vor uns stehen, nicht gelöst, die offenen Fragen, die einer Antwort harren, nicht beantwortet werden.

Meine Damen und Herren! Allen Unkenrufen zum Trotz können wir stolz sein auf das, was wir als Österreicher erreicht haben, auf die Position, die Österreich in der Welt einnimmt. Diese Position, unsere politischen, unsere sozialen, unsere wirtschaftlichen Errungenschaften müssen aber abgesichert werden.

14 Jahre trennen uns nur mehr von der Jahrtausendwende. Was auch immer schon erreicht worden ist, für den Weg ins nächste Jahrtausend braucht Österreich einen neuen Modernisierungsschub. In Form einer nationalen Kraftanstrengung geht es darum, die Kräfte des Landes zu sammeln, alle Talente, die unser Land unzweifelhaft hat, freizulegen und alle Ideen, auch unkonventionelle, in unserem Land zu fördern, um so der Herausforderung der nächsten Jahre zu begegnen. Es gilt, der Kreativität in allen Lebensbereichen den Weg zu ebnen.

Diese Erneuerung, diese Modernisierung muß, ausgehend von der Wirtschaft, auch alle anderen Bereiche unseres Lebens erfassen. Dies wird und kann nicht allein durch die Politik möglich sein, dies wird und kann nicht allein durch neue Gesetze erreicht werden. Dazu brauchen wir auch eine neue Einstellung, auch eine neue Einstellung der Bürger dieses Landes, einen neuen Optimismus, eine neue Aufbruchstimmung. (*Abg. Schwarzenberger: Die Wende!*) Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft müssen wieder stärker zum Durchbruch kommen, das Verlassen auf den viel zitierten „Vater Staat“ darf nicht zum allgemeingültigen und alles überschattenden Grundprinzip des Lebens werden. (*Abg. Dr. Mock: Hört, hört! 16 Jahre lang!*) Wer nie etwas vom „Vater Staat“ genommen hat, möge sich als erster zu Wort melden. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Ich jedenfalls glaube, meine Damen und Herren, daß es auf uns selber ankommen wird, auf unsere Bereitschaft zur Arbeit und Leistung, wie reich oder wie arm an materiel-

len und immateriellen Gütern wir das Jahr 2000 erleben werden.

Hohes Haus! Hüten wir uns vor der Illusion, Österreich sei eine Insel der Seligen. Wir können uns nicht abkoppeln vom Zug der Weltwirtschaft, von der Dynamik der weltpolitischen Entwicklungen. Daher müssen Weltoffenheit und die Bereitschaft, über die eigenen Grenzen zu blicken, das Gebot der Stunde sein. Ich meine, es wäre töricht, zu glauben, es könne uns egal sein, was die Welt über uns denkt oder was sich in der Welt tut.

Die Öffnung gegenüber dem Ausland setzt ein Umdenken auch im Inland voraus. Offenheit und Toleranz gegenüber neuen Strömungen und jenen, die sie vertreten, sind die Voraussetzung für die Erschließung unseres kreativen Potentials.

Nicht zu kurz kommen darf auch die Toleranz gegenüber unseren religiösen und ethnischen Minderheiten. Wir haben zu lange ihre Rolle als befruchtendes Element unserer politischen Kultur unterbewertet.

Wir müssen die Modernisierung unserer Wirtschaft, im besonderen unserer Industrie, vorantreiben, ohne jedoch Raubbau an unseren Ressourcen und insbesondere an unserer Umwelt zu begehen. Der Widerspruch Wirtschaft — Umwelt ist nur ein scheinbarer. Viele Maßnahmen zur Erhaltung unserer Umwelt dienen gleichzeitig der Effizienzsteigerung in der Industrie.

Meine Damen und Herren! Wirtschaften kann und darf auch in Zukunft nicht Selbstzweck sein — im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine Interessen. Unmittelbares Ziel des Wirtschaftens muß daher auch künftighin ein möglichst hoher Beschäftigungsgrad sein. Dabei ist es grundsätzlich falsch, Arbeitsplatzgarantien in der Form abzugeben, daß ein bestimmter Arbeitsplatz in jedem Fall, und sei es mit Mitteln der öffentlichen Hand, zu halten wäre. Unser Bemühen muß im Gegenteil in die Richtung gehen, neue Arbeitsplätze in international konkurrenzfähigen Betrieben mit technisch hochstehenden Produkten zu schaffen, in Betrieben, die auf lange Sicht Gewinne machen.

Modernisierung ist nicht gleichzusetzen mit dem Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen. Richtig angegangene Modernisierung bedeutet vielmehr auf lange Sicht zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Das gilt generell für unsere Wirtschaft, im besonderen aber für die österreichische Industrie. Hier

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

wird es in nächster Zeit vorrangig darum gehen, die verstaatlichte Industrie und insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie zu sanieren.

Die verstaatlichte Industrie ist das Herzstück der österreichischen Wirtschaft. Von ihr hängen nicht nur Zehntausende Arbeitsplätze direkt ab, sondern durch sie wird Beschäftigung auch in vielen Zulieferfirmen sichergestellt. Wir müssen sie schlagkräftig machen, wir müssen sie auf gesunde Beine stellen, denn nur so sichern wir die Beschäftigung in wichtigen Teilen unseres ganzen Landes.

Ich meine auch, daß hierbei ideologische Fragen in den Hintergrund treten können. Von Bedeutung ist vor allem, daß es uns gelingt, die Betriebe aus den roten Zahlen zu führen. Denn unsere verstaatlichte Industrie ist heute nicht deswegen in der Krise, weil sie verstaatlicht ist, sondern deswegen, weil aus heutiger Sicht auf grundlegende Veränderungen auf den Weltmärkten nicht rechtzeitig oder auch in falscher Weise reagiert wurde und weil die Eisen- und Stahlindustrie weltweit eine krisenhafte Entwicklung genommen hat. Das wiederum bestätigt die Erkenntnis, daß sich Strukturkrisen herzlich wenig um Eigentumsfragen kümmern.

Ich möchte an dieser Stelle nicht ins Detail gehen, dazu wird bei der parlamentarischen Diskussion am 1. Oktober Gelegenheit und Zeit sein. Ich möchte nur nochmals klar und eindeutig festhalten, daß die Bundesregierung voll und ganz hinter den Bemühungen der neuen Geschäftsleitung der VOEST-ALPINE steht, den Konzern zu sanieren, um damit die Grundlage für die Weiterbeschäftigung von Zehntausenden Arbeitern und Angestellten zu schaffen.

Auf der anderen Seite möchte ich darauf hinweisen, daß die zuständigen Minister und ich selber von allen Anfang an begonnen haben, flankierende Maßnahmen zu setzen, Maßnahmen, die einerseits in die Richtung gehen, durch gezielte Sozialmaßnahmen Härten zu vermeiden, und andererseits zum Ziel haben, durch attraktive Investitionsanreize Ersatzarbeitsplätze in den am stärksten betroffenen Regionen, insbesondere der Obersteiermark, zu ermöglichen.

Hohes Haus! Unser gegenwärtiges Steuersystem ist das Ergebnis einer langen Tradition und vieler gesellschaftlicher Veränderungen. Neue Entwicklungen führten zu neuen steuerlichen Bestimmungen, neue Zielsetzun-

gen und Prioritäten schafften neue Ausnahmen.

Bei aller Berechtigung jeder einzelnen Maßnahme in der Vergangenheit ist doch der Zeitpunkt gekommen, zu dem die Unübersichtlichkeit des Steuersystems und das subjektive Gefühl der hohen Besteuerung die Einstellung der Steuerzahler zum System insgesamt schlechter werden lassen.

Aus diesem Grund wird es auch in den kommenden Jahren zu einer Modernisierung unseres Steuersystems mit dem Ziel kommen müssen, es klarer, einsichtiger und verständlicher zu machen. Hierbei gilt es allerdings — und hier noch stärker als in anderen Bereichen —, Machbares deutlich von Polemik zu unterscheiden. Weder ist es wünschenswert und sinnvoll, den Menschen eine deutliche Senkung der Steuersätze zu versprechen, ohne ihnen gleichzeitig zu sagen, daß damit die Ausnahmen, die unser Steuersystem vorsieht, weitgehend abgebaut werden müssen, noch ist es im Interesse der Sache wünschenswert und sinnvoll, ein Steigen der allgemein beklagten Steuerlast zuzulassen.

In jedem Fall wird es aber notwendig sein, allfällige einschneidende Veränderungen des Steuersystems von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung abhängig zu machen.

Meine Damen und Herren! Nicht nur in der Wirtschafts- und Budgetpolitik gilt es in den kommenden Jahren neue Akzente zu setzen. Die Erhaltung und — dort, wo es notwendig ist — die Sanierung unserer Umwelt werden einen zentralen Stellenwert in der politischen Arbeit von morgen einnehmen.

Dabei steht die Modernisierung unserer Wirtschaft nicht, wie so oft behauptet, im Widerspruch zu einer effizienten Umweltpolitik. Ganz im Gegenteil! Wie die Vergangenheit gezeigt hat, sind strenge Umweltgesetze oft nicht Hindernisse, sondern vielmehr eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung und den Einsatz zukunftsweisender Techniken.

Österreich hat auf dem Gebiet der Umweltpolitik bedeutende Erfolge vorzuweisen. Unser Land zählt in Europa, was die Umwelt angeht, zu den Spitzenreitern. Aus aktueller Sicht ist anzumerken, daß wir uns beispielsweise für die frühestmögliche verpflichtende Einführung von schadstoffarmen Autos entschieden haben. Wie richtig diese Entscheidung war, zeigt die Tatsache, daß sich die Schweiz und die skandinavischen Länder nunmehr unserem Modell bereits angeschlossen haben.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Ebenso wurde durch Einsatz modernster Technologie der Ausstoß von Schwefeldioxid, dem Hauptverursacher des sauren Regens in den letzten fünf Jahren, mehr als halbiert. All diese Erfolge, die noch ergänzend angeführt werden könnten, können aber nicht bedeuten, daß unsere Bemühungen damit zum Stillstand gekommen sind. Im Gegenteil: Der Kampf zur Erhaltung des Waldes muß von uns auch in Zukunft intensiv und mit ganzer Kraft weitergeführt werden. Ziel ist die schrittweise Verringerung aller Luftschadstoffe auf ein so geringes Ausmaß, wie es nach dem jeweils neuesten Stand der Technik möglich ist.

Weiters wird es notwendig sein, bereits in allernächster Zeit eine Neustrukturierung der Müllentsorgung vorzunehmen und insbesondere die Fragen des Sondermülls einer Lösung zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Um konkurrenzfähig zu bleiben, braucht die österreichische Wirtschaft, braucht die österreichische Industrie den Zugang zu den modernsten Technologien. Wir brauchen mehr Forschung in den österreichischen Unternehmungen, mehr dazu verwendetes Kapital und eine bessere Ausbildung. Wir müssen uns aber auch in die intelligenten Technologien einkaufen, die uns selbst nicht zur Verfügung stehen und die wir aus dem Ausland beziehen müssen.

Wir selbst sollten überlegen, auch auf der Ebene der Administration die Bereiche Technologie und Technologieförderung zu straffen und dadurch den effizienten Einsatz aller Forschungsmittel sicherzustellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, daß in jüngster Zeit auch in Österreich ein neues Industriebewußtsein, auch ein neues Technologiebewußtsein festzustellen ist. Zu lange waren die Begriffe Industrie und Technik negativ besetzt, zu lange sprach man von Industriefeindlichkeit und Technikfeindlichkeit. Für die kommenden Jahre gilt es, dem Begriff Industrie einen neuen Inhalt zu geben. Für unsere zukünftige Technologiepolitik kann es deshalb nur ein Motto geben: Das Beste ist gerade gut genug für Österreich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jegliche Modernisierung der österreichischen Wirtschaft ist nur mit einer gesicherten Energieversorgung möglich. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß wir bloß durch Sparmaßnahmen auf dem Energiesektor — so notwendig diese sind — die für eine moderne Wirt-

schaft notwendigen Energiereserven sicherstellen können.

Österreich hat sich gegen die Atomenergie entschieden. Dies hat zur Folge, daß wir auch in Zukunft unsere wichtigste natürliche Energiereserve, die Wasserkraft, ausbauen müssen. Dabei ist ohne Zweifel auf die möglichst unversehrte Erhaltung unserer Umwelt zu achten. Wenn auch die ursprünglich eingezeichnete Kraftwerksvariante an der Donau nicht die optimale sein mag, so kann ich mir doch nicht vorstellen, daß der Donaauraum östlich von Wien zur Gänze unausgebaut bleiben soll.

Ähnliches gilt auch für die Errichtung eines Speicherkraftwerks im Gebiet des Dorfertals in Osttirol. Auch hier sind in letzter Zeit Vorschläge präsentiert worden, die es möglicherweise doch noch realisierbar erscheinen lassen, einen ehrlichen Kompromiß zwischen Energiesicherung und Umwelterhaltung zu schließen. In jedem Fall muß für uns gelten: Mit sicherer und sauberer Energie in die Zukunft! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaft der Zukunft, das Leben in der Zukunft wird von uns allen auch mehr Mobilität verlangen; Mobilität nicht nur im übertragenen Sinn, sondern auch die Bereitschaft, neue Aufgaben in anderen Sektoren und an anderen Orten zu übernehmen. Und wir müssen, so meine ich, als Politiker diese Tendenzen zu mehr Mobilität unterstützen. Wir müssen günstige und attraktive Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten schaffen und wir müssen sie in einer sauberen Umwelt anbieten.

Deshalb ist der Umstieg von der Straße auf die Schiene von so großer Priorität geprägt. Zu diesem Zweck muß die Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahn entscheidend verbessert werden. Das technische Material muß soweit modernisiert werden, daß im Frachtverkehr größere Lasten auf der Bahn befördert werden können und im Personenverkehr die Fahrzeiten zumindest zwischen den großen Bahnhöfen kürzer werden. Verbessert muß auch das qualitative Angebot auf der Bahn werden.

Die Bundesregierung hat unter dem Titel „Neue Bahn“ bereits ein brauchbares Konzept erarbeitet. Mit Hilfe von Tunnelprojekten und neuen Trassenführungen wird es gelingen, die Fahrzeiten zwischen Wien und den Landeshauptstädten mit der Eisenbahn entscheidend zu verkürzen.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Hohes Haus! Unsere Landwirtschaft ist von strukturellen Überschüssen und daraus resultierenden großen finanziellen Belastungen des öffentlichen Haushalts gekennzeichnet. Daher wird es notwendig sein, auch den Bereich der Landwirtschaft kräftig zu reformieren und zu modernisieren.

Denn es geht nicht an, daß der Bauer für seine Produkte vergleichsweise wenig bezahlt bekommt, daß der Konsument für seine Produkte vergleichsweise viel bezahlt und daß der Steuerzahler obendrein immer mehr Geld für die Stützungen in der Landwirtschaft ausgeben muß, um die Produkte im Inland und im Ausland absetzen zu können, die unsere Bauern produzieren.

Was wir brauchen, ist, neue Anbauprodukte mit hoher inländischer Wertschöpfung zu finden und zu erzeugen, um dadurch beim Anbau Stützungsgelder und beim Import Devisen zu sparen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das österreichische Sozialsystem gilt berechtigterweise als eines der besten und eines der am dichtest geflochtenen der Welt. Österreich ist berühmt für seine vorbildliche Sozialpolitik. Auch wenn wir uns zu einem budgetären Konsolidierungskurs bekennen, so ist dennoch unsere Perspektive nicht der Abbau, sondern die gezielte Verbesserung der sozialen Einrichtungen unserer Gemeinschaft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Dabei wird es unumgänglich sein, unser Augenmerk wieder stärker auf die wirklich sozial Bedürftigen zu legen. Sozialpolitik kann auch nicht heißen, diejenigen, die nicht bedürftig sind, zu unterstützen, sondern wir müssen in erster Linie jenen Hilfe gewähren, die unverschuldet in Not geraten sind. Insbesondere müssen wir aber verhindern, daß mit unserem Sozialsystem Mißbrauch getrieben wird.

Als Grundsatz unserer Sozialpolitik muß gelten: Den jungen eine Chance, den älteren und bedürftigen Menschen Sicherheit.

Meine Damen und Herren! Als kleines Land, als offene Volkswirtschaft ist Österreich mehr als andere Staaten dieser Welt auf die friedliche und kooperative internationale Entwicklung angewiesen. Insbesondere müssen wir allen Risiken entgegentreten, die dazu führen könnten, daß Österreich von der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung des Westens abgekoppelt wird. Wichtiger Orientierungspunkt unserer Außenpolitik müssen deshalb die Staaten der Europäischen Gemeinschaften sein. Wir müs-

sen uns um einen möglichst engen Status zu den zwölf EG-Ländern bemühen, ohne dabei jene Pflichten zu verletzen, die uns unser Neutralitätsstatus auferlegt. Ziel, ambitioniertes Ziel ist es, daß Österreich in wirtschaftlicher Hinsicht als De-facto-EG-Land anerkannt wird.

Bei meinen Treffen mit dem deutschen Bundeskanzler Kohl und dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi habe ich mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen können, daß die Bundesrepublik Deutschland und Italien uns ihre diesbezügliche Unterstützung zugesichert haben.

Es gilt, in besonderem Maße auch die Beziehungen zu unseren Nachbarn zu verdichten. Eine intensive Nachbarschaftspolitik ist nicht nur im unmittelbaren Eigeninteresse. Mitteleuropa sollte und könnte, glaube ich, wieder zu einem Fokus im internationalen Geschehen werden. Bei dem Gedanken an ein Mitteleuropa meine ich nicht jene Ideen, die hie und da in den Nachfolgestaaten der Monarchie auftauchen und die in oft undifferenzierter Weise der Vergangenheit nachhängen. Mit dem Begriff „Mitteleuropa“ meine ich eine Zone aktiven Bemühens um Frieden und Verständigung in diesem unseren Teil der Welt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Österreich wird sich auch weiterhin aktiv für die Interessen unserer deutschsprachigen Freunde in Südtirol einsetzen. Hier zeigt sich, daß das Bemühen der Bundesregierung vor allem seit der Ministerpräsidentenschaft Bettino Craxis auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Anlässlich eines Treffens mit Craxi vor einigen Wochen habe ich die Bestätigung erhalten, daß sich Italien verstärkt um die Erfüllung all seiner Verpflichtungen aus den Südtirol-Verträgen bemühen wird. Die Entwicklung der vergangenen Tage gibt die berechtigte Hoffnung, daß in absehbarer Zukunft eine weitere Forderung Österreichs erfüllt werden wird.

Eine der wichtigsten Leitlinien unserer internationalen Position wird weiterhin das unerschrockene Eintreten gegen Unrecht in allen Teilen der Welt sein, mag dieses Unrecht politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur sein. Unabhängig von der jeweils geltenden Staatsform müssen wir unsere Stimme erheben, wenn es darum geht, Unrecht abzuwenden, ohne daß dies als Einmischung in die Politik anderer Länder gesehen werden kann.

Wir müssen weiter danach trachten, Öster-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

reich zu einem Treffpunkt der Welt zu machen. Wir boten und wir bieten unsere Dienste an, wenn es darum geht, einen Beitrag zur internationalen Entspannung, welcher Art immer, zu leisten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Modernisierung unseres Landes ist keine Aufgabe, an der die Bundesregierung allein arbeiten kann. Wir brauchen bei dieser Aufgabe die Mitarbeit aller Österreicherinnen und Österreicher, die aktive Teilnahme jedes einzelnen. Wir dürfen uns nicht auf das Ökonomische beschränken.

Ich meine, daß ein nächster Schritt zu mehr Aufgeschlossenheit und größerer Öffnung unserer Gesellschaft auch auf dem Gebiet des Wahlrechtes überlegt werden sollte. Es gilt, dafür zu sorgen, daß die Verbindung zwischen den Wählern und den Abgeordneten noch enger, noch verantwortlicher gestaltet wird. Es gilt, in Zukunft verstärkt Elemente der direkten Verantwortlichkeit der Abgeordneten in jedem einzelnen Wahlkreis einzubauen. Auch die Elemente der direkten Demokratie sollen forciert werden, allerdings ohne daß unsere parlamentarische Demokratie zu einer rein plebiszitären Demokratie wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin optimistisch, daß wir in Österreich diese Modernisierungsaufgaben schaffen werden. Wir werden sie schaffen zum Wohle von uns allen!

Die Generation, die gerade jetzt im Produktionsprozeß steht, bekommt neue Perspektiven für ihre Arbeit. Beschäftigungsmöglichkeiten werden geschaffen. Die sicher in der einen oder anderen Form kommende Arbeitszeitverkürzung wird die Freizeit quantitativ und, ich meine, auch qualitativ aufwerten. Vermehrte Freizeit wird ihrerseits wieder die Quelle für neue Beschäftigung sein. Es werden sich neue Berufszweige herausbilden, die sich mit der Gestaltung unserer Freizeit noch mehr beschäftigen, als das schon der Fall ist.

Für Optimismus und Leistungsbereitschaft müssen wir aber bereits der Jugend die Grundlagen schaffen. An uns liegt es, den jungen Menschen zu zeigen, ihnen vorzuleben, daß das Leben von heute zwar nicht frei von Schwierigkeiten und Problemen ist, daß es aber machbar und sinnvoll gestaltbar ist. Und an uns liegt es, der Jugend einerseits Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, andererseits aber auch auf ihre Interessen einzugehen, auch wenn sie uns oft neu und unge-

wöhnlich erscheinen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Im Bereich der Frauenpolitik muß das Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit und die Überwindung des geteilten Arbeitsmarktes gerichtet sein. Die eingeschränkte Berufswahl der weiblichen Jugend, die nicht zuletzt im Hinblick auf die Einführung neuer Technologien doch zu einem immer größer werdenden Problem wird, muß durch gezielte Aktionen der Bundesregierung und der Landesregierungen sowie der Arbeitsämter überwunden werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weiters geht es, glaube ich, darum, die österreichische Rechtsordnung nach bestehenden Benachteiligungen von Frauen weiter zu durchforsten und solche Benachteiligungen zu beseitigen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie zum Abschluß noch ein Wort an Sie alle, an alle politischen Parteien im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahlbewegung.

Die vergangenen Wahlkämpfe und das politische Umfeld, in dem diese Wahlkämpfe ausgetragen wurden, waren doch geprägt einerseits von einem tiefen Mißtrauen und einer übertriebenen Emotionalität zwischen den wahlwerbenden Gruppen und andererseits von einer spürbar zunehmenden Verdrossenheit der Bevölkerung über das politische Klima und die Art der politischen Auseinandersetzungen. Ich möchte an dieser Stelle bewußt nicht näher darauf eingehen. Manchmal ist es besser, die Vergangenheit zwar nicht zu vergessen, aber ruhen zu lassen und das Augenmerk auf die Gegenwart und die Zukunft zu richten.

Ich möchte daher an Sie, meine Damen und Herren, den Wunsch und die Bitte richten — und ich wähne mich hier in Übereinstimmung mit zahlreichen Österreichern und Österreicherinnen —, die politische Tätigkeit in den kommenden Wochen so auszurichten, daß Assoziationen mit der Wahlbewegung in den ersten Monaten dieses Jahres von vornherein unmöglich sind. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe.)*

Wir alle wissen, daß das Ansehen der Politik und der Politiker heute in einem gefährlichen Ausmaß einen Tiefststand erreicht hat. Wir alle wissen, daß es insbesondere unter der Jugend eine immer größer werdende Stimmung gibt, die politischen Parteien und

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Interessenvertretungen insgesamt abzulehnen. Und wir alle wissen zumindest aus der Geschichte, wie gefährlich eine derartige Entwicklung für ein demokratisches System sein kann.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch! Es ist nicht meine Absicht, hier den Moralapostel zu spielen und den Politikern ins Stammbuch zu schreiben, was tugendhaft und was nicht tugendhaft ist. Das muß letztlich jeder für sich selbst entscheiden.

Worauf es mir jedoch ankommt, ist, jenes politische Klima, das jahre- und jahrzehntelang als Synonym für den österreichischen Weg gegolten hat — ein Klima der Toleranz und Partnerschaft über die parteipolitischen und ideologischen Grenzen hinweg —, zu erhalten. Wenn ich sage „erhalten“, so meine ich, auf die aktuelle Situation bezogen, „verbessern“. Dies ist für mich nicht nur eine Frage des politischen Anstandes, sondern eine elementare Voraussetzung für die Gestaltung unserer Zukunft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Denn noch eines möchte ich hier ganz offen aussprechen: Gleichgültig, wie letztlich der Wähler die nächste Regierung zusammensetzt, gleich, welche Parteien in Hinkunft Regierungsarbeit zu leisten haben und welchen Parteien die Kontrollfunktion zufällt, die Zukunft dieses Landes können wir nur miteinander und nicht gegeneinander gestalten. Zusammenarbeit im Interesse des Landes und seiner Menschen muß daher das Motto sein, unter dem wir die Arbeit in der nächsten Gesetzgebungsperiode beginnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und noch ein Wort erlauben Sie mir zur kommenden Arbeit, wieder bewußt an alle Parteien, also auch an meine eigenen Freunde und uns alle gerichtet: Haben wir alle miteinander den Mut und widerstehen wir der Versuchung, einen Wahlkampf zu führen, in dem ein Versprechen das andere jagt, ein Wahlzuckerl auf das andere folgt. Lassen wir uns nicht gegenseitig mit unseren Forderungen, Wünschen und Versprechungen hochlizitieren! Seien wir selbstbewußt genug, ehrlich und damit glaubwürdig zu sein. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Um es gleich konkret zu sagen: Ich meine, es ist nicht ehrlich und glaubwürdig, heute zu versprechen, daß wir mit weniger Steuereinnahmen trotzdem mehr Leistungen des Staates anbieten können.

Es ist nicht ehrlich und glaubwürdig, einerseits eine Steuersenkung und andererseits eine Reduktion des Budgetdefizites zu versprechen.

Es ist nicht ehrlich und nicht glaubwürdig, zu behaupten, daß man keinen Schilling mehr für die Lösung der Probleme der verstaatlichten Industrie benötigt und trotzdem keine Kündigungen zulassen wird.

Und es ist nicht ehrlich und glaubwürdig, dieser oder jener Bevölkerungsgruppe etwas zu versprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß man dafür einer anderen etwas wegnehmen muß.

Es ist deswegen nicht ehrlich und glaubwürdig, weil keine Regierung derartige Versprechungen erfüllen wird können.

Herr Präsident! Hohes Haus! Gehen wir diesmal den umgekehrten Weg! Versprechen wir nicht mehr, als wir auch tatsächlich halten können! Es hat den Vorteil, daß man nicht auf die Vergeßlichkeit der Menschen hoffen muß. Und es hat den Vorteil, daß die Menschen wieder das Maß an Vertrauen und Verständnis uns gegenüber aufbringen werden, das wir so notwendig brauchen, um die vor uns stehenden Probleme zu bewältigen. — Ich danke Ihnen. *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.44

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mock.

12.44

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einige Vorbemerkungen zur Rede des Herrn Bundeskanzlers.

Nummer eins. Was den Beifall der sozialistischen Fraktion betrifft, meine Damen und Herren, so möchte ich nur folgendes sagen: Die Arbeitslosenzahlen können gar nicht hoch genug sein, die Defizitzahlen und die Schuldenzahlen gar nicht groß genug, es wird auf alle Fälle geklatscht nach dem Motto, frei nach Bert Brecht oder George Orwell: Die Partei oder der, der in ihrem Namen spricht, hat immer recht. Und das ist der Geist, den wir wegbringen müssen aus unserem Lande. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. T o n n: Primitiver geht es nicht mehr! — Abg. G r a f: Zuhören muß man können! So hören Sie doch zu! Wir haben auch zugehört!)*

Dr. Mock

Herr Bundeskanzler! Wenn wir all den Versprechungen, wenn wir all den schön klingenden Versprechungen zuhören, die Sie an die Wand gemalt haben, so frage ich mich: Warum haben Sie denn das alles nicht in 16 Jahren sozialistischer Alleinregierung verwirklicht? Daran hat sich 1983 nichts geändert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und was an den Aussagen der Parteiobmänner Kreisky und Sinowatz und auch der sozialistischen Bundeskanzler ehrlich und glaubwürdig ist, das zu entscheiden, überlassen wir den Wählern am 23. November. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fast alles — fast alles mit Ausnahme der größeren Sorgen —, was Sie uns heute gesagt haben, haben wir schon gehört. Sie sprachen von der Modernisierung Österreichs. Mit diesem Schlagwort, meine Damen und Herren, ist 1970 Herr Dr. Kreisky angetreten. 16 Jahre später versprechen Sie wieder, zu modernisieren. In der Regierungserklärung des Herrn Dr. Sinowatz — in seiner Regierung waren Sie zwei Jahre Finanzminister — heißt es: Die verstaatlichten Unternehmen stehen vor der Aufgabe, die Grundstoffherzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in neue Finalproduktionen vorzustoßen.

Jetzt erklären Sie, Sie werden wieder modernisieren.

Sie erklären, es muß der Verkehr von der Straße auf die Bahn umgelegt werden. Unter diesem Titel, meine Damen und Herren, ist schon 1974 eine neue Steuer, die Lkw-Steuer, eingeführt worden.

Sie erklären jetzt, es werden neue Tunnel gebaut. Damit hat schon Dr. Kreisky geglaubt, einen Wahlkampf schlagen zu müssen.

Herr Bundeskanzler der sozialistischen Koalitionsregierung! Begreifen Sie doch endlich, meine Damen und Herren von der heute noch bestehenden Mehrheit, es kommt in der Politik nicht auf das Reden, sondern auf das Tun an! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihr Verhältnis zum kleineren Koalitionspartner ist nicht meine primäre Sorge. Aber so leicht können Sie sich das nicht machen. Der Parteitag der Freiheitlichen Partei, auch der Hinweis auf den neuen Parteiobmann, ist doch nur ein Vorwand gewesen für Ihre Zukunftsankündigung, aus der Koalition auszuscheren. Im Grund genommen haben Sie und Ihre Partei das Handtuch geworfen, weil

Sie mit den praktischen Problemen — Sie haben ja gesagt, was alles noch gemacht werden muß, was bisher nicht gelöst wurde —, mit einer neuen Agrarpolitik, mit einer neuen Industriepolitik, mit der Stabilisierung und Reduzierung der öffentlichen Verschuldung, mit der Reform des Budgetdefizits und vor allem mit der Arbeitslosigkeit gerade in Regionen der verstaatlichten Industrie nicht fertiggeworden sind.

Daß es dabei auch zu einem Tiefstand der politischen Kultur kam, darin sind wir uns einig, Herr Bundeskanzler. Aber ich muß auch hinzufügen, aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, nach 16 Jahren sozialistischer Alleinregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gehört überhaupt, um noch bei den einleitenden Bemerkungen zu bleiben, eine Portion Mut dazu, zum Zeitpunkt der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1953 zwar von den Beschäftigten, aber nur in drei, vier Sätzen oder fast nicht von den Sorgen der Arbeitslosen zu sprechen.

Meine Damen und Herren! In den Jahrzehnten, in denen die Österreichische Volkspartei die Hauptverantwortung in diesem Lande getragen hat, haben wir weniger von der Vollbeschäftigung gesprochen, aber durch eine Anerkennung der Leistungen einer guten Wirtschaftspolitik mehr dafür getan, daß das ein Faktum in unserem gesellschaftlichen System geworden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was überhaupt Ihre grundsatzpolitische Anerkennung der Leistungen und andere Feststellungen anbelangt, die Sie getroffen haben, muß ich sagen, da sind wir ja einer Meinung. Mich wundert nur, daß Sie das alles, was Sie hier gesagt haben, aus unserem Repertoire in den letzten 16 Jahren, auch in den letzten Monaten, niedergestimmt haben.

Meine Damen und Herren! Daß Sie das sozialistische Parteiprogramm aus dem Jahre 1978 in den Papierkorb werfen, ist Ihre Sache. Aber eine Täuschung der Wähler werden wir zu verhindern wissen. Das hat leider schon Dr. Kreisky versucht. Die österreichische Bevölkerung zahlt das heute mit sehr bitteren Ergebnissen im Bereich der Beschäftigung und der steuerlichen Belastung.

Ich habe überhaupt den Eindruck, daß sich das Sozialistische Zentralsekretariat heimlich umfunktioniert hat in ein Kopierwerk von

13448

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Mock

ÖVP-Ideen. *(Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ja, meine Damen und Herren, darauf kommen wir noch zu sprechen. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, hätten Sie doch unseren Vorschlägen, zu denen Sie sich teilweise bekennen — Sanierung der Verstaatlichten, Teilprivatisierung, ein gerechtes Steuersystem, eine neue Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung — rechtzeitig zugestimmt und etwas getan. Sie hätten damit dem österreichischen Volk viel erspart.

Nun noch zu dem, was Sie zum Wahlkampf gesagt haben — vielleicht komme ich später nochmals darauf zurück, wenn es die Zeit erlaubt —. Herr Bundeskanzler! Jeder hat zu einem fairen Wahlkampf — das wissen auch ich und meine Partei — seinen Beitrag zu leisten. Der häßlichste Wahlkampf aller Zeiten — darauf haben Sie verwiesen — wurde in der ersten Jahreshälfte beim Präsidentschaftswahlkampf von einigen Funktionären der Sozialistischen Partei, die sich dafür bis heute nicht entschuldigt haben, initiiert. Ihre Worte wären glaubwürdiger gewesen, wenn Sie diese Entschuldigung vor dem Hohen Haus namens Ihrer Partei abgegeben hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die heutige Sitzung zur vorzeitigen Auflösung des Nationalrates dokumentiert eines: Die sozialistische Koalition ist gescheitert! Das ist das, was wir immer gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die von Bruno Kreisky und vom Parteichef Sinowatz der SPÖ und Österreich aufgezwungene Koalition hat ihre Bewährungsprobe nicht bestanden und muß — das haben wir verlangt und vorausgesagt — ihre Arbeitsperiode vorzeitig beenden.

Die Volksvertretung stellt damit die Weichen für eine Wende zum Besseren. Das Wort haben jetzt — und das ist die große Hoffnung — die Österreicherinnen und Österreicher, um einen Neubeginn festzulegen, und nicht mehr allein das Zentralsekretariat der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, man hat es auch heute wieder gesehen: „Ohne Partei sind wir nichts!“ war die Devise, die die Politik der letzten 16 Jahre immer stärker geprägt hat. Am 23. November muß dieses Dogma aus der österreichischen Politik abgewählt werden, und Österreich, seine Bürger und deren Interessen müssen wieder Vorrang bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der sozialistische Weg, meine Damen und Herren, ist zu Ende; ein Weg vor dem am Beginn der siebziger Jahre Stefan Koren gewarnt hat, den Karl Schleinzner den Menschen ersparen wollte und gegen den Josef Taus aufgetreten ist. Sie waren zu selbstherrlich, um auf diese Mahnungen bedeutender Männer zu hören.

Wenn Sie heute sagen so à la Kreisky: Die Opposition malt zu schwarz!, dann muß ich sagen: Leider ist vieles davon eingetreten, was wir prophezeit haben. Es wäre sicherlich besser, in Österreich würde es besser ausschauen, wenn zum Beispiel die verstaatlichte Industrie in schwarzen Ziffern bilanzieren würde statt in roten Ziffern. Auch da ist die Farbe noch immer besser, meine Damen und Herren!

Sie haben selbst dann keine Einsicht gezeigt, als auch von Ihnen einige gesagt haben: Wir schaffen es nicht mehr mit dieser Koalition. Warum? — Weil die Koalition nur der Machterhaltung gedient hat und nicht der Problemlösung. Es ging um die Vormachtstellung der Partei und nicht um die Sorgen der Bürger. Deswegen haben Sie bis zum letzten Moment versucht, die Wahlen bis ins Frühjahr 1987 hinauszuschieben. Aber weder Regierungsumbildungen noch ständig wechselnde Strategien noch Orgien von Versprechungen waren in der Lage, den Abwärtstrend zu stoppen, ebensowenig der letzte Kanzlerwechsel nach dem Debakel bei der Bundespräsidentenwahl.

Am vergangenen Sonntag haben die Bürgerinnen und Bürger in der Steiermark sehr wohl bestätigt, wohin dieser Weg der sozialistischen Koalitionsregierung führt. Ich möchte hier nochmals sehr klar sagen: Für uns ist dieser Tag ein Tag der tiefen Betroffenheit und der neuen Hoffnung zugleich; ein Tag der Betroffenheit darüber, was 16 Jahre sozialistische Politik hinterlassen haben, und ein Tag neuer Hoffnung, weil die Chance besteht, die Dinge wieder ins Lot zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Daß man nach einer langen sozialistischen Regierungsperiode nicht viel versprechen kann, ist uns völlig klar. Es genügt uns schon, wenn es uns gelingt, das Haus wieder in Ordnung zu bringen. Das ist die erste Aufgabe, der sich die Österreichische Volkspartei widmen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden heute über alles reden: über die Bilanz, über die Betroffenheit, über Ihre Verantwortung und auch über die neue Hoffnung.

Dr. Mock

Meine Damen und Herren! Die Strategen — Parteichef Dr. Sinowatz, seine Zentralsekretäre Schieder, Marsch, Keller — haben sich ja etwas Feines ausgedacht: Kreisky wurde abgewählt — das hat auch nichts geholfen —, ein Minister nach dem anderen wurde wegen Erfolglosigkeit oder anderer Dinge aus der Regierung genommen — Dallinger hat erst vor kurzem darauf verwiesen, daß er besonders stolz sei, einer der ältestdienenden Minister zu sein —, Dr. Sinowatz ist zurückgetreten, und jetzt erklärt die SPÖ die Diskussion über die Ursache und das Ausmaß des sozialistischen Versagens für beendet. — So billig, meine Herren, werden Sie nicht davonkommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Verantwortung zu tragen vor der Öffentlichkeit und dem Wähler ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Nur in der Diktatur gibt es keine Verantwortung gegenüber dem Bürger. So wie jeder Bürger für das, was er tut oder fälschlicherweise unterläßt, verantwortlich ist und auch verantwortlich gemacht wird, so werden auch Sie verantwortlich gemacht werden für das, was Sie getan oder was Sie unterlassen haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube auch, daß viele Bürger ihre Blicke auf die Zukunft richten. Deswegen haben wir hier nicht nur in vielen Einzelfragen parlamentarische Vorschläge gemacht, die Sie niedergestimmt haben, auch in Ihrer Zeit, Herr Bundeskanzler, deswegen haben wir ein Zukunftsmanifest erarbeitet; damit wird sich Kollege Neisser noch auseinandersetzen. Sie arbeiten, glaube ich, seit vier Jahren an den „Perspektiven 90“. Inzwischen wurde eine Zukunftskommission eingesetzt, eine Zukunftsdiskussion erörtert und ähnliches mehr. Ich wäre ja schon froh gewesen, wenn Sie als Regierungspartei mit der Gegenwart fertig geworden wären, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur, aus einem werden wir Sie bei aller Zukunftsorientiertheit nicht entlassen, meine Damen und Herren! Eine Partei, die in der Propaganda nicht zögert, noch immer in das Jahr 1934 zurückzugreifen, wird es sich wohl gefallen lassen müssen, daß man über die 16jährige Regierungszeit spricht. Und eine Partei, die immer mit dem „Rentenklaue“ gedroht hat, wird es sich gefallen lassen müssen, wenn wir darauf verweisen, daß von den letzten sieben Erhöhungen der Renten und Pensionen fünf Erhöhungen keine Erhöhungen, sondern kaufkraftmäßige Kürzungen gewesen sind. Und eine Partei, die sich als

Hort der Demokratie betrachtet, muß es wohl ertragen, zu hören, daß sie das größte österreichische Volksbegehren mit 1,4 Millionen Unterschriften gegen das Konferenzzentrum in den Papierkorb geworfen hat, ja jedes Volksbegehren abgelehnt hat, das in das Haus gekommen ist, daß sie die Persönlichkeitswahl abgelehnt hat und sogar hunderttausend Arbeitnehmern das Wahlrecht zur Arbeiterkammer durch ein schändliches Gesetz entziehen wollte.

Sie, Herr Bundeskanzler, sagen: Im Zentrum unserer Politik steht der Mensch. Wenn im Zentrum Ihrer Politik der Mensch, der Bürger steht, warum haben Sie dann eine größere Mitbestimmung durch das Persönlichkeitswahlrecht, eine größere Mitbestimmung durch mehr direkte Demokratie abgelehnt? Warum haben Sie die Mitbestimmung in der Arbeiterkammer gekürzt durch die Wegnahme des Wahlrechtes von hunderttausend Arbeitnehmern für diese Interessenvertretung? Vor den Wahlen wird man immer großzügig. *(Abg. Dr. Lichal — mehrere Abgeordnete stehen an der Regierungsbank und sprechen mit einigen Ministern —: Das ist ja kein Sprechtag der Minister! — Abg. Graf: Es ist eine Frechheit! Sie stören den Redner! — Abg. Dr. Lichal: Herr Frischenschlager! Sprechen Sie mit Ihrem Minister nachher!)*

Meine Damen und Herren! Februar 1983: Das Persönlichkeitswahlrecht wird vom Klubobmann der SPÖ, Dr. Fischer, sehr positiv kommentiert; zwei, drei Monate vor der Wahl. Vier Jahre lang — seit 1983 — werden unsere Anträge abgelehnt. Wir kommen zur Wahl. Der sozialistische Bundeskanzler verkündet neuerdings: In der Mitte unserer Politik, im Zentrum unserer Politik steht der Mensch, wir müssen ihm auch mehr Mitbestimmung bei der Auswahl der Abgeordneten geben.

Herr Bundeskanzler! Man konnte längere Zeit hindurch viele Menschen in diesem Land täuschen, aber Sie werden enttäuscht sein, weil sich nicht alle — jedenfalls nicht die Mehrheit der Österreicher — dauernd durch solche Manöver täuschen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Formel: Über die Vergangenheit wird nicht geredet!, hat überhaupt etwas sehr Verräterisches an sich. Ich erinnere mich noch daran, wie die sozialistischen Parteibonzen und Bundeskanzler Dr. Kreisky, Dr. Sinowatz und auch Dr. Vranitzky in diesem Haus die Politik der sozialistischen Regierung in den Himmel gelobt haben. Wir alle waren Zeugen eines

13450

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Mock

permanenten Selbstlobes. Herr Bundeskanzler! Wenn das nicht alles nur Schönfärberei war, warum wollen Sie dann heute so verzweifelt Ihre Leistungen verschweigen? Ich weiß es: Weil mit diesen sogenannten Leistungen nach 16 Jahren sozialistischer Alleinregierung nicht mehr Staat zu machen ist. Das ist der Grund, warum Sie über die Vergangenheit schweigen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird kein Schweigen über Ihre Politik geben. Das können Sie verordnen, wie Sie wollen. Sie werden weder von der Öffentlichkeit noch vom Wähler noch von uns, der kontrollierenden Opposition, aus Ihrer Verantwortung entlassen werden. Besonders eine abtretende Regierung soll nicht an ihren Versprechungen, die Wiederholungen von früher sind, gemessen werden, sondern an den Taten, die sie gesetzt hat, und an den Taten, die sie natürlich sehr oft nicht gesetzt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese SPÖ-Regierung hat 1970 dieses Land von einer ÖVP-Alleinregierung in Ordnung übernommen, und die sozialistischen Bundeskanzler geben dieses Land mit deprimierenden Bilanzen und deprimierenden Problemen zurück. Die Bürger spüren heute den enormen Steuerdruck, egal, ob sie selbständig oder unselbständig sind.

Herr Bundeskanzler! Die sozialistischen Ideologen haben den Begriff der Leistung als repressives Instrument zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung abqualifiziert. Und Ihre Steuertechniker haben in den letzten 16 Jahren alles getan — Sie waren zwei Jahre Finanzminister —, damit in der Praxis die Leistung bestraft wird. Es ist daher heute nicht sehr glaubwürdig, wenn Sie sich acht Wochen vor der Wahl zum Leistungsbegriff bekennen.

Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns an folgendes: Seit die SPÖ regiert, ist die Lohnsteuer doppelt so stark gestiegen wie das Masseneinkommen. Im Jahre 1970 hat ein Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Einkommen 82 Prozent seines Einkommens netto erhalten, heute erhält er nur mehr 66 Prozent. Ein Industrieangestellter mit einem durchschnittlichen Einkommen, meine Damen und Herren, hat vor zehn Jahren netto, kaufkraftmäßig 7 100 S verdient, heute verdient er 7 070 S. Die, die für Ihre Politik die Zeche zahlen, sind die Steuerzahler, die Arbeitnehmer, die arbeitenden Menschen, egal, ob selbständig oder unselbständig. Sie spüren das ja auch bei den Wahlergebnissen,

meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Die Bürger haben längst registriert, daß Sie Ihr Versprechen, die Arbeitsplätze zu sichern, nicht halten können. Die Reaktion der steirischen Wähler ist der beste Beweis dafür. Sie spüren und wissen, daß die Schulden explodieren, daß sie die Regierung nicht in den Griff bekommen, und daß die Verschwendung nicht gestoppt wurde.

Meine Damen und Herren! Die Sicherung der Renten und Pensionen wird in einer schwachen Wirtschaft immer schwächer. Nur eine starke, leistungsfähige, gewinnorientierte Wirtschaft garantiert auch den sozialen Fortschritt. Ich könnte hier noch viele Zahlen nennen. Damit werden sich noch meine Nachredner von der ÖVP auseinandersetzen. Ein paar generelle Hinweise. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Lauter Hausnummern! *(Abg. Dr. Lichal: Hausnummern für die Sozialistische Partei! Großartig!)* Die Arbeitslosenziffern sind Hausnummern! Die Verschuldungsziffern sind Hausnummern! *(Beifall bei der ÖVP.)* Tun Sie nur so weiter, umso rascher kommt die Wende zum Besseren in Österreich. Das möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kaum einer glaubt, daß es wirklich substantielle Leistungen, zum Beispiel für den Umweltschutz, gegeben hat. Sie verweisen auf die beispielhaften Lösungen in Österreich bezüglich der Abgase der Automobile. *(Zwischenruf bei der SPÖ. — Abg. Dr. Graff, zur SPÖ: Wenn ich Sie anschau, geht mir der Gradenegger ab!)*

Meine Damen und Herren! Das war ein Schlag ins Wasser, denn die Mehrwertsteuer hat alles an Begünstigungen wieder weggenommen, was Sie für Katalysatoren zugestanden haben.

Die Jugend betrachtet mit Bangen die Arbeitslosenziffern; das gleiche gilt für die Bauern und — wie ich vorhin gesagt habe — auch für die Industrieangestellten. — Kein Wunder, daß Sie davon nicht reden wollen. Die Verantwortung, Herr Bundeskanzler, bleibt bestehen.

Meine Damen und Herren! In der Zeit des Wiederaufbaues nach 1945 haben unsere Mütter und Väter für die Zukunft gearbeitet. In den siebziger Jahren hat die sozialistische Regierung auf Kosten der Gegenwart gelebt. Und in den neunziger Jahren werden wir alle, auch die junge Generation, arbeiten müssen,

Dr. Mock

damit wir mit den Kosten aus der sozialistischen Regierungszeit fertig werden. Das ist die traurige Bilanz Ihrer Regierungszeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Mythos nach dem anderen ist zerbrochen. Wie hat es geheißsen? Schulden sichern Arbeitsplätze! Einfach, beeindruckend, täuschend und verführerisch. Heute haben wir Schulden und Arbeitslose. Die Zeche zahlen die arbeitenden Menschen Österreichs, ob selbständig oder unselbständig, der Steuerzahler und die Arbeitslosen.

Sozialismus ist garantierte soziale Sicherheit! Auch davon haben Sie sich längst verabschiedet, meine Damen und Herren! *(Abg. Wille: Haben Sie den OECD-Bericht gelesen?)* Ja, gerade weil ich ihn gelesen habe, kann ich das sagen. Selbst die OECD, meine Damen und Herren, wo sie zustimmen mußten, damit die Einstimmigkeit hergestellt wird — weil der OECD-Bericht nur einstimmig erstellt wird, kann vieles rausradiert werden; ich kenne das aus meiner OECD-Tätigkeit —, war noch nie so kritisch wie im vergangenen Jahr, 1985. *(Zwischenruf des Abg. Wille.)* Leider! Da sind Sie in das Messer gelaufen, Herr Kollege Wille. Da können wir seitenweise daraus zitieren.

Sozialismus ist soziale Sicherheit! Ich möchte gar nicht darauf eingehen, daß es zum ersten Mal in der sozialistischen Alleinregierung war, daß Gesetze eingebracht wurden, die Pensionskürzungen vorgesehen haben. Am 1. Jänner 1980 gab es so ein Gesetz, durch das man bäuerliche Mindestrenten kürzen wollte. Die Mehrheit hat es beschlossen, unter dem Druck der ÖVP mußte es zurückgenommen werden. Neue Armut bei kinderreichen Familien. Ich möchte hier gar nicht von der Arbeitslosigkeit reden.

Meine Damen und Herren! Viele Menschen haben gewußt, daß Sozialismus und sozial nicht dasselbe ist. Sie haben durch Ihre Politik bewiesen, daß Sozialismus und sozial sehr oft das Gegenteil ist.

Dann kam der überhebliche Anspruch — erinnern wir uns! —: Sozialismus ist vollendete Demokratie. Alle Lebensbereiche sollen von der Demokratie durchflutet werden. Statt dessen sind überall dort, wo Sozialisten angeschafft haben, alle Lebensbereiche von Sozialismus durchflutet worden. Was das gebracht hat, spüren heute ohnehin die Leute. Ich erinnere nur an die Dampfwalze: Beseitigung des unabhängigen Rundfunks 1974 und 1986. War es Demokratie, als man das größte Volksbe-

gehen Österreichs in den Papierkorb geworfen hat? Hat das alles etwas mit Demokratie zu tun?

Ich habe einmal ein sehr hartes Wort gesagt, meine Damen und Herren, weil ich mich — darauf komme ich später noch — zum Grundkonsens der Demokraten in diesem Haus bekenne. Als Sie damals das Gesetz eingebracht haben, durch das hunderttausend Arbeitnehmern das Wahlrecht zur Arbeiterkammer entzogen wurde, hatten wir ein sozialistisches Gesetz mehr und weniger Demokratie, weil hunderttausend Arbeitnehmer, Menschen dieses Landes ihr Wahlrecht verloren haben. Und als der Verfassungsgerichtshof dieses Gesetz aufgehoben hat, hatten wir etwas weniger Sozialismus, ein sozialistisches Gesetz weniger und wieder mehr Demokratie. Das zeigt: Mehr Demokratie ist sehr oft nur dann möglich, wenn es weniger Sozialismus gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dann war da noch der Mythos von der Staatswirtschaft. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Vw. Tieber.)* Herr Abgeordneter Tieber! Der Abgeordnete Taus hat in einem brillanten Artikel die Sache analysiert, was aus dem Mythos von der Staatswirtschaft, was aus den unsinkbaren Schiffen der verstaatlichten Industrie geworden ist. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Graff: Sie haben Ihre Perspektiven! Nach der Wahl!)* Keines Ihrer Schlagworte ist so schmäählich untergegangen, mit so bitteren Folgen für den österreichischen Staatsbürger, wie der Mythos, die verstaatlichten Unternehmen seien unsinkbare Schiffe.

Am Ende dieses sozialistischen Weges stehen mehr Schulden, meine Damen und Herren, mehr Steuern, mehr Arbeitslose, weniger soziale Sicherheit, weniger Respekt vor dem Bürger, wie der Herr Bundeskanzler a. D. Dr. Sinowatz nach dem 4. Mai zugegeben hat, und weniger Ansehen in der Welt. *(Abg. Resch: Lassen Sie das mit dem Ansehen!)*

Ich möchte wissen, ob ein einziger sozialistischer Redner in der Lage ist, eine einzige Feststellung, die ich hier getroffen habe, zu widerlegen. Die Zeche zahlt Österreich und der österreichische Bürger. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Österreich haben, auf das wir alle wieder stolz sein können, wo es alle wieder freut, zu leben, wo alle wieder ein entsprechendes Einkommen und einen entsprechenden Arbeitsplatz haben.

Dr. Mock

Dazu brauchen wir ein neues moralisches Bewußtsein. Es muß Schluß gemacht werden mit dem einseitigen Dogma: „Ohne Partei bist du nichts!“ Deswegen müssen wir das Anliegen Österreich und die Anliegen seiner Bürger wieder in den Vordergrund der Politik stellen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Wende zum Besseren heißt, im Auftrag Österreichs ein neues Selbstbewußtsein zu sichern, unser Ansehen in der Welt wiederherzustellen. Das geht nur dann, meine Damen und Herren, wenn wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leistungen erfolgen, wenn der Leistungsbegriff wieder anerkannt und nicht bestraft wird, wie das 16 Jahre lang, nicht nur durch das Steuersystem, sondern auch durch die gesellschaftspolitische Abwertung, in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung geschehen ist. Es bedeutet, meine Damen und Herren, eine Wende zum Besseren, daß dem Bürger wieder ein größerer Teil seines Arbeitsergebnisses bleibt.

Herr Bundeskanzler! Sie haben sich gegen eine Steuersenkung gewendet. Es ist verständlich, denn Sie haben das Wort Sparen nach meiner Erinnerung kaum in den Mund genommen. Es ist auch für einen sozialistischen Bundeskanzler, zumindest in der Tat, ein Fremdwort. Wenn man spart, gibt es auch die Möglichkeit einer Steuersenkung. Der Kampf gegen die öffentliche Verschwendung ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch die Lasten des Bürgers wieder reduzieren zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wende zum Besseren bedeutet für mich auch, die verstaatlichten Unternehmen so zu reformieren — das geht ohne schmerzliche Reformen nicht, meine Damen und Herren; nichts geht nach 16 Jahren Sozialismus ohne schmerzliche Reformen —, daß wieder Arbeitsplätze geschaffen werden und die Arbeitnehmer in diesem Bereich wieder Hoffnung haben, daß es eine Eigenleistung des Staates durch Privatisierung der guten Betriebe gibt, damit der Steuerzahler nicht wieder alles zahlen muß, und daß der Bürger Miteigentümer der sanierten Betriebe wird.

Wende zum Besseren bedeutet, die Staatsschuld unter Kontrolle zu bringen und die Vollbeschäftigung wieder zurückzuerobern. Das wird ohnehin lange genug dauern, Herr Bundeskanzler, darüber bin ich mir schon im klaren nach 16 Jahren sozialistischer Alleinregierung.

Wende zum Besseren bedeutet, nicht nur vor Wahlen zu verkünden: Wir wollen dem

Bürger mehr Rechte geben!, sondern auch in der Tat durchzuführen, daß der Bürger nicht nur die Partei, sondern durch ein Persönlichkeitswahlrecht auch den Abgeordneten mitbestimmen kann, daß er weiß, daß, wenn er sich bei der Volksabstimmung engagiert, das auch respektiert wird.

All das haben Sie auch in den letzten Monaten abgelehnt. Kein Wunder, meine Damen und Herren, daß man landauf, landab hört: So kann es nicht weitergehen!

Wenn Ihre verschiedenen Hinweise und verbalen Identifikationen mit Zielen, die wir seit langem verkünden, die wir vorgeschlagen und wo Sie uns niedergestimmt haben, bedeuten, daß bei Ihnen eine Einsicht zum Besseren vorhanden ist, kann man doch auch für die Zukunft einen gewissen Optimismus haben.

Sie wissen genau, daß sich vieles in unserem Land ändern muß, damit an die Stelle von Resignation wieder Hoffnung tritt.

Die Wahl, meine Damen und Herren, vom 8. Juni 1986 war der erste Schritt zu dieser Wende. Heute erfolgt mit dem dokumentarischen Eingeständnis, die sozialistische Koalition ist gescheitert, der zweite Schritt zur Wende zum Besseren, und am 23. November werden die Wähler — davon bin ich überzeugt — den dritten Schritt zu einer Wende zum Besseren in Österreich setzen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Cap: Sehr dramatisch!)*

Dem, was Sie, Herr Bundeskanzler, zur Zusammenarbeit gesagt haben, möchte ich hinzufügen: Wer mich kennt — die meisten tun das seit vielen Jahren —, weiß, daß ich mit allen, unabhängig von jeder politischen Überzeugung, die sich für diese Demokratie glaubwürdig engagieren, die ihrerseits zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit bereit sind und die vor allem bereit sind, den Nutzen für Österreich vor das Interesse der Partei zu stellen, zusammenarbeiten will.

Ich bekenne mich hier auch heute zum historischen Konsens der schweren Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich bekenne mich zum Konsens der Sozialpartnerschaft — grundsatzpolitisch und in den praktischen Auswirkungen —, der diesem Land so viel gegeben hat. Ich bekenne mich zum demokratischen Grundkonsens, unabhängig davon, ob man Opposition ist oder auf der Regierungsbank sitzt, zu einem Grundkonsens, der es uns allen, meine Damen und Herren, ermöglicht hat, in den Jahren 1983, 1984 und 1985

Dr. Mock

sensible Jubiläen gemeinsam und im gegenseitigen Verstehen zu begehen. Für mich kann aber Konsens niemals Packelei, die Dinge unter den Teppich kehren oder Vergessen bedeuten.

Wir werden daher die Österreicherinnen und Österreicher um eine deutliche und klare Mehrheit am 23. November ersuchen, weil nur so eine quälende Fortsetzung der kleinen Koalition verändert werden kann.

Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit hat sehr genau registriert, was gesagt und was getan wurde.

Der neue Parteiobmann der FPÖ hat zunächst einmal, und zwar gleich vor dem Bundesparteitag, nur die Volkspartei — das ist sein gutes Recht — frontal angegriffen.

Am folgenden Tag hat der freiheitliche Klubobmann Frischenschlager erklärt, die kleine Koalition kann natürlich fortgesetzt werden, er sieht da durchaus eine mögliche Perspektive.

Einige Tage später findet sich auch unter einem gelegentlich verteuflten Bundesparteiobmann Haider die freiheitliche Fraktion wieder in der sozialistischen Koalitionsregierung. Gleichzeitig akzeptiert die sozialistische Mehrheit eine freiheitliche Regierungsfraktion auch unter einem Obmann Haider. (*Abg. Dr. Lichal: Die bleiben sogar, ohne daß sie gewählt sind!*) Sie werden das fortsetzen, wenn der Österreicher nicht eindeutig für eine klare neue Mehrheit entscheidet.

Herr Bundeskanzler! Sie erklären, Sie werden aus dieser Koalition ausscheiden, weil Ihnen die Herren zuwenig liberal sind. Die Herren werden ja selbst zu dem Vorwurf, sie seien zuwenig liberal, Stellung beziehen.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, ob Sie sich zum Vorwurf der mangelnden Liberalität, den Ihnen der große Koalitionspartner auch im Nationalrat bestätigt, bekennen. Oder sagen Sie, daß eine sozialistische Politik gescheitert ist, als deren Basis eine kleine Koalition einfach zu schwach war?

Meine Damen und Herren! Die historische Schuld — das möchte ich sehr kritisch bemerken — der freiheitlichen Fraktion lag darin, daß sie den sozialistischen Weg in Österreich verlängert hat. Ich habe immer festgestellt und wiederhole das: Für mich ist die Freiheitliche Partei seit ihrer Gründung integrieren-

der Bestandteil der österreichischen Parteienlandschaft. Da gibt es keine minderen oder besseren Demokraten in dem Land.

Ich habe gar keinen Grund, Sie zu verteidigen, aber ich möchte auch sehr deutlich sagen: Sie oder Ihr früherer Parteiobmann haben die Koalition, die die sozialistische Politik gemacht hat, mitgetragen. Und das ist die historische Schuld, für die Sie auch die Verantwortung vor dem Wähler tragen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Was sonst die Parteienkombinationen und auch was die große Koalition anbelangt, ist es meine feste Überzeugung, daß es in Zukunft nicht in erster Linie um neue Parteienkombinationen gehen kann, sondern um eine neue Politik, um ein neues moralisches Bewußtsein, das Österreich und seine Bürger wieder in den Vordergrund stellt. Wenn wir denselben Weg weitergehen wie bisher, auch in einer neuen Parteienkombination, wird es keine bessere Zukunft für Österreich geben. Das ist meine feste und tiefe Überzeugung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist kein Geheimnis, daß für mich eine Regierung der Partnerschaft aus den Besten gebildet werden muß, daß sie gleichzeitig die Rechte des Bürgers durch ein Persönlichkeitswahlrecht, durch mehr direkte Demokratie stärken und die Kontrollrechte, auch jene der Minderheiten hier im Nationalrat, ausbauen muß. Unsere Vorschläge lagen und liegen heute noch im Parlament. Sie haben Sie immer wieder niedergestimmt. Nur wenn der österreichische Wähler am 23. November eine neue Mehrheit sicherstellt, wird es auch einen neuen Beginn geben, wird es unmöglich sein, daß man das, was mehr Rechte für den Bürger, mehr Anerkennung für die Leistung unserer Menschen bedeutet, immer wieder niederstimmt, dann wird es wieder mehr Hoffnung und Optimismus geben. (*Langanhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) 13.22

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Wille.

13.22

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einige Worte zur Rede des Klubobmannes Mock. Ich werde zu dem im Laufe meiner Ausführungen wiederholt darauf eingehen.

Ich habe mir eigentlich erwartet, daß wir in diesem Kreis nicht wie bei Parteitag aufeinander losbrechen, sondern in einer nuan-

Wille

cierteren Form miteinander überlegen, welche Probleme wir bewältigt haben und welche Problemlösungen noch offen sind. (*Ruf bei der ÖVP: Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt!*) Der Hinweis, daß Sozialisten bei der höchsten Arbeitslosenrate Beifall klatschen, ist ein Hinweis darauf, daß die Auseinandersetzung zwischen uns doch nicht sachlich sein kann. Sie können doch nicht hier in aller Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als würde uns die Arbeitslosigkeit auch dann noch, wenn sie hoch ist, aus politischen Gründen gefallen. (*Abg. Dr. Lichal: Elmecker hat das gesagt!*)

Wieder sagen Sie, ohne Partei seien wir nichts, wäre unsere Auffassung. Wir haben den Slogan „Die Partei ist alles, der Bürger ist nichts!“ mit Ihnen zu wiederholtem Male zu besprechen versucht. (*Abg. Dr. Mock: Nie!*) Ich möchte darauf nicht eingehen, ich erachte diese Diskussion offensichtlich nicht als sinnvoll.

Wenn Sie dann noch die Behauptung aufstellen, keiner unserer Redner wird in der Lage sein, Ihre Argumente zu widerlegen, dann erlaube ich mir allerdings in der mir angeborenen Bescheidenheit darauf hinzuweisen, daß ich alle wesentlichen Argumente Ihrer Rede widerlegen werde (*Beifall bei der SPÖ*), und zwar nicht rhetorisch sondern anhand von Zahlen und Fakten, denn ich habe gelernt, man soll mit keinem reden, der die Zahlen nicht kennt.

Lassen Sie mich aber einleitend nur einige Worte zur Koalition sagen. Die Koalition mit den Freiheitlichen zerfiel nicht hier im Haus und nicht in der Regierung, die Koalition mit den Freiheitlichen zerfiel auf ihrem eigenen Parteitag. Ich will darauf nicht eingehen, ich möchte nur eines dazu feststellen: Die Kollegen der Freiheitlichen Partei haben sich bis zum letzten Tag uns gegenüber loyal und kollegial benommen, wir haben nie ernstliche Schwierigkeiten gehabt, sondern wir haben alle Probleme gemeinsam ausgeräumt. Am Ende dieser Koalition sollte das zumindest auch mit einem Dank registriert werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Zudem: Wir sollten uns über den Streit, in welcher Partei er auch immer passiert — in jeder Partei gibt es fallweise Streit —, nicht freuen. Parteien sind zwar nur Werkzeuge der Demokratie, Parteien sind aber zudem auch Kulturinstitutionen, ohne die eine Demokratie nicht funktioniert. Aus diesem Grund ist es uns ein Herzensanliegen, daß Parteien funktionieren und ihre Schwierigkeiten überwinden.

Nun zu dem, von dem ich glaube, das wir geleistet haben, und zu dem, von dem ich glaube, das wir nicht zuwege gebracht haben. Wenn es mir erlaubt ist, Kollege Mock, würde ich Ihnen in meinen alten Tagen etwas empfehlen: Eine Diskussion mit dem Kollegen Taus führt immer wieder dazu, daß er auf ganz substantielle Fragen eingeht und nicht in einer Schwarzweiß-Argumentation ablehnt, was sozialistisch oder koalitionär ist, und begrüßt, was man aus eigener politischer Sicht gerne möchte. (*Abg. Dr. Taus: Wir sind zu gut miteinander, da passiert nichts!*) Ich sage das als Gewerkschaftsführer einem, der Unternehmensführer ist. Vielleicht haben wir da sogar eine gewisse Erfahrung bei der Bewältigung von Problemen.

Wir haben in den 155 Sitzungen 337 Gesetze beschlossen, davon 80 Prozent einstimmig. Wir mußten sogar viele einstimmig beschließen, weil es Verfassungsgesetze waren oder weil zwar in Fragen der Landwirtschaft und in vielen Wirtschaftsfragen die Länder zuständig wären, aber aus dem Umstand, daß der Bund mehr Geld hat, dann immer wieder er dafür zuständig wird. Darüber sollten wir auch nachdenken! Wenn jemand meint, die Länder wären in der Regionalpolitik um so viel klüger — sie haben die Kompetenz! — oder die Länder wären in der Agrarpolitik um so viel erfolgreicher — sie haben die Kompetenz! —, dann reden Sie mit uns darüber, und Sie werden sehen, wie weit Sie kommen. Sie werden nämlich mit diesem Problem überhaupt nicht vorankommen können.

Ich will nicht näher darauf eingehen, was alles im Parlament an großen Gesetzen beschlossen worden ist, bis hin zu einem Jahrhundertgesetz, nämlich dem neuen Haushaltsrecht. Beschlossen wurden auch die Schulorganisationsgesetze, das Gleichbehandlungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, die Pensionsreform, viele Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes, die Aufwertung des Parlaments dadurch, daß wir auf die Länderforderungen eingegangen sind und den Bundesrat aufgewertet haben, die Wohnhaussanierung, das Finanzstrafrecht und so weiter.

Ich möchte auch einiges — ähnlich angelegt wie der Bundeskanzler — zum Wirtschaftsbericht sagen. Die wirtschaftlichen Prognosen waren vor Wochen noch viel optimistischer als in der letzten Prognose des Beirats. Was ist der Grund dafür? Die Wirtschaftsforscher haben angenommen, daß der Erdölpreisverfall zu einem „warmen Regen“ in der internationalen Wirtschaft, zu einem günstigen

Wille

Klima führt, höhere Wachstumsraten bringt, aber plötzlich kommen wir drauf, daß das Konjunkturklima unterkühlt wurde. In dieser Situation hat die inländische Nachfrage nicht zu einem Ausgleich geführt, nein, die Inländer haben noch dazu zu sparen begonnen. — Ich werde bei weiteren Fragen darauf eingehen, was in diesem Zusammenhang noch zu sehen ist. — In dieser Situation verfiel der Wert des Dollars in einem Jahr um 25 Prozent. Ein IDU/EDU-Präsident, der alle Tage irgendwo in der Welt ist, alle Tage mit großen Männern dieser Erde spricht, von Japan über Australien bis zu den Europäern, der müßte ja gerade die internationalen Zusammenhänge mehr beleuchten und verdeutlichen, als ich das tue.

Warum verschweigen Sie das, Kollege Mock? Sie werden doch nicht zu einer IDU/EDU-Konferenz fahren, deren Präsident Sie sind, und dabei nicht über Arbeitslosigkeit, über Konjunkturpolitik, über Währungspolitik reden. Reden Sie aber bei diesen Konferenzen darüber, dann wird doch sichtbar, daß die Probleme in all diesen Ländern, einige ausgenommen, größer sind als bei uns. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Kollege Taus! Wieder bin ich Ihrer Auffassung. Wir sollten es gar nicht so sehr darauf anlegen, zu sagen: Wir sind die Besseren, wir haben die kleineren Probleme. Aber ob man wirklich wettbewerbsfähig ist, das entscheiden nicht die Wiener Märkte, das wird nicht auf dem Wiener Naschmarkt und nicht auf dem Wiener Schlachtviehhof entschieden. Das wird auf den internationalen Märkten entschieden, und deswegen sind internationale Vergleiche einfach immer wieder notwendig.

Zur Arbeitslosigkeit. Uns eine Arbeitslosigkeit vorzuwerfen, ist schon deswegen unverständlich, weil doch jedermann weiß, wie hoch die Arbeitslosigkeit in Europa ist: Rund 11 bis 12 Prozent durchschnittlich, kleine Länder liegen bei 14 Prozent, doch wir liegen bei rund 5 Prozent. Man kann auch, wie es auch die OECD tut, sagen: In Österreich war die Arbeitslosigkeit noch nie so hoch wie jetzt, aber verschweigen darf man nicht: Sie ist halb so hoch wie in Europa. Nur, der letzte Halbsatz hat bei Ihnen gefehlt. Wenn Sie sagen, die Arbeitslosigkeit in Österreich sei noch nie so hoch gewesen wie jetzt (*Bundesminister Dallinger: Was nicht stimmt!*), so muß ich sagen: Bravo!, aber die Wahrheit entsteht erst dadurch, wenn Sie sagen, in der übrigen westlichen Welt ist sie noch einmal so

hoch. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Mit den Frühpensionisten!*)

Ja natürlich, Kollege Lichal! Ich werde noch darauf eingehen. Die Pensionisten sind natürlich keine Arbeitslosen. Bei uns nicht, in Deutschland und in Japan nicht. Gleich werde ich darauf eingehen. (*Abg. Dr. Mock: Weil es keine Zwangspensionisten sind!*)

Nun einiges zu unseren Zahlen. Sie wissen, daß Wachstum, Inflation, Leistungsbilanz, Vollbeschäftigung bei uns in besseren Händen sind als irgendwo anders. Jetzt möchte ich Ihnen, wieder als dem EDU/IDU-Präsidenten mit Ihren internationalen Erfahrungen, einige (*Abg. Dr. Lichal: Das heißt ein bißchen anders, aber das macht nichts!*) hochaktuelle Meldungen vergegenwärtigen. Es erscheint in diesen Tagen die Meldung, die japanische Kohlenindustrie wird ihre Produktion um 40 Prozent reduzieren und dabei 14 000 Menschen kündigen.

Was ist da passiert? Die großen Japaner mit ihrer Weltmarktorientierung und mit ihren liberalen Vorstellungen — bitte horchen Sie, damit Sie das hören! — haben in 20 Jahren die Kohleindustrie mit 1 Trillion Yen, das sind 92 Milliarden Schilling, subventioniert. Jetzt reduzieren sie neuerlich die Produktion um 40 Prozent und kündigen dabei 14 000 Menschen.

Vor fünf Tagen erschien in der Zeitschrift „Die Industrie“ — also kein Gewerkschaftsorgan — ein Artikel über die amerikanische Stahlindustrie. Man muß nicht in die Welt hinausfahren, wenn man wenigstens die Zeitungen in Österreich liest. (*Abg. Dr. Lichal: Aber nicht die „AZ“!*) „Die Industrie“ lese ich. Und was lese ich darin? In den nächsten vier Jahren — hören und staunen Sie! — wird die amerikanische Stahlindustrie eine Subvention von 120 Milliarden Schilling für acht Stahlwerke erhalten. Dabei reduzieren sie die Produktion in zehn Jahren von 125 Millionen Tonnen auf 90 Millionen Tonnen und die Zahl der Beschäftigten in zehn Jahren von 510 000 auf 190 000.

Aber damit noch kein Ende. Ich möchte Ihnen die Illusionen nehmen, die österreichische Wirtschaft schwarz zu sehen. Die kann man Ihnen nur nehmen, wenn man Ihnen sagt, was in der Welt los ist.

In der Bundesrepublik Deutschland wird das kommende Jahr, weil der Dollar so verfallen ist, ein wesentlich schwierigeres werden. Aber noch heuer werden 10 Prozent der Übriggebliebenen in der Stahlindustrie

Wille

gekündigt. Das sind 15 000 Beschäftigte. Die Maxhütte — die österreichische Stahlindustrie hat sehr gut mit der Maxhütte zusammengearbeitet — hatte noch vor einiger Zeit 10 000 Beschäftigte, jetzt sind es 6 000, 2 000 werden gekündigt. Da die deutschen Stahlarbeiter so wenig wie die österreichischen gleichmäßig auf alle Orte und Regionen verteilt sind, betragen in Ballungszentren die Arbeitslosenraten bereits 15 Prozent. Dazu gibt es noch eine Reihe von Subventionen. Anzunehmen, daß die Deutschen nicht subventionieren, ist ein großer Irrtum.

Interessant ist ja, daß die Bergbauindustrie eigentlich als die Industrie mit neuen Strukturen gegolten hat und daß die Stahlindustrie auf dem Wege zu neuen Strukturen ist. Aber jetzt passiert es, daß plötzlich die Mineralölindustrie — wir haben bei hohen Preisen sparen gelernt — von Überproduktionen und falschen Strukturen geplagt wird.

Ein Unternehmen der kanadischen Erdölindustrie wird bei einem Verlust von 400 Millionen Dollar, das sind rund 6 Milliarden Schilling, die Investitionen um 4 Milliarden Dollar kürzen, das sind rund 60 Milliarden Schilling, und dazu gleich 3 000 Mitarbeiter kündigen. Weitere 15 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Die amerikanische Ölfirma Exxon hat 40 000 Mitarbeitern eine Abfertigung angeboten, damit sie austreten.

Nun, Kollege Lichal: In den meisten dieser Fälle gibt es Pensionsregelungen, gibt es Umschulungsmaßnahmen und dergleichen mehr. Einfach so manchesterliberal, wie das einige befürchten, geht es nicht einmal in anderen Ländern zu und wird es bei uns schon gar nicht zugehen. Darauf können Sie sich verlassen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Alusuisse, der große schweizerische Aluminiumkonzern, meldet uns — die Meldung ist ganz neu vom September 1986 —, daß der Umsatz 1986 um 17 Prozent zurückgehen wird, und sagt: „Wir rechnen mit einem namhaften Jahresverlust, der aber wesentlich niedriger ausfallen wird als der von 1985.“ Das heißt, 1985 hatten sie einen namhaften Verlust mal zwei.

Darf ich Ihnen sagen, daß in der Bundesrepublik Deutschland in der Stahlindustrie Umsatzrückgänge bis zu 25 Prozent registriert worden sind.

Die deutsche Werftindustrie hat ein Aktionsprogramm für die nächsten drei Jahre

entwickelt. Von den 40 000 Arbeitsplätzen — 70 000 waren es — werden 10 000 gekündigt, die Subventionen betragen 5 Milliarden Schilling.

In der Gießereiindustrie waren vor zehn Jahren beschäftigt — Zahlen aus einigen Ländern —: in Deutschland rund 116 000 Menschen, jetzt sind es 75 000; in England 106 000, jetzt sind es 47 000; in Belgien 14 000, jetzt sind es 6 000; in Österreich 10 000, jetzt sind es 8 000.

Der Verlust an Arbeitsplätzen in Österreich in der Gießereiindustrie hat 17 Prozent betragen, in der Bundesrepublik 35 Prozent und in Großbritannien 55 Prozent.

Nun auch noch ein Hinweis auf die sogenannte Wachstumsindustrie, nämlich auf die Fahrzeugindustrie. Die französische Fahrzeugindustrie Renault, eine Wachstumsindustrie, bedarf heute neuerlich — neuerlich! — einer Staatshilfe von sage und schreibe 42 Milliarden Schilling. Eine völlig neue Nachricht aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 2. September 1986. In zwei Jahren werden 20 Arbeitsplätze aufgegeben werden. *(Bundesminister Dallinger: 20 000!)*

Da tritt die Frage auf: Wie ist es also bei uns in Österreich? Werden wir mit unseren Problemen fertig? Ich sage Ihnen eines, ohne zu übertreiben: Wir haben in den letzten dreieinhalb Jahren zweifelsfrei einige Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, aber das größte Problem war das Debakel in der verstaatlichten Industrie, und an diesem Debakel beteilige ich Sie fairerweise, anständigerweise mit 50 Prozent. So zu tun, als wäre das die Regierung gewesen, das ist einfach nicht anständig. *(Abg. Dr. Lichal: Das ist herrlich!)* Sie, Kollege Lichal, würde ich bitten, mit dem Kollegen Taus zu reden *(Abg. Dr. Lichal: Der hat euch aufmerksam gemacht 16 Jahre!)*, der zu wiederholtem Male hier festgestellt hat, daß es eine gemeinsame Verantwortung gibt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Es ist immer wer anderer schuld! Ja, ja!)*

Und nun lassen Sie mich einiges zur internationalen Verschuldung sagen. Wenn man immer wieder die Diskussion dazu hört, nimmt man an, die Verschuldung in Österreich wäre außerordentlich dramatisch, die Staatsfinanzen wären zerrüttet.

Ich darf hier gleich auf eine Ziffer aufmerksam machen? Die Steuereinnahmen des Bundes haben 1975 14,3 Prozent betragen, 1986

Wille

werden es rund 15 Prozent sein. Und die Prognosen des Beirats sagen für 1990 ein Gleichbleiben dieser Steuerquote voraus.

Überlegen Sie sich immer und gut: Wer die Staatsquote senken will, der trifft in geringerem Maße den Bund, der trifft in gleicher Weise Länder und Gemeinden, vor allem aber die Sozialversicherung. Und dazu werde ich auch noch etwas sagen.

Nun der internationale Vergleich der Verschuldung des Gesamtstaates nach dem jüngsten OECD-Bericht. Wieder muß ich Ihnen, Herr Kollege Mock, als dem EDU/IDU-Präsidenten sagen: Es wäre doch sinnvoll, darauf hinzuweisen, was die Organisation, die alle Ihre Staaten betreut, zu berichten hat.

Die öffentliche Verschuldung des Gesamtstaates — Länder und Gemeinden miteingeschlossen — beträgt, gemessen am Bruttosozialprodukt, in Frankreich 34 Prozent, in Deutschland 42, in Österreich 45, in Amerika 47, in den Niederlanden 66, in Japan und Schweden 69 Prozent.

Ich werde der letzte sein, der sagen wird, unsere Staatsverschuldung ist zu gering. Aber wie man alles relativieren muß, muß man das eben auch in diesem Falle tun. Österreich ist ein Land, das man auch in dieser Frage herzuzeigen vermag. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Nun ein offenes Wort zur Steuerreform. Wir haben versucht, die Steuerreform in kleinen Schritten anzugehen, vielleicht ist es später möglich, einen großen Schritt zu machen. Die Reform der Amerikaner macht nicht nur bei den Republikanern und Demokraten Eindruck, sondern auch in Deutschland bei Konservativen und Sozialisten. Auch ich bin, ehrlich gestanden, beeindruckt. *(Abg. Steinbauer: Aber!)* Ich glaube auch, daß weniger Steuerklassen sinnvoller sind und daß da die Umverteilung nicht ins Negative umschlagen muß, weil die Großen in der Regel von allen diesen Absetzbeträgen und Begünstigungen bis hin zum Ankauf junger Aktien in viel höherem Maße profitiert haben.

Welche Schwierigkeiten die Reform in Amerika noch bringen wird, das hat Stoltenberg, der deutsche Finanzminister, darzustellen versucht, mit dem Hinweis, daß durch diese steuerliche Umstellung die amerikanischen Unternehmen in fünf Jahren 120 Milliarden Dollar — 120 Milliarden Dollar! — mehr Steuern zu zahlen haben. Das werden sie aus ihren Gewinnen bestreiten, und das

werden sie logischerweise in ihre Preise hineindrücken.

Aus diesem Grunde meine ich: Überlegen wir uns unsere Schritte! Aber wir sehen schon, wir Österreicher sind kompromißfreie Menschen. Wir haben uns schon geeinigt, daß der 13. und der 14. Monatsbezug unbesteuert bleiben. Ich nehme an, wir einigen uns darauf, daß die Abfertigung auch nicht besteuert werden soll.

Und dann werfe ich die Frage auf: Soll der Staat einen gottlosen Gesellen gleich behandeln wie einen gläubigen Christen? Das heißt, wir kommen vielleicht zur Erkenntnis, den Kirchenbeitrag setzen wir auch noch von der Steuer ab. Und soll der Staat einen Trittbrettfahrer gleich behandeln wie ein aktives Gewerkschaftsmitglied. Da werden wir vielleicht draufkommen, das soll er auch nicht tun. Das heißt, es ist leicht gesagt: Die Ausnahmen müssen weg! Bei genauerem Hinschauen werden wir sehen, wir werden uns da noch hart tun.

Eines sage ich Ihnen jetzt als Metallarbeiter: Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen sind steuerfrei. Das ist eine Ausnahme, deren Wegfall ich mir nicht einmal in Träumen vorstellen kann. In der Gießereiindustrie werden bei der dreckigsten und schwierigsten Arbeit nur mehr Ausländer beschäftigt, weil sie einem Österreicher nicht mehr zugemutet wird. Bei 1 000 S Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage würde die Steuer 300 oder 400 S betragen. Werden diese die Gießereien zahlen, von denen Hunderte in den letzten Jahren der strukturellen Veränderung zum Opfer gefallen sind? Ich kann das einfach nicht glauben.

Einige Worte zur Pensionsreform. Was mich auch kränkt, Kollege Mock — gerade Ihnen sage ich das ungern — das ist sehr aufrichtig gemeint —, ist, daß wir in öffentlichen Diskussionen zu keinem vernünftigeren Gespräch kommen können. Wenn Sie die Pensionsreform in aller Öffentlichkeit reduzieren auf den Hinweis, ja da werden die Beiträge erhöht und die Pensionen gekürzt, dann bitte ersparen Sie mir eine Qualifikation dieses Vorgangs.

Wenn man weiß, daß die Lebenserwartung heute annähernd 80 Jahre beträgt, und berücksichtigt, daß man in etwa 40 Jahre arbeitet, dann weiß man: Wir arbeiten 50 Prozent unseres Lebens. Wir lassen uns 25 Prozent unseres Lebens ausbilden und sind 25 Prozent unseres Lebens in Pension.

Wille

Ich habe geglaubt, da werden Sie sagen: Reden wir doch bei der nächsten Pensionsreform darüber! Kann das Pensionsanfallsalter bei steigender Lebenserwartung stabil, starr, unflexibel bleiben, wenn Sie immer von Flexibilität reden?

Es gibt eine Reihe von anderen Fragen. Die Zuschüsse zu den ASVG-Versicherungen betragen zirka 25 Prozent. Bei den Beamten, bei den Bauern und bei den Selbständigen sind es 75 Prozent. Werden wir das immer so lassen können? — Ich stehe hier als ein Vertreter der Arbeiter. — Wenn leitende Angestellte in der Industrie bis 25 000 S versichert sind, leitende Beamte im öffentlichen Dienst aber bis 63 000 S, dann dürfte doch die Frage erlaubt sein: Muß das, kann das so bleiben?

Wenn beispielsweise im öffentlichen Dienst die höchste Pension, nämlich 80 Prozent vom letzten Bezug, nach 35 Jahren erreicht wird, ist es dann auf die Dauer vertretbar, daß ein Arbeiter 45 Jahre arbeiten muß? Für seine Pension sind die letzten zehn Jahre zur Berechnung heranzuziehen. Ist all das auf die Dauer vertretbar? Müssen wir uns da nicht in Ruhe zusammensetzen? Muß da nicht ein Schritt gemacht werden mit einem neuen, vernünftigen Beginn; nicht die einen gegen die anderen, oder umgekehrt, sondern gemeinsam?

Da gibt es noch eine ganze Reihe anderer Probleme, die wir überlegen sollten. Unter anderem sagen jetzt die amerikanischen Stahlarbeiter wie die Unternehmer: Die Betriebspensionen sind nicht mehr finanzierbar. Man soll sich überlegen, was das heißt, wenn ein Wirtschaftszweig vor zehn Jahren 500 000 Versicherte hatte und jetzt 200 000 hat, während die Zahl der Pensionisten viel größer geworden ist als die Zahl der Versicherten.

Die Betriebspensionen müssen sozialisiert werden, sie müssen in eine große Pensionsreform eingebracht werden. Ich frage mich: Ist es vertretbar und sinnvoll, daß wir alle Absetzbeträge für die Lebensversicherung bei guten Pensionen haben und daß der, der nur bis 25 000 S versichert ist, den gleichen Absetzbetrag hat? Motto: Fahren wir drüber über alle, damit es möglichst einfach ist. — So ungerecht wie das: daß alle den gleichen Steuerabsetzbetrag haben, ich und der kleine Arbeiter; ich, der eine ganz andere Pension hat als der kleine Arbeiter, nämlich nicht nur eine höhere, sondern eine von einer ganz anderen Struktur. Da hätte ich halt gerne,

daß wir wirklich in Ruhe darüber nachdenken.

Zur Landwirtschaft nur wenige Worte. Wenn 8 Prozent der Erwerbstätigen 4 Prozent zur Wertschöpfung beitragen, natürlich nominal, dann heißt das ja schon, daß da etwas nicht in Ordnung ist. Wir müßten rein rechnerisch statt 8 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft 4 Prozent haben, und die müßten dieselbe Wertschöpfung erzielen, natürlich mit anderen Preisen. Selbstverständlich ist diese mathematische Lösung keine endgültige, aber wie immer wir Landwirtschaftspolitik betreiben werden in den nächsten Jahren, eines, Kollege Taus, ist auch klar — weil ich sehe, daß Sie sich für meine Zahlen interessieren —: Wir haben in der Landwirtschaft etwa 300 000 Erwerbstätige, aber mindestens 50 000 werden zuviel sein. Alternativproduktionen hin und her, Flächenstillegungen hin und her. Wir werden in der Landwirtschaft in den nächsten Jahren 50 000 Beschäftigte zuviel haben. Für diese brauchen wir natürlich genauso Arbeit wie für jeden anderen Österreicher. Wie wir auch für jeden Österreicher Arbeit brauchen, wenn wir eines Tages das Pensionsanfallsalter erhöhen werden. Die Lösung kann und wird nur lauten: starke Reduktion der Arbeitszeit! Andere Lösungen gibt es einfach nicht.

Zum Problem Verstaatlichte möchte ich Ihnen nur noch eines sagen: Als sichtbar war, daß der alte Vorstand der VOEST-ALPINE einfach nicht mehr zu halten ist, gab es eine Erklärung: unterschiedlichste Aussagen über die Verluste 1985. Unter anderem noch im April: Wir werden 1986/87 wieder in der Gewinnzone sein. Im August 1985: Unser Verlust wird unter 2,5 Milliarden liegen. Am 19. November: Der Verlust wird 3 Milliarden betragen. Am 27. November, bereits nach dem Rücktritt: Der Verlust beträgt 4,2 Milliarden Schilling. Dann waren es 6 Milliarden, und als wir dann wirklich abgerechnet hatten, waren es 12 Milliarden Schilling Verlust. (*Ruf bei der ÖVP: Heuer wieder so!*)

Ich würde bitten, daß wir uns die Verantwortung teilen. Der Generaldirektor hieß Apfalter, der Generaldirektor-Stellvertreter hieß Fegerl, der Präsident des Aufsichtsrates hieß Professor Fuhrmann und war früher Generaldirektor von Porsche (*Abg. Dr. Taus: Nicht von uns!*) und wurde von Kreisky dorthin transferiert, und sein Stellvertreter war Ihr Industrieller Assmann.

Also es ist nicht anzunehmen, Sie hätten die Kontrollmöglichkeit nicht gehabt oder der

Wille

Generaldirektor-Stellvertreter wußte nicht, was in der Firma passiert. Bitte sagen Sie das nicht, das glaubt Ihnen niemand, und das wäre ja noch blamabler als der ganze Vorgang! Wir werden zu dem Konzept VA-Neu stehen, das der Vorstand nun vorgelegt hat, weil wir der Auffassung des Kollegen Schüssel sind. Kollege Schüssel, ich werde Ihnen nicht schaden mit meiner Belobigung, denn einem guten Abgeordneten kann man nicht schaden, auch wenn ihn der politische Gegner belobigt. Ich bin fest davon überzeugt, Sie sind nicht aufzuhalten in Ihrer Partei — und zwar mit einer gewissen Berechtigung.

Also, Schüssel in der Sitzung vom 27. November: „Wir verlangen die totale Entpolitisierung der öffentlichen Wirtschaft!“ Viele haben nachher nicht mehr gewußt: Was heißt Entpolitisierung? Viele haben geglaubt, der Staat hätte keine Verantwortung mehr. Richtig definiert stimmt, was Sie sagen, richtig definiert ist es, ich unterschreibe das vollinhaltlich.

Weiter sagen Sie: „Die besten Manager müssen auch Freiheit, absolute Freiheit in der Betriebsführung haben. Sie müssen die Betriebe führen, wie es Kaufleute eben tun müssen, und dürfen nicht ständig Auflagen bekommen, die mit diesem Ziel unvereinbar sind.“

Und dann sagen Sie: „Lebensfähig sind“ Betriebe „nur dann, wenn sie Gewinne machen. Das heißt auch freie Hand bei der Standortwahl. Ich sage das ganz bewußt.“ Freie Hand bei der Standortwahl! — Das sagte der ÖVP-Abgeordnete ganz bewußt, bevor das Konzept vorlag.

Ich komme noch auf einen Artikel zu sprechen, in dem es heißt: Es hat in Österreich in der großen Koalition „sepphösige Provinzpolitiker“ gegeben. Die sind wiederaufgestanden, die „sepphösigen Provinzpolitiker“. Denn daß wir flankierende Maßnahmen vorsehen werden auf einer zweiten Schiene, na, das hat wohl der letzte gewußt und das hätte nicht der Landeshauptmann erfinden müssen. (*Rufe bei der ÖVP: Nein!*)

Kollege Lichal! Im Bundesvorstand wirst du mich fragen, und du kriegst eine ausführliche Antwort. Wir haben eine Sonderabfertigung bereits vorgesehen, und wir haben die Sonderunterstützung für 3 000 Leute bereits vorgesehen. Ich schätze einmal aufgrund der bisherigen Erfahrungen, daß 1 000 Leute freiwillig gehen, wenn sie Abfertigungen bekommen, weil sie in kleinen Betrieben Arbeit fin-

den. Und 3 000 werden in die Sonderunterstützung gehen.

Das restliche Problem verteilt sich auf vier Jahre: Und da finden die großen Parteien nicht die Kraft zu vernünftigen Gesprächen? Der Landeshauptmann hat nicht die Kraft, zu sagen: So, jetzt fahren wir zur Regierung — ohne Fernsehen — und reden mit den betroffenen Ministern darüber, was wir in den nächsten Jahren brauchen? Hätte da der Finanzminister, der Verstaatlichtenminister, der Bundeskanzler gesagt: Darüber reden wir nicht? (*Abg. Dr. Lichal: Ist alle Monate ein anderer!*) Nein, die Wahl war Ihnen viel wichtiger als die Existenz der verstaatlichten Industrie!

Und die Mentalität, die die Steirische ÖVP hat — ich muß das in aller Deutlichkeit sagen, weil ich schon 30 Jahre darunter leide —, war bei Krainer dem Alten, bei Krainer dem Jungen und bei Niederl immer gleich: Der steirische Erzberg ist unser Brotlaib! Nach dem Wahlspruch des Wassermändels: Eisen für immerdar!, wurden die Probleme verdeckt. Vom steirischen Brotlaib ist aber nur mehr bedingt abzuschneiden, wir sollten uns darauf einstellen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Zu den Nettodefiziten möchte ich Ihnen, Herr Kollege Mock, nur noch sagen: Wir sind oft verzweifelt, wenn wir uns die Medien anschauen. Aber wenn man dann die Zeitungen wirklich liest, dann stellt man fest, sie bringen auch sehr viel Vernünftiges, wie heute die „Salzburger Nachrichten“. Sie bringen eine Aufstellung der Staatsdefizite, der Gesamtsteuerbelastung wichtiger Staaten. Als Unterstützung und Interpretation der Erklärung des Bundeskanzlers. Ich habe den „Salzburger Nachrichten“ nichts hinzuzufügen.

Lassen Sie mich schließlich noch sagen: In der „Zeit“ erschien vor wenigen Tagen ein Artikel, der mich zutiefst getroffen hat. Ich muß dazusagen, daß ich die „Zeit“, seitdem ich „lesen“ kann, mit Ehrfurcht lese. Ich habe jedoch noch nie einen derart miesen Artikel gefunden wie dieses Mal. (*Abg. Dr. Taus: So lange, Kollege Wille, gibt es sie noch gar nicht, es tut mir leid, das zu sagen; aber das macht nichts!*) Sie haben ja die Anführungszeichen gehört, die ich angebracht habe.

In diesem Artikel ist nicht nur davon die Rede, daß wir sepphösige und reblausige Politiker in der großen Koalition hatten. Die kleine Koalition bringt auch nichts zusammen; und dann ist die Rede von der Spekula-

13460

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Wille

tion einer neuerlichen großen Koalition. Die haben sich eh schon alles ausgemacht, der Rückfall in den österreichischen Schlendrian wird folgen.

Zudem dummdreiste Behauptungen, die man in einer derartigen Zeitung einfach nicht erwartet. Auch das Argument Rekordarbeitslosigkeit kommt dabei vor! Ja, das stimmt, aber daß die Deutschen 10 Prozent haben, davon kein Wort.

Daß bei uns die Urlaubsgäste ausbleiben, wird erwähnt, daß der Dollar aber um 25 Prozent gefallen ist, wird verschwiegen. Und so geht das weiter.

Und darum hat es mich sehr gefreut — ich möchte das anerkennen —, daß in der „Kronen-Zeitung“ ein Artikel von Dr. Wailand erschien, in dem er sagt: Was man in ausländischen Zeitungen liest, kann deprimierend sein. Das ist unverständlich, weil wir in phantastischer Weise den Aufbau gemeistert haben, weil wir vergessen haben, daß die meisten österreichischen Betriebe erfolgreich arbeiten, und die Fehler werden kanalisierbar sein. Wir sollten nicht den Kopf in den Sand stecken, wir sollten mehr Mut zum aufrechten Gang haben!

Aber das kann ja nicht nur ein Aufruf an die Regierungsparteien sein. Da hat er auch Sie gemeint, Kollege Mock. Mehr Mut zum aufrechten Gang und mehr Mut, die positiven Seiten des Lebens zu sehen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Immer wieder gibt es Hinweise in den Zeitungen — die „Volksstimme“ führt —, daß die Gesamtarbeitskosten in Österreich sehr niedrig sind. In Deutschland sind sie höher, in der Schweiz sind sie höher und die Amerikaner sind natürlich ganz voran. Wenn man sich das Volkseinkommen pro Kopf anschaut, dann liegen natürlich die Schweizer, die Deutschen und die Amerikaner voran.

Dann kommt eine Untersuchung, nicht die erste — und zwar von einer amerikanischen Universität —, die nicht diese eindimensionale Betrachtungsweise anstellt und fragt: Was verdienst du denn, wie hoch ist dein Volkseinkommen pro Kopf und Jahr?, sondern endlich nach dem Lebensstandard fragt, nach allen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die ein Staat seinen Menschen bietet.

Da komme ich auf einen Satz zurück, den Sie, Herr Kollege Mock, gesagt haben: Tiefe

Betroffenheit der Österreicher über die Hinterlassenschaft der 16 Jahre! Das ist die eine Seite: Tiefe Betroffenheit über die Hinterlassenschaft der 16 Jahre.

Nun zur Untersuchung der amerikanischen Universität. 124 Staaten — von insgesamt 150 — wurden auf ihre soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit untersucht. 36 Kriterien, und nicht ein Kriterium, wurden zur Beurteilung herangezogen. Und da zeigt sich: An erster Stelle steht Dänemark, an fünfter Stelle steht Österreich, an 27. Stelle stehen die Vereinigten Staaten, und an 58. Stelle steht die Sowjetunion. Und das nach 16 Jahren sozialistischer Politik.

Tiefe Betroffenheit über das, Kollege Mock, was Sie heute behauptet haben. Ich glaube, daß ich in der Lage war, Ihre Argumente zu entkräften.

Lassen Sie mich aus diesem Grunde zum Schluß kommen. Wir werden so wie bisher die Fragen Verstaatlichung, Privatisierung, Markt und Planung im Gleichgewicht zu behalten versuchen. Nicht eine Seite muß siegen und eine muß besiegt sein, nicht „schwarz oder weiß“ lautet die Frage. Wir werden auch Wachstum, Steuern und Politik nicht als Selbstzweck sehen, sondern wir werden wirklich für die Menschen dienen mit Sauberkeit und Leistung.

Über alle Klippen hinweg heißt unsere Hoffnung Sozialismus! Unter anderem ist Sozialismus für Jaspers die zentrale Tendenz der gegenwärtigen Menschheit. Und auch Schumpeter, ein Konservativer, sagt: Alle Wege führen in den Sozialismus.

Mit dieser Erkenntnis brechen wir auf in die Wahlen. Die Sozialistische Partei hat einen jungen Kanzler. Der Sozialistischen Partei und dem jungen Kanzler wünsche ich auf dem weiteren Weg, für die kommenden Wahlen und für die kommende Arbeit, ein herzliches Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.05

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Frischenschlager.

14.06

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Klubobmann Mock hat heute in seiner Rede ein eindrucksvolles Beispiel geliefert, wie man von einer neuen Politik reden kann und zugleich im alten Stil verfährt. Alles, was diese Regierung gemacht hat, ist schlecht. In seiner Rede

Dr. Frischenschlager

klang die Staatskrise wieder durch, nach dem Motto: Schuld ist die Bundesregierung. Die kleine Koalition ist gescheitert. Jetzt wird alles neu. Die Wende kommt, und sogar ein neues Vokabel habe ich heute in dieser ganzen Neuversion gehört: eine neue Mehrheit.

Herr Klubobmann Mock! Sie haben gesagt, die historische Schuld der Freiheitlichen Partei wäre, daß sie den sozialistischen Weg fortgesetzt hat. Herr Bundesobmann! Noch sind Sie nicht alleine hier in der österreichischen Republik, und vielleicht sind auch Sie auf eine demokratische Zusammenarbeit mit einer der anderen Parteien angewiesen. Ihre sogenannte Sanierungsgemeinschaft, die große Koalition, wird Sozialisten enthalten. Und auch Sie werden den demokratischen Kompromiß schließen müssen. Deshalb bitte ich Sie, die Zusammenarbeit von Freiheitlicher Partei und Sozialistischer Partei nicht als eine ideologische Einseitigkeit, als sozialistisch zu diffamieren. Auch Sie werden auf einen sachlichen, programmatischen Kompromiß angewiesen sein, wenn Sie das erreichen wollen, was Sie sagen: die große Koalition! *(Beifall bei der FPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Was sagt der Haider?)*

Hohes Haus! Mit dem heutigen Beschluß werden die drei Parlamentsparteien gemeinsam diese Legislaturperiode beenden. Das ist ein parlamentarisch gebräuchlicher Vorgang, und alle Spekulationen, daß damit das Regierungsmodell der kleinen Koalition sozusagen ad acta gelegt werden kann — und, wie manche hoffen, sicher auch dabei gleich die FPÖ —, werden sich nicht bewahrheiten.

Es hat die kleine Koalition zwischen Sozialdemokratie und den Freiheitlichen, wenn man alles in allem nimmt — und ich brauche mich da nicht zu wiederholen, es haben dies Bundeskanzler Vranitzky und Herr Klubobmann Wille sehr deutlich gesagt —, trotz eines schwierigen Erbes in der Summe erfolgreich gearbeitet. Niemand ist von Fehlern gefeit, aber niemand kann sagen, daß diese Regierung nicht Reformbereitschaft und Mut zu unpopulären Maßnahmen gehabt hätte. Das ist ein Markenzeichen dieser Regierung, auch wenn es Ihnen nicht paßt! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Jedenfalls war diese Regierungskoalition mutiger als viele andere, die zwischen SPÖ und ÖVP abgeschlossen wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Regierungsbündnis zwischen zwei Parteien ist keine unauflösliche Liebesheirat, sondern ein demokratisches, legitimes Zweck-

bündnis. Es ist nichts Außergewöhnliches, eine derartige Kooperation auf Regierungsebene zu beenden.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, ich möchte festhalten: Ich bedaure dies außerordentlich, weil damit ein Regierungsmodell, das unserer Verfassung entspricht, durch diese vorzeitige Beendigung in seinem Wert gemindert wird. Der Eindruck, daß sie unter dem Wert geschlagen wird, wurde durch diese Vorgangsweise herbeigeführt. Ich meine, daß die Alternative der großen Koalition, die in aller Munde ist, im Vergleich zu diesem Regierungsmodell für Österreich Nachteile und einen Substanzverlust an Demokratie bringen wird, wenn sie eintritt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Vor allem sollten Sie die tatsächlichen Gründe für die vorzeitige Beendigung anführen. Sie haben nicht die Geduld gehabt, diese Regierungsarbeit bis ans verfassungsmäßig mögliche Ende fortzusetzen. Dies tut mir leid, weil der Erfolg dieser Regierung fortgesetzt werden könnte, und zwar insbesondere in den harten Auseinandersetzungen, die es um das Budget und in der Frage der Verstaatlichten geben wird, sowie bezüglich vieler anderer offenen Probleme, die wir haben und die auch diese Regierung nicht völlig beseitigen konnte. Es war dies auch nicht leicht möglich in den dreieinhalb Jahren, wenn man weiß, daß ein jahrzehntelanges Erbe, das beide Großparteien zu verantworten hatten, zum erstenmal in wesentlichen Punkten abgeändert wurde. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Sie irren! Es war ein Jahrzehnt, wo die Sozialisten allein regierten!)* Ich sage das auch, und zwar ganz dezidiert, weil es meines Erachtens ein bißchen zu billig ist, sich nun auf eine Änderung der FPÖ auszurennen und darauf, daß nun eine Vertrauensbasis entzogen wurde.

Aber was wir uns vor allem nicht haben bieten lassen, weil wirklich kein Grund dafür vorliegt, ist, daß unsere Mitglieder der Bundesregierung vorzeitig aus der Regierung ausscheiden. So wie sich die Freiheitliche Partei ihrer Leistungen beim Aufbau dieser Zweiten Republik durchaus nicht zu schämen braucht, so stolz können wir auf die Arbeit unserer freiheitlichen Regierungsmitglieder in dieser Bundesregierung sein! *(Beifall bei der FPÖ.)* Und deshalb treten wir mit Regierungsverantwortung vor den Wähler, für den wir dreieinhalb Jahre mit Ehrlichkeit, Verantwortungsbewußtsein und Sachlichkeit gearbeitet haben.

Dr. Frischenschlager

Ich habe aber noch ein Ersuchen, nicht nur an die Sozialistische Partei, sondern an alle Parteien:

Was immer jetzt an Gründen für diese vorzeitige Beendigung der Regierungszusammenarbeit vorgebracht wird, sollten wir aufkommenden Zweifeln über den Fundamentalkonsens unserer drei demokratischen Parteien in diesem Parlament keinen Vorschub leisten, vor allem was den Fundamentalkonsens über Rechtsstaat, Demokratie, Verfassungstreue und Staatstreue betrifft. Wir sollten alle gemeinsam gelernt haben, wie rasch ein demokratisches Gesicht zerkratzt sein kann, wie lange Vorurteile, vor allem im Ausland, haften bleiben können, wenn wir leichtfertig — vielleicht aus tagespolitischen oder wahltaktischen Gründen — mit dem Vorwurf der nicht entsprechenden Grundeinstellung zur Demokratie zu Werke gehen. Wir sollten keinen Zweifel lassen, daß dieser Fundamentalkonsens alle parlamentarischen Parteien dieses Hauses umspannt!

Die Freiheitliche Partei hat ein fortschrittliches Programm, das sie als liberale Partei der politischen Mitte ausweist, und ihre konkrete Politik wird sich — wie das Programm — nicht ändern. Diese Entwicklung der Freiheitlichen Partei können Sie als eine Tatsache und als ein Versprechen annehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt in der Natur des Wechselspiels zwischen Regierung und Opposition, daß vor allem in einer Schlußdebatte einer Legislaturperiode in Schwarz-Weiß gemalt wird. Und so wie ich es lächerlich finde, wenn die ÖVP vom Scheitern der Regierung spricht, so wenig behaupte ich, daß alles glanzvoll gewesen und alles gelungen wäre. Doch wer mit Objektivität an die Regierungsergebnisse herangeht, wird feststellen, daß die Regierungsarbeit per saldo erfolgreich war.

Ich brauche den Ausführungen des Bundeskanzlers nicht sehr viel hinzuzufügen. Ich möchte nur klarstellen, daß es diese Bundesregierung unter freiheitlicher Beteiligung war, die ganz entscheidend den Kurs in den wichtigsten Lebensfragen dieser unserer österreichischen Republik verändert hat: die Wirtschaftspolitik, die Budgetpolitik, auch die Steuerpolitik, die Verteidigungspolitik, die Rechtspolitik, die Wirtschaftspolitik in den Exportbereichen, die Energiepolitik! In all diesen Bereichen hat die Freiheitliche Partei ihre Handschrift in die Regierungsarbeit eingetragen. Wir brauchen uns dieser Arbeit

nicht zu schämen, und die Änderung, die per saldo in der Zeit von 1983 bis heute eingetreten ist, ist ein wesentliches Verdienst der freiheitlichen Regierungsbeteiligung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines sei ebenfalls hier sehr deutlich gesagt: Die kleine Koalition hat sicherlich nicht die großen Problemberge, vor denen Österreich steht, beseitigen können. Wir sollten dabei auch nicht vergessen, daß sämtliche entscheidenden großen Problembereiche, mit denen wir uns heute alle herumzuschlagen haben, ihre Wurzeln zum Großteil weit zurückliegend haben. Es ist doch überhaupt nicht zu bezweifeln, daß die Budgetpolitik, so wie sie heute vor uns liegt, ihre Schwächen in der Zeit der Regierung Kreisky aufkommen hat lassen. Es ist unzweifelhaft, daß das der Zeitpunkt war, wo die heutige Budgetschwierigkeit ihren Ausgang genommen hat.

Ein zweites: die Verstaatlichtenproblematik. Es kann doch niemand bezweifeln, daß beide Großparteien dieses Hauses verantwortlich zu machen sind für das Desaster, vor dem wir heute in der Verstaatlichten stehen. Die politischen Väter der Verstaatlichung waren die beiden Großparteien. Sie haben jahrzehntelang ihre praktische politische Arbeit in diesem Bereich zu verantworten gehabt. Sie haben durch den Proporz, der 1968 während der ÖVP-Zeit gesetzlich verankert wurde, das Hineinregieren in die Betriebe verankert und daher zu verantworten.

Demgegenüber muß mit aller Klarheit gesagt werden, daß es diese Regierung war, die erstens den Proporz beseitigt hat und zweitens zum erstenmal in den Jahrzehnten der Zweiten Republik mit harten Reformen, die auch weh tun, die Verhältnisse in der Verstaatlichten auf eine vernünftige Basis zu stellen versuchte.

Ein weiteres Verdienst der freiheitlichen Regierungsbeteiligung: die Pensionsreform. Es kann doch niemand bezweifeln, daß auch dort, wo große Probleme existieren, nach wie vor die schwarz-roten Reichshälften wirksam sind.

Verteidigungspolitik: Man kann beklagen, daß sie keine großen Sprünge vorwärts gemacht hat, aber niemand kann bezweifeln, daß es diese Regierung war, die auch dann, wenn es bis zum demagogischen Widerstand gegangen ist, mit der Verteidigungspolitik ernst gemacht hat, daß sie entscheidende Probleme lösen konnte, und das, wie gesagt,

Dr. Frischenschlager

gegen den den Staatskonsens manchmal in Frage stellenden Kurs eines Teiles der Österreichischen Volkspartei.

Zur Landwirtschaftspolitik: Das ist für mich überhaupt das Musterbeispiel, wo die große Koalition, das Zusammenwirken der beiden großen Parteien fröhliche Urständ gefeiert hat. Sie beide sind verantwortlich für den Zustand der Landwirtschaftspolitik, die Überproduktion, hohe Konsumentenpreise, niedrige Produzentenpreise und Budgetbelastung mit sich gebracht hat. Das ist ein Erbe der großen Koalition, an dem wir heute würgen.

Ich erwarte nicht, daß, falls die große Koalition kommen sollte, sich die Bereitschaft, das System zu ändern, fortsetzen wird. Das System geändert hat diese Regierungskonstellation Sozialisten — Freiheitliche, die zumindest zum Teil in der Lage war, sozialpartnerschaftliche und großkoalitionäre Strukturen aufzubrechen; zumindest in Teilbereichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das scheint mir wichtig zu sein, wenn man mit Gerechtigkeit an das Urteil über diese Regierung herangehen will. Ein Großteil der Probleme, die wir nicht lösen konnten, hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit der großen Koalition. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klubobmann Mock hat zur politischen Kultur gesprochen. Es ist mir völlig klar und es ist auch durchaus legitim, daß die Volkspartei in den vergangenen dreieinhalb Jahren mit allen Möglichkeiten der Opposition diese Regierung angegriffen und gestellt hat. Man ist dabei bis zur Skandalisierung, bis zum Szenario der „Staatskrise“ gegangen. Aber die wesentliche Frage, nämlich inwieweit diese Bundesregierung, gegenübergestellt einer drohenden großen Koalition, im demokratischen Urteil bestehen kann, und das Urteil darüber möchte ich Ihnen heute auch nicht ersparen, weil ich überzeugt davon bin, daß in der kommenden Auseinandersetzung betreffend die Nationalratswahl Österreich vor einer Weggabelung steht. Der eine Weg: ein Rad zurückdrehen in die Anfänge der Zweiten Republik und vor allem in das negative Ende der großen Koalition. Ich erspare Ihnen die historischen Urteile, die Politiker aller drei Parlamentsfraktionen am Schluß der großen Koalition im Jahre 1966 vorgebracht haben.

Ich möchte Sie hier mit den drohenden

Gefahren konfrontieren, die meines Erachtens mit der großen Koalition verbunden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schauen denn diese demokratiepolitischen Konsequenzen aus, falls es zur großen Koalition kommt? — Bei aller Härte, die die politische Debatte in den vergangenen dreieinhalb Jahren geprägt hat: Es war im großen und ganzen das, was unsere politische Verfassung vorsieht, nämlich eine harte Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition.

Über Fairneß, über Sachlichkeit brauchen wir jetzt nicht zu reden, aber über eines sollten wir uns im klaren sein: Ein Vorteil war die offene Debatte, die harte Auseinandersetzung, manchmal nicht sehr fachlich und fair geführt, aber alles in allem eine echte parlamentarische Auseinandersetzung. Die große Koalition ist das politische Zubetoniersystem; ein Machtkartell, das letzten Endes die parlamentarische Opposition auf eine ganz minimale Position zurückwirft und damit meines Erachtens einen Grund für eine Demokratieeinschränkung im Falle der großen Koalition darstellt.

Die Oppositionsaufgabe ist wie die Regierungsaufgabe nicht nur eine ehrenwerte, sondern auch eine höchst notwendige. Und ich werde hellhörig, wenn manche Vertreter der Österreichischen Volkspartei, zum Beispiel der Demokratiereformer Dr. Schilcher aus der Steiermark, von „Konzentrationsregierung“ sprechen und gleich mit überlegen, ob man die Opposition nicht überhaupt abschaffen sollte, so wenn Schilcher sinngemäß sagt, ein so kleines Land mit so großen Problemen könne sich das aufwendige Modell von Regierung und Opposition nicht leisten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Prost! Mahlzeit! für so eine „Dritte Republik“! *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Also daß einem in der Wissenschaft Aufgewachsenen nur „Prost! Mahlzeit!“ zu einem wissenschaftlich fundierten ...!)*

Liebe Frau Kollegin! Ich weiß nicht, warum Sie sich erregen. *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: So über einen Kollegen von der Wissenschaft zu reden! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie sollten sich eher darüber erregen, daß immerhin maßgebliche Leute Ihrer Partei unser parlamentarisches System ganz entscheidend verändern wollen, nämlich dadurch, daß sie unter dem Vorwand der Allparteienregierung, der Konzentrationsregierung in diesem Parlament eine ganz wesentliche Aufgabe, nämlich die der Kon-

13464

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Frischenschlager

trolle, de facto ausschalten, zumindest aber stark reduzieren wollen. Darüber sollten Sie sich aufregen und nicht über eine Redewendung, die ich hier gebraucht habe!

Ich sage das auch deshalb so deutlich, weil man ja überhaupt einiges gewohnt ist, wenn man sich derartige demokratiepolitische „Reformvorstellungen“ mancher ÖVP-Kreise anschaut. Ich bleibe dabei: Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition bleibt ein unabdingbares Element der parlamentarischen Demokratie, und alle Modelle der großen Koalition, wenn auch unter sozialpartnerschaftlichem Mantel, sind ein Machtkartell, das letzten Endes die Substanz unserer österreichischen Demokratie schmälert, weil es unter anderem die Oppositionsrolle stark zurückdrängt.

Ich sage das auch deshalb so deutlich, weil man ja auch die Nebentöne in dieser ganzen verfassungspolitischen Debatte mit im Auge behalten muß. Da ist etwa die Rede von der Verlängerung der Legislaturperiode. Darüber kann man reden, aber Sie, Herr Bundesparteiobmann Mock, verlangen, daß eine sogenannte große „Sanierungspartnerschaft“ gleich über zwei Legislaturperioden hinweg stattfinden soll, also für zehn Jahre mehr oder weniger ein Machtkartell alleine das Sagen haben soll über alles — die Wahlen dazwischen werden nicht sehr bedeutsam sein, auch das Parlament in seiner Rolle wird in diesem Fall nicht soviel Spielraum haben, wie es dem Parlament eigentlich zusteht —, also für zehn Jahre würde, wenn dieses Programm Wirklichkeit wird, mehr oder weniger ungestört durch Wahlen, eine derartige Regierungs- und Machtkonstellation das alleinige Sagen haben. Ich glaube, das ist demokratiepolitisch einfach ein Rückschritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann gibt es ja noch ein paar solcher Begleiterscheinungen. Sie dürften schon ein bißchen ein schlechtes Gewissen für diesen Fall haben, daß dann vielleicht das eine oder andere machtkonzentrationsmäßig zu sehr ins Kraut schießt, und da kommen dann so Ideen wie die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in der Bundesregierung und dann natürlich auch die „Fluchtmöglichkeit“ in den koalitionsfreien Raum.

Dies bedeutet aus meiner Sicht folgendes: Entweder es wird eine Scheindebatte geführt, die dadurch geprägt ist, daß man sagt, in der Regierung sind dann halt Oppositions- und Regierungsfraction in einem, und wechselweise läßt man sich eben überstimmen. Die

zweite Möglichkeit: Wenn sich die Regierungsparteien — wie das Wallnöfer vorge schlagen hat — nicht einigen können, dann geht man ins Parlament. Schaut so eine „Sanierungspartnerschaft“ aus, mit verfassungspolitisch derart unklaren Linien?!

Ich meine, unsere Verfassung ist flexibel genug. Die Regierungsmodelle mit einer klaren Abgrenzung zwischen Kontroll- und Oppositionsaufgabe auf der einen Seite und Regierungsfunktion auf der anderen Seite reichen durchaus aus. Was wir uns wünschen, ist, daß beide Positionen von starken Kräften getragen werden. Dazu bedarf es jedoch nicht der großen Koalition, sondern auch eine knappere Mehrheit kann durchaus die entsprechende Basis abgeben. Auch das ein Grund, warum ich meine, daß die kleine Koalition nicht ad acta gelegt werden kann. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Wer ist die „zweitstärkere Kraft“, die notwendig ist?)*

Lieber Kollege Lichal! Wir haben ausreichend bewiesen, daß diese Koalitionsregierung auch harte und schwere Entscheidungen zu tragen bereit ist und ihr auch etwas dazu einfällt. Wir brauchen diesbezüglich nicht Ihre Belehrungen, und Ihre ganze Breite, die Sie in die Regierung hineinbringen, wird sich auch wieder aufheben, wenn Sie das tun müssen, was Sie uns als „Umfaller“ vorwerfen, nämlich wenn es heißt, Kompromisse zu schließen, wenn es heißt, den demokratischen Konsens zu finden.

Die ÖVP ist ja nicht müde geworden, mit großem propagandistischen Aufwand dann, wenn wir einen Kompromiß schließen mußten, vom „Umfallen“ zu reden, vom „Verrat“ am bürgerlichen Lager. Aber wenn Sie es tun, dann ist es die „große demokratische Tugend“, und Sie werden es üben und nochmals üben müssen, Sie werden sich gefallen lassen müssen, daß wir Ihnen das vorhalten, falls es dazu kommt. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Diese Vorwürfe hat Ihnen Ihr Haider gemacht!)*

Noch einmal: Wir sollten uns bemühen, den demokratischen Konsens, den Kompromiß, nicht derartig madig zu machen. Das tut nicht gut.

Noch eine weitere demokratiepolitische Konsequenz möchte ich aufzeigen, da Bundeskanzler Vranitzky im „Inlandsreport“ dieses Argument verwendet hat, nämlich: Die Großparteien würden deshalb in einer großen Koalition viel belastungsfähiger sein — so hat es sinngemäß gelaute —, weil die gesellschaftlichen Gruppen eingebunden wären.

Dr. Frischenschlager

Ich meine, man sollte auch hier ganz klar sagen, was darunter gemeint ist. Was heißt das? — Das heißt, daß von den Großparteien, in der Koalition zusammengefaßt, jede für sich dafür sorgen wird, wenn es irgendwelche aufmüpfigen Minderheiten gibt, daß das Kraut irgendwelcher aufmüpfiger Minderheiten nicht allzusehr hervorschießt, daß diese dann beruhigt und eingebunden werden. Aber was heißt das in der Konsequenz? — Es heißt, es gibt dieses Machtkartell. Ob sich dann etwas bewegt, das interessiert dann nicht sehr. Die Großparteien werden das vereinbaren, werden sich daraufsetzen, werden einbinden. Und welche Bedeutung werden dann die Wahlen haben? — Na bestenfalls nur die: Wer liegt von den Großparteien vorne? Und wenn sich dann einige eines abweichenden Wahlverhaltens „erfreuen“, gibt es lediglich ein Abzählen des Protestpotentials, das sich aber überhaupt nicht auf die Politik niederschlagen wird.

Ich glaube daher, daß auch das eine gefährliche Argumentation ist, wenn man sagt: Die Großparteien sind notwendig, damit alles ruhiggestellt wird, damit alles eingebunden ist, damit keiner aufmuckt. *(Abg. Dr. König: Damit Probleme endlich gelöst und nicht immer nur geschoben werden! Darum geht es doch in Wahrheit!)*

Lieber Abgeordneter König! Das ist ja das Problem, nämlich daß die Wurzeln jener Probleme, die wir heute haben, in dieser großen Koalition liegen; da wurden sie vor sich hingeschoben. Erst diese Regierung hat wenigstens im Ansatz Reformen herbeigeführt. Alle großen Problembereiche gehen auf diese damalige Politik zurück.

Es ist ja auch interessant, wenn man behauptet, es gäbe dann mehr Demokratie. Es ist vom Wahlrecht die Rede, et cetera. Aber letzten Endes, in diesem Falle, wenn es dann aufmüpfige Gruppen, Minderheiten, gibt, die durchaus vielleicht politisch ihre Heimat in einer der großen politischen Lager haben, wenn diese aufbegehren, so nutzt das gar nichts, denn eingebunden sind sie, und das Wahlergebnis hat jedenfalls keine Konsequenzen, es sei denn dahin gehend, wer von den beiden Großparteien vorne liegt.

Und das ist ebenfalls ein Demokratieverlust, weil wir nicht meinen, daß unserer parlamentarischen Demokratie damit gedient ist, wenn man, was die Artikulationsmöglichkeit, die politische Arbeit und auch die politischen Konsequenzen aus dieser Arbeit von Minderheiten, von gesellschaftlichen Gruppen

betrifft, einfach zudeckt, darüberfährt, darüberregiert, und bei den Wahlen ist dies dann bestenfalls Protestpotential, das man mißt. Das ist einfach kein Mehr, sondern ein Weniger an Demokratie!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers und auch in der allgemeinen politischen Debatte vom Wahlrecht die Rede. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es hier eine historische Parallele gibt. Auch in Deutschland war, als ausnahmsweise 1966 die große Koalition installiert wurde, eines ihrer wichtigsten Regierungsvorhaben ein neues Wahlrecht. Das sollte damals ein Mehrheitswahlrecht sein, mit dem Ergebnis, daß lediglich zwei Parteien in der Bundesrepublik Deutschland übriggeblieben wären, daß die beiden Großparteien alleine geblieben wären.

Ich behaupte nun nicht, daß sich die große Koalition in Österreich das Ziel, durch Wahlrechtsänderung das Mehrparteiensystem zu beseitigen, bereits zum Programm erhoben hat. Aber wir sind hellhörig, weil wir wissen: Auch wenn beide Großparteien erklären, am Grundsatz der Verhältniswahl werde nicht gerüttelt, der Teufel liegt beim Wahlrecht im Detail.

Wenn ich etwa nur den Vorstellungen des Abgeordneten Neisser folge, dann weiß ich, was kleinen politischen Gemeinschaften, was Minderheiten in diesem Staat durch eine Wahlrechtsreform droht, wenn die ÖVP das Sagen hat. Es wird ihr die parlamentarische Arbeitsmöglichkeit erschwert, wenn nicht gar entzogen.

Sie werden verstehen, daß wir auch aus diesem Grunde alles daransetzen werden — und uns auch durchsetzen werden —, daß diese drohende große Koalition keinen Kahlschlag hier im Parlament betreibt und den kleinen politischen Gruppierungen die Chance der Mitwirkung im Staat entzieht. Das wäre ein Demokratieverlust, dem wir uns auch mit aller Kraft entgegenstellen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte damit zum Schluß kommen. Die große Koalition wird, wenn sie eintritt, unter anderem dadurch ein besonderes Schauspiel sein, weil sich die Österreichische Volkspartei in den vergangenen Jahren mit so vielen Forderungen, Versprechungen und Garantien vollgepumpt hat, daß man nur staunen kann, wenn heute davon die Rede ist, daß die ÖVP sich nur vornimmt, eine „neue Ordnung“ zu schaffen.

Dr. Frischenschlager

Es wird spannend sein, wie die ÖVP das budgetäre Hexeneinmaleins auflöst, das sie uns seit Jahren vorführt, mit der Quadratur des Kreises, daß man eine zwanzigprozentige Steuerermäßigung verspricht. Der Abgeordnete Graf hat, glaube ich, schon gesagt, in den ersten hundert Tagen einer neuen Sanierungspartnerschaft muß das über die Bühne gehen. Zugleich verspricht man in allen Ressortbereichen mehr Geld, und zugleich will man das Budget sanieren. Ich bin gespannt, wie die Volkspartei bezüglich der Lösung dieses Hexeneinmaleins in der Regierungserklärung Rede und Antwort stehen wird.

Ein Zweites: Da wird versprochen, die Bürokratie werde verringert werden, die Zahl der Beamten werde abgebaut werden. Ich bin gespannt, was die Fraktion Christlicher Gewerkschafter, was der ÖAAB dazu sagen wird. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß sich diese Seite, wo sie via Personalvertretung Einfluß hat, immer noch gegen jede dieser Bürokratieabbaumaßnahmen gewendet hat. Auch da wird man gespannt sein. Es wird spannend sein, wie Sie diesen Widerspruch lösen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)*

Noch „schöner“ ist Ihre Verhaltensweise zum Thema Verstaatlichte. Ich glaube, es war der Abgeordnete Taus, der von 30, 40, 50 Milliarden an Zuschüssen gesprochen hat. Ich bin gespannt, ob Sie das mittragen werden. Oder, wie Sie gesagt haben: In drei, vier Jahren müßten diese Zuschüsse ein Ende haben. Ich bin gespannt darauf, vor allem, weil ich mir in Erinnerung rufe, ob Sie das überhaupt dürfen, ob Ihnen nicht Landeshauptmann Krainer einen Strich durch die Rechnung machen und sagen wird — in durchaus „sozialistischer Manier“, würden Sie früher gesagt haben —: Es dürfen die Arbeitsplätze nicht aufgegeben werden, sie müssen garantiert werden. Ich bin gespannt, wie das konkret aussehen wird.

Und im übrigen bin ich auch gespannt — das sei mir erlaubt, hier zu erwähnen —, wie Sie, nachdem Sie Volksbegehren ernst zu nehmen versprechen, dann das sogenannte Anti-Draken-Volksbegehren verwirklichen werden, wenn Sie versprochen haben, daß Sie dem österreichischen Bundesheer die modernsten Flugzeuge zur Verfügung stellen werden, die das Drei- bis Vierfache von der sehr sachlichen jetzigen Lösung kosten werden. Ich bin gespannt, ob Sie das durchhalten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine endlose Liste an Versprechungen,

Garantien und Voraussagen, die die Volkspartei gemacht hat. Es wird spannend sein, zu sehen, was davon in der Regierungserklärung übrigbleiben sollte. Heute haben wir nur gehört, es soll Ordnung geschaffen werden. Das ist ein bißchen zuwenig. *(Abg. Dr. Lichal: Aber notwendig!)* Ich fürchte, daß das eine der üblichen Formulierungen ist wie „Wende“ und „neue Politik“, aber es steckt herzlich wenig dahinter. Man wird sehen, was die ÖVP von all diesen Dingen hält. *(Abg. Dr. Lichal: Jawohl! Eine Wende zur ÖVP!)*

Noch eines, und das sei auch sehr deutlich gesagt: Ich weiß, wie wichtig eine politische Kultur, eine persönliche Vertrauensbasis und eine in der Form anständige politische Auseinandersetzung ist. Ich wundere mich, wie Sie diese Wende schaffen, Herr Klubobmann Mock, indem Sie eine Zusammenarbeit anstreben, wo Ihre Leute noch gesagt haben, diese Regierung — und damit auch die Sozialisten — hätte diesen Staat „verludert“.

Sie haben dieser Regierung, insgesamt und insbesondere den Sozialisten, „Ostblockmethoden“ vorgeworfen. Wie es dann der Abgeordnete Kohlmaier schafft, falls er in der Regierung sitzen sollte, daß er womöglich mit den „Proleten im Nadelstreif“ beieinander sitzen muß, wie er diese persönliche Wende schafft, auf das kann man gespannt sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage das alles so deutlich, weil ich wirklich der Ansicht bin, daß die bevorstehende Nationalratswahl eine sehr weitreichende Entscheidung sein wird, an deren Ende womöglich eine Zweite Republik stehen kann, die in die negativen Erscheinungen zur Endzeit der großen Koalition zurückgefallen ist. Ich glaube, daß das Modell der Bundesregierung, wie sie derzeit amtiert, gebildet aus Sozialisten und Freiheitlichen, abgesehen von Fehlern, die auch uns passiert sind, per saldo positive Ergebnisse für Österreich gebracht hat.

Wir treten mit diesen Leistungen als Regierungspartei vor den Wähler, und es wird letztlich die Wahlauseinandersetzung, die politische Debatte, die wir zu führen haben, und dann der Wähler entscheiden, wie es in Österreich weitergeht.

Beide Hauptaufgaben — Regierungsverantwortung und Opposition — sind wichtige Funktionen, und wir sind bereit, sie zu tragen. Ich bin auch der Auffassung, daß es für unsere Demokratie wichtig ist, daß jede Partei zur Übernahme einer dieser Funktionen

Dr. Frischenschlager

bereit ist, und ich bekenne mich auch dazu, daß jede Partei dieses Hauses, jede demokratische Kraft grundsätzlich bereit sein muß, mit jeder anderen Partei zusammenzuarbeiten, und sei es auch in einer Regierung.

Wir werden mit dieser unserer positiven politischen Bilanz vor den Wähler treten, und ich bin sicher, daß die Freiheitliche Partei auch nach dem 23. November entscheidend an der Gestaltung der Lebensfragen dieser Republik mitwirken wird. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* ^{14.43}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

^{14.43}

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Klubobmann Wille hatte die Freundlichkeit, mich in seiner Rede mehrfach zu apostrophieren. Ich möchte daher auf seine Ausführungen eingehen.

Zunächst einmal zum Beginn seiner Rede. Er hat sich am Anfang hier einer, ich würde sagen, nicht illegitimen Taktik bedient. Er hat gemeint, man könne mit anderen unserer Fraktion, unter anderem auch mit mir, sachlicher reden als mit unserem Parteiobmann. Nachdem ich in der Lage gewesen bin, vier Jahre die gleichen Argumente mir gegenüber gelten zu lassen *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, sage ich, das ist, wenn Sie wollen, ein legitimes Thema des politischen Rituals.

Ich möchte Ihnen nur eines dazu sagen: Ich bin fest davon überzeugt, daß es Ihnen nicht mehr gelingen wird, die Gesprächsfähigkeit, die Kompetenz und die politische und fachliche Kraft unseres Parteiobmannes in irgendeiner Weise in den zur Verfügung stehenden acht Wochen noch anzutasten. Außerdem bin ich fest davon überzeugt, daß der nächste Bundeskanzler Dr. Alois Mock heißen wird, ob es Ihnen gefällt oder nicht. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Resch: Sehr glaubwürdig! — Abg. Fauland: Ich bin neugierig, was Sie am 23. sagen werden!)*

Verehrter Herr Kollege! Ich lege großen Wert darauf, überall glaubwürdig zu sein. Aber wenn Sie mich jetzt für glaubwürdig gefunden hätten, dann hätten Sie damit ja ein Parteiausschlußverfahren riskiert. So ist es nicht. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Da müssen Sie schon ein bisserl aufpassen.

Meine Damen und Herren! Nun zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Wille zu den

Wirtschaftsfragen. Ich möchte gleich zum Anfang kommen. Sie haben natürlich — das sehe ich auch ein — die alte sozialistische Linie, bei uns ist die Arbeitsplatzfrage besser gelöst worden als anderswo, gebracht. Ich möchte mich noch einmal, obwohl das schon so oft zwischen uns geschehen ist, damit auseinandersetzen.

Das erste ist: Ich stelle überhaupt nicht in Zweifel und in Abrede, daß die sozialistische Wirtschaftspolitik versucht hat, ein hohes Beschäftigungsniveau — ich habe ja immer lieber Vollbeschäftigung, wie jeder weiß — zu halten.

Es ist uns nur oder es ist Ihnen nur — Sie haben ja regiert —, so wie vielen anderen entwickelten Industriestaaten, nicht in dem Ausmaß gelungen, als wir uns das gewünscht hätten. Wir haben uns mit Ihrer Art der Beschäftigungspolitik zusätzliche Probleme eingewirtschaftet, unter denen wir wahrscheinlich länger leiden werden als Staaten, die mit Korrekturen früher begonnen haben. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich dazu ein paar Zahlen nennen. Ich antworte ad hoc darauf. Ich bin die ganze Zeit hier gesessen. Ich werde daher manche Sachen runden müssen, weil ich im Detail natürlich nicht nachgeschaut habe.

Die erste Frage ist also: Sie haben dann etwas später in Ihrem Referat — ich komme noch darauf zu sprechen — mit der Pensionsproblematik begonnen; ein ernstes Thema. Es ist gar keine Frage, daß man über solche Dinge reden muß. Sie haben da drinnen ein höheres Pensionsalter angezogen.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Im Moment sind Sie dabei — ich verstehe das subjektiv für den einzelnen von der Entlassung Betroffenen —, das Pensionsalter durch praktische Maßnahmen ständig herunterzusetzen. Sie schicken 55jährige, 57jährige in Pension. *(Abg. Fauland: Was haben die Deutschen gemacht in der Stahlindustrie?)*

Meine Damen und Herren! Das ist die Praxis. Ich gebe Ihnen schon recht, daß man darüber reden muß. Ich bin nicht dagegen, ich weiß, was das psychologisch für einen, wenn er weggeht, heißt. Da muß man die Dinge schon präziser sagen. Seit Jahren machen Sie diese Politik.

Nun kommt das nächste. Dr. Dragaschnig,

Dr. Taus

dem ich durchaus zutraue, daß er von den Dingen etwas versteht, hat gesagt: Wenn man etwa die Pensionsalter mit jenen anderer westlicher Industriestaaten und dann die Arbeitslosen vergleichen würden, müßte man zu unserer Arbeitslosenrate ungefähr 1,6 Prozent dazuzählen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: 2 Prozent!*) Vielleicht hat er auch 2 Prozent gesagt. Ich bin ganz vorsichtig, damit mir ja niemand sagen kann, daß ich etwas zu eskalieren oder zu lizitieren beginne.

Also wenn wir jetzt — bleiben wir dabei — eine Arbeitslosenrate von knapp 5 Prozent haben, kommen noch die 1,6 Prozent dazu. Wir haben als einer der wenigen westlichen Industriestaaten — genauso wie die Schweiz, die hat das noch viel stärker gemacht, weil sie viel mehr Gastarbeiter hatte als wir — ungefähr 80 000 bis 100 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt. Das heißt, wir haben Arbeitslosigkeit exportiert.

Wenn Sie jetzt sagen, das sind 3 bis 4 Prozent unseres Arbeitskräftevolumens, das müssen Sie natürlich dazuzählen — auch bei den Schweizern —, dann haben wir unser Arbeitslosenproblem leider nicht besser geregelt als die meisten anderen Industriestaaten auch. (*Abg. Dr. Lichal: Das wird beschönigt!*) Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Es hat ja keinen Sinn, das zu beschönigen, meine Damen und Herren! Es hat überhaupt keinen Sinn, das zu beschönigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte aber weitergehen, weil Kollege Wille eine ganze Reihe von ernst zu nehmenden Dingen gesagt hat. Ich kann damit gleich auf das Referat des Herrn Bundeskanzlers eingehen.

Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer Erklärung voll Stolz gesagt, daß es in Österreich nun 20 000 neue Arbeitsplätze gibt. Dann haben Sie eine Zahl genannt, wo ich eigentlich gedacht habe, das hätte ich Ihnen so in der Form, daß Sie diese Zahlen so nennen, nicht zugetraut. Sie haben gesagt — auf Seite 5 Ihres Referates —: 1970 waren es rund 2,39 Millionen Menschen, die beschäftigt waren, und heute stehen 2,85 Millionen Österreicher in Arbeit. Dann haben Sie gesagt, welche Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Ich halte das für einen völlig unzulässigen Vergleich. Dieser Vergleich ist übrigens heute in der „Arbeiter-Zeitung“ widerlegt worden, also vor Ihrem Referat. Ich werde gleich darauf zu sprechen kommen.

Es sind hier um über 400 000 unselbständige Arbeitskräfte mehr. Aber in der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, haben wir das doch in der Landwirtschaft und bei den Selbständigen verloren, sodaß das Problem dieses Landes ja im wesentlichen darin beruht, daß es uns eben nicht gelungen ist, insgesamt per saldo mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist ja die Frage Österreichs. Ich meine, es hat überhaupt keinen Sinn, daß wir davor die Augen verschließen.

Ich greife Ihren Ernst, Beschäftigung zu sichern, überhaupt nicht an, ich glaube es Ihnen. Aber unser Problem besteht darin, daß wir in den letzten Jahren im Gegensatz zu manchen anderen westlichen Staaten nicht die Kraft hatten, das Arbeitskräftepotential im Land zu erhöhen. Das ist unser Problem, und das müssen wir ändern. Das heißt, wenn es uns nicht gelingt, die Produktivkraft, die Dynamik unserer Wirtschaft zu erhöhen, dann werden wir das Problem nicht lösen können und natürlich in eine Dauerarbeitslosigkeit schlittern. Das ist doch das Problem unserer Wirtschaft, vor dem wir hier stehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die „Arbeiter-Zeitung“ — ich möchte das schon noch vollenden, es ist ein Zufall, weil Sie darauf gekommen sind — hat es heute widerlegt, indem zum Beispiel der Redakteur, der sich mit der steirischen Landtagswahl beschäftigt, folgendes sagt: Die für die Sozialisten so goldenen siebziger Jahre haben sich genau umgedreht. Damals hielt die SPÖ ihre Kernwählerschichten stabil und konnte in den vom Strukturwandel betroffenen ländlichen Gebieten der ÖVP Stimmen abnehmen. Wie sehr sich die Lage geändert hat, zeigt die Wählerstromanalyse.

Das heißt also, Herr Bundeskanzler, Sie machten in Ihrem Referat Angaben, die die heutige Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ eigentlich logisch widerlegt. Unser Problem ist folgendes: Wir haben nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen, sondern wir haben umgeschichtet. Wir haben die Umschichtung geschafft, aber keine zusätzlichen Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Das ist das Problem. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Kollege Taus! Wenn ein Schuster seine Schusterei aufgibt und in die Industrie geht, brauchen Sie in der Industrie einen Arbeitsplatz für den Schuster! Sie müssen einen schaffen, dafür müssen Sie 2, 3 Millionen ...! — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Kollege Wille! Das ist doch nicht das Problem. Wir können uns ruhig einmal darüber

Dr. Taus

unterhalten, öffentlich, privat, wie immer Sie wollen. Unser Problem ist es, daß es uns nicht gelungen ist, per saldo das Arbeitskraftvolumen, Selbständige und Unselbständige, in den vergangenen — wenn Sie wollen — 14, 15, 16 Jahren, ich will das nicht allein mit Ihrer Regierungsperiode in Einklang bringen, zu erhöhen.

Schauen Sie zum Beispiel in die USA. Dort ist zwar auch nicht alles Gold, was glänzt, aber den Amerikanern ist es gelungen. Sie haben trotz ihres ununterbrochenen Strukturwandels wirklich zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Uns ist es bestenfalls gelungen, das Volumen an Arbeitskräften insgesamt zu halten. Das ist ein Dynamikverlust einer Wirtschaft, und das ist eigentlich das Problem, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben, Sie, wir, alle im Parlament vertretenen Parteien.

Nun zu einem Punkt, den ich aber in extenso jetzt nicht ausführen möchte, weil es genug internationale Diskussionen über Subventionen im industriellen Bereich gibt — was ja gar nicht ungefährlich ist —. Sie haben zum Beispiel die Subventionen in der amerikanischen Stahlindustrie angezogen, die kommen werden. Sie haben gesagt, in den nächsten drei oder vier Jahren werden das ungefähr 120 Milliarden Schilling sein.

Ja sicher, aber ich werde das jetzt einmal durchrechnen. Die amerikanische Stahlindustrie, sage ich, hat ungefähr zehnmal soviel Produktion wie die österreichische; sie hat mehr, aber ich rechne vorsichtig. Es würden also auf unsere Stahlindustrie parallel zur amerikanischen 12 Milliarden Schilling für die nächsten drei, vier Jahre entfallen. Ich sage Ihnen hier und jetzt: Es entfallen auf uns viel mehr. Punkt! Mehr will ich dazu nicht sagen, nur so viel: Man muß auch bei solchen Vergleichen aufpassen. Die werden gefährlich!

Natürlich sind wir im Augenblick in einer sehr, sehr schwierigen Lage, und damit komme ich zum nächsten Punkt. Kollege Wille, Sie haben darüber geredet, ebenso der Herr Bundeskanzler. Sie reden so, als wäre die Krise der verstaatlichten Industrie eine Krise der Eisen- und Stahlindustrie. Ich sage Ihnen von diesem Platz aus, daß ich als Österreicher froh wäre, wenn die Krise der verstaatlichten Industrie nur eine Krise der Eisen- und Stahlindustrie wäre. Dann hätten wir das eingegrenzt und sagen können: Natürlich hat das die anderen auch betroffen. Es gibt überhaupt keine Diskussion darüber. Aber unser Problem ist es ja, daß wir in der

verstaatlichten Industrie mit Unternehmungen abstürzen, die in anderen Ländern in den letzten Jahren und möglicherweise auch in Zukunft die Wachstumsmotoren gewesen sind und sein werden.

Das ist die Frage der Verstaatlichten, nicht allein das Problem der Eisen- und Stahlindustrie. Das kennen wir. Wenn es uns gelungen wäre, das nur auf die Eisen- und Stahlindustrie in Österreich einzugrenzen, wenn der Konzern sonst gesund wäre, dann würden wir wahrscheinlich alle in den Jubel einstimmen, daß bei uns alles in Ordnung ist. Aber genau das ist nicht der Fall. Alle Versuche Ihrerseits in der Regierung, aus dieser Eisen- und Stahlindustrie in andere Bereiche hineinzugehen, sind leider trotz vieler Milliarden an Kapital, die eingeschossen wurden, danebengegangen. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

Ich sage es noch einmal: Es ist nicht die Eisen- und Stahlindustrie, sondern es sind die chemische Industrie und alle anderen Industrien, von denen wir geglaubt haben, daß sie nach vorne marschieren könnten. Sie marschieren aber nicht nach vor. Das ist die Frage, nicht Eisen und Stahl, das haben die anderen auch. Sicherlich haben wir zu spät mit der Sanierung begonnen. Das ist das zweite Problem. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber die nächste Frage, Kollege Wille, zu der ich kommen möchte. Ich hätte es natürlich auch verstanden, wenn Sie gesagt hätten, 50:50 ist das Verschulden im Bereich der Verstaatlichten zwischen ÖVP und SPÖ aufzuteilen.

Meine Damen und Herren! Wir sind nun einmal seit 16,5 Jahren nicht mehr in der Regierung. Wir sind mit allen wesentlichen Fragen in der Politik der Verstaatlichten durchgefallen. Ich selber habe das noch fünf Jahre als Vorsitzender des Aufsichtsrates der ÖIAG höchstpersönlich erlebt. Wir sind niedergestimmt worden. Ich habe mir so etwas nicht gefallen lassen, habe gesagt, ich gehe heraus. Dann gab es ein berühmtes Kreisky-Schleinzer-Abkommen, das — wen Sie so wollen — mein honoriges Bleiben in diesem Aufsichtsrat ermöglicht hat, indem sich nämlich, ich sage das auch, wie es war, die beiden Parteiobermänner bei Nichteinigung noch einmal in Anwesenheit des Präsidiums der ÖIAG zusammengesetzt und versucht haben, darüber zu diskutieren, ob man nicht eine Lösung finden könnte.

Das heißt, ich kann Ihnen sagen, wir sind in vielen wesentlichen Fragen der Verstaatlich-

Dr. Taus

ten niedergestimmt worden. Jetzt sage ich Ihnen nur die wichtigsten. Ich persönlich war wahrscheinlich einer der wenigen entschiedenen Gegner der Stahlfusion, wie sie durchgeführt wurde. Bis tief in unsere eigenen Reihen hinein hat es Kollegen gegeben, die der Überzeugung waren: Es ist richtig, wie es gemacht wurde. Ich habe mich dagegen gewehrt, wie gesagt wurde: aus parteipolitischen Gründen. Mit Parteipolitik hatte das überhaupt nichts zu schaffen, sondern ich war der Meinung, diese beiden von ihrer Historie her so verschiedenen Unternehmungen mit einem Federstrich ohne Vorbereitungsmaßnahmen, ohne ein genaues vorher festliegendes Konzept zu fusionieren, kann nur schiefgehen, so wie die Ehe zweier Leute, die verheiratet werden, ohne daß sie zusammenpassen. Solch eine Ehe wird bald beim Scheidungsrichter enden. Das war eine der fundamentalen Fragen.

Das zweite, Kollege Wille! Sie selber waren dann noch dabei... (*Zwischenruf des Abg. Wille.*) Nein, das geht so nicht. Ich komme gleich auf die Frage zu sprechen, weil sie wichtig ist. Die nächste Problematik. Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich, besonders Sie, Kollege Wille, weil Sie damals — 1969 —, glaube ich, noch im Aufsichtsrat gesessen sind, unter welchen furchtbaren Schmerzen wir das Zusammenführen von ÖMV und Chemie-Linz durchgerungen haben, auch — ich gebe das zu — unter ganz starkem Widerstand aus meiner eigenen Partei, regional und überregional. Eine Ihrer ersten Maßnahmen war, daß Sie diesen Beschluß reassumiert haben, daß Sie das zurückgenommen haben. Schwerer Fehler, meine Damen und Herren! Schwerer Fehler!

Ich könnte jetzt noch etliche andere Sachen aufzählen. Ich will es nicht. Ich habe nie von diesem Platz aus gesagt, daß wir total schuldlos sind. Das habe ich nie gesagt. Das kann mir niemand vorwerfen. Aber, Kollege Wille, fifty-fifty ist es nicht!

Minister Lacina hat sich einmal sehr darüber aufgeregt, als ich sagte, es gibt einen Mehrheits- und einen Minderheitsaktionär. Ich bleibe bei diesem Bild. Mindestens 51 Prozent hatten Sie, und dieses eine Prozent spielt halt in der Wirtschaft und in der Führung eines Unternehmens eine große Rolle. Sie haben alle wesentlichen Positionen, vom Minister, vom Generaldirektor bis zum ÖIAG-Präsidenten, wo man dirigieren kann, das heißt, die Mehrheit ausüben kann, durchaus zu Recht besetzt. Daher kann unsere Schuld, selbst wenn wir mitgegangen sind, nicht fifty-

fifty sein. Ich will darüber aber nicht rechten, ich verstehe das, wir sind im Wahlkampf. Und es ist von Ihrer Seite auch legitim, wenn Sie hergehen und sagen: Nicht wahr, fein, es ist fifty-fifty. Ich rechne Ihnen das gar nicht böse an, wir sind ja faktisch im Wahlkampf, dieses Parlament ist ja heute vor seiner Auflösung. (*Bundesminister Dallinger: Elin, VEW...!*)

Auch Elin, Herr Minister Dallinger, da geben Sie mir ein schönes Stichwort. Ich bin hier gesessen als junger Staatssekretär — ich weiß nicht mehr genau wo, ich glaube, da links bin ich gesessen — und meine erste Tätigkeit war, 300 oder 400 Millionen für Elin zu beschaffen, weil sie damals vor dem Abstürzen war.

Es hat hier eines der prominentesten Mitglieder der SPÖ darüber eine große Rede gehalten, daß die SPÖ nicht in der Lage ist, der Elin-Sanierung zuzustimmen. Das war auch etwas. Nur, weil Sie mich gerade an diese Dinge erinnern. Ich bin halt leider schon zu lange bei diesem Geschäft, ich kenne das schon sehr lange. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber lassen wir diese alten Geschichten; das hat ja keine Bedeutung. (*Bundesminister Dallinger: Die VEW nehmen Sie auch dazu?*) Ich nehme auch die VEW dazu, selbstverständlich.

Gehen wir aber nun einen Schritt weiter; ich komme also zur Frage der Pensionsreform. (*Zwischenrufe.*)

Kollege Wille! Die Frage der Pensionsreform — ich bin durchaus Ihrer Meinung — ist ein ernstes Thema, worüber man sich im Prinzip einmal klarwerden soll. Und jetzt sage ich das als ÖVP-Abgeordneter: Um die Pensionen in Zukunft zu sichern, wird man sich über das System den Kopf zerbrechen müssen. Nicht, daß hier gleich wieder Schwachheiten entstehen und gesagt wird, man beginnt schon, darüber zu reden, die Pensionen zu kürzen, sondern man wird das System ändern müssen, um die Pensionen zu sichern. Es wird sehr viele Maßnahmen geben, die man sich überlegen wird müssen. Der Weg steht eigentlich heute noch nicht fest.

Nur, meine Damen und Herren, Sie machen das jetzt auch seit über 16 Jahren. Seit über 16 Jahren regieren Sie! Weil vorhin vom Herrn Abgeordneten Frischenschlager so auf die große Koalition losgegangen wurde: Die

Dr. Taus

große Koalition gibt es seit 20 Jahren nicht mehr. Es gibt schon so lange keine große Koalition mehr. Die Hälfte der Zeit hat es sie gegeben, und die andere Hälfte hat es sie nicht gegeben.

Nicht, daß ich alles für gut halte — ich komme noch darauf zu sprechen — in einer großen Koalition, gar keine Frage. Aber das ist halt eine historische Episode gewesen. Was in Zukunft sein wird, wissen wir nicht. Ich möchte dann ein paar Gedanken dazu äußern.

Vorher noch etwas zum Kollegen Wille, zu ein paar Sätzen die er gesagt hat, international. Herr Kollege Wille! Niemand von uns hat auch nur mit einem, ich möchte fast sagen, Wimpernzucken die internationale Problematik, aus der Österreich überhaupt nicht austreten kann, geleugnet. Im Gegenteil. Die Österreichische Volkspartei hat hic et nunc — mein Kollege Graf — x-mal vor dem österreichischen Weg in der Wirtschaftspolitik gewarnt. — Ich muß mich dann noch mit dem Herrn Bundeskanzler auseinandersetzen in der Frage. — Und Sie sagen jetzt: International schlägt es uns etwas herein.

Selbstverständlich schlägt es herein. Aber die Frage, um die es uns geht, ist doch das Korrigieren der Fehler, die hausgemacht sind. Dem Internationalen können wir uns nur anpassen, da haben wir überhaupt keine andere Chance.

Ihre Partei war es, die geglaubt hat, daß man hier durchtauchen kann, daß man einen eigenen Weg gehen kann. Und es ist jetzt das Problem dieser Regierung, daß dieser eigene Weg nicht gangbar ist, falsch ist, und das ist auch mit einer der Gründe, warum diese Koalition in die Luft geflogen ist. Aber ich möchte noch einiges dazu sagen.

Nun das letzte, das ich noch zum Kollegen Wille im einzelnen sagen möchte. Ich ärgere mich auch darüber, daß gelegentlich in ausländischen Zeitungen Österreich nicht übertrieben gut behandelt wird. Ich sage das einmal so vorsichtig.

Aber wie man in den Wald hineinruft, so hallt es halt zurück. Ich erinnere mich daran, daß in den vergangenen Jahren ungeheuerliche Belehrungen von Österreich in die weite Welt hinausgegangen sind! Wir haben ja eigentlich vielen großen Ländern erklärt, wenn sie wissen wollen, wie es geht, dann sollen sie nach Österreich schauen, da zeigt ihnen die Regierung, wie der österreichische

Weg geht. Ununterbrochen. Die haben das auch brav geschrieben, mit Bild und Bildunterschrift, viele Jahre. Und auf einmal sehen die: Es ist ja alles nicht wahr. Und jetzt kommt uns das verstärkt zurück.

Aber zu den „sepphosen Provinzpolitikern“ in der „Zeit“ über die Sie sich, Kollege Wille, genauso ärgern, wie ich mich darüber ärgere.

Ich sage Ihnen auch etwas zu den österreichischen Politikern der Nachkriegszeit. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen: Das Land war gut bedient und es wäre gut bedient, wenn es immer diesen Typ der sepphosen Provinzpolitiker in der Führung dieses Landes hätte. Es wäre uns vieles nicht passiert. (*Beifall bei der ÖVP.*) Auch von Ihrer Seite aus, das gebe ich durchaus zu. Das gilt jetzt nicht nur für Männer und Frauen meiner Partei, die in der Verantwortung standen, das gilt genauso für Ihre Leute.

Nun darf ich mich vielleicht ein wenig dem Referat des Herrn Bundeskanzlers zuwenden. Das ist ja auch eine echte Fundgrube.

Ich darf vielleicht mit dem beginnen, mit dem mein Parteiobmann begonnen hat. Er hat gesagt, daß diese Koalition einfach gescheitert ist.

Ich weiß: So etwas ist immer hart. Niemand hört das gerne. Aber es ist völlig klar — für mich jedenfalls —: Sie haben einen willkommenen Anlaß zum Absprung gesucht, weil der Problemberg, der vor uns liegt, von der Regierung nicht mehr gelöst werden konnte. Da ist es angenehm für Sie, abzuspringen. Die Freiheitlichen haben Ihnen mit ihrem Parteitag den Vorwand geliefert. Ich weiß nicht, ob es legitim oder illegitim ist, das müssen Sie sich selbst ausmachen. Das ist nicht meine Sorge, das ist nicht mein Problem. Tatsache ist, die Koalition ist vor der Zeit gegangen.

Mein Kollege Graf und ich haben vor mehr als einem Jahr begonnen, zu sagen: Das funktioniert nicht mehr, führen wir Neuwahlen durch; nicht einmal aus parteipolitischen Gründen, weil wir gar nicht geglaubt haben, daß es so früh für uns sehr gut wäre. Wenn Sie mich fragen: Jeder Tag, den diese Regierung länger im Amt ist, hätte die Chancen der ÖVP erhöht. So ist es eben nicht so, wir machen Neuwahlen im Herbst. Ich finde, das ist vernünftig, man hat immerhin ein halbes Jahr gewonnen, und die Karten werden neu gemischt.

Dr. Taus

Nun, Herr Bundeskanzler, zu Ihrem Referat. Ich erachte es durchaus als eine Pflichtübung, wenn Sie sagen, daß ohnedies alles gut ist, was hier rundherum passiert ist. Aber klären Sie dann etwas auf. Wenn ohnedies alles gut und in Ordnung ist, warum brauchen wir dann in Österreich — nach Ihren Worten — eine nationale Kraftanstrengung und einen neuen Modernisierungsschub?

Wenn alles so in Ordnung und so gut wäre, müßten Sie doch eigentlich, der Logik und der semantischen Interpretation folgend, formulieren: Wir werden so weitermachen wie bisher, denn der Weg war erfolgreich, wir werden dieses Tempo fortsetzen und diesen Weg weitergehen. Sie sagen es nicht. Sie sagen, Sie brauchen einen Modernisierungsschub und eine nationale Kraftanstrengung.

Ich weiß nicht, wer es war, aber als Robert Graf oder ich das erstemal von der nationalen Kraftanstrengung gesprochen haben, war die Unruhe in den Bänken der Sozialistischen Partei noch sehr groß. Man hat uns Übertreibung, Dramatisierung und ähnliches vorgeworfen. Und nun haben Sie hier einen Bundeskanzler aus Ihren Reihen sitzen, und der verwendet diesen Begriff der nationalen Kraftanstrengung, der Ihnen noch vor wenigen Monaten so gewaltiges Unbehagen bereitet hat. — Nun, das nenne ich umdenken, meine Damen und Herren, umdenken im klarsten Sinne des Wortes.

Nun aber einen Schritt weiter. Ich habe im ganzen Referat des Bundeskanzlers den österreichischen Weg nicht mehr gefunden, den österreichischen Weg, mit dem man ja ganze Wahlkämpfe bestritten hat, erfolgreich bestritten hat. Wir konnten dem eigentlich gar nicht sehr viel entgegensetzen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das war eine Sackgasse!*) Argumentativ haben wir den Leuten gesagt: So wird das nicht sein. Österreich kann sich nicht abkoppeln. Dieser österreichische Weg kann nur schiefgehen. — Das haben uns die Leute nicht geglaubt, sonst hätten Sie ja die Wahlen nicht gewonnen. Sie haben sie ja gewonnen.

Und nun sehe ich in diesem Referat nicht ein einziges Mal den österreichischen Weg. Ich sehe aber etwas ganz anderes, ich sehe die Sätze, die ich durchaus akzeptiere: „Hüten wir uns vor der Illusion, Österreich sei eine Insel der Seligen. Wir können uns nicht abkoppeln vom Zug der Weltwirtschaft, von der Dynamik der weltpolitischen Entwicklung.“

Herr Bundeskanzler! 100 Prozent Zustimmung von unserer Seite! Nur, es hat mich sehr gewundert, warum Ihre Parteifreunde bei diesen Sätzen eigentlich nicht unruhig geworden sind. Das war doch das, was wir im Prinzip kritisiert haben!

Natürlich freut es mich immer wieder, wenn aus einem Saulus ein Paulus wird. Das ist ja durchaus möglich. Und es freut mich auch, wenn aus dem Mund eines Bundeskanzlers, der Mitglied der Sozialistischen Partei ist, Dinge kommen, die mir bekannt vorkommen. (*Abg. Graf: „Entströmen“, heißt das vornehm!*) Sehr gut. Bitte, „entströmen“.

Dieses Referat, meine Damen und Herren, ist der beste Beweis dafür, daß Sie sich von den 16 Jahren sehr gerne absetzen würden.

Ihr neuer Zentralsekretär Dr. Keller, der dritte in der Troika, hat ja auch schon erklärt, daß man am besten nicht mehr zurückschaut, sondern nur nach vorne schauen soll. Die Vergangenheit — so ähnlich heißt das Zitat — ist nichts für die Diskussion mit dem Generalsekretär Dr. Graff, wir werden uns mit der Zukunft beschäftigen.

Nun, meine Damen und Herren, ich kann mir vorstellen, daß man sich jetzt mit der Zukunft beschäftigen will, nachdem man die Vergangenheit nicht sehr gut bewältigt hat und die Zukunftsprobleme Österreichs zu einem guten Teil aus Ihrer Vergangenheitspolitik herrühren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Da können Sie sich nicht absetzen, das geht nicht. Das wird sicherlich auch Thema dieses Wahlkampfes sein.

Herr Bundeskanzler! Ich teile sehr vieles von dem, was Sie hier gesagt haben. Ich würde lügen, wenn ich das nicht täte. Durchaus. Nur, eines ist klar: Auch wenn Sie nun versuchen, die Wende der Politik vorwegzunehmen — was Ihr gutes Recht ist; daß wir die Wende brauchen, steht ja außer Frage —, kommen Sie um eines nicht herum, daß Sie nämlich von Anfang an, und sei es auch nur als Kabinettschef des damaligen Finanzministers, dabeigewesen sind.

So neu in der Politik sind Sie ja nicht, Herr Bundeskanzler! Sie sind in der Politik zumindest so alt wie wir; also neuer sind Sie nicht als wir, die wir hier sind. (*Abg. Dr. Nowotny: Frischer!*) Das muß man schon einmal sagen; auch wenn man in der dritten Linie gestanden ist und dann — durchaus akzeptabel — in die erste Linie kommt, so ist dagegen nichts zu sagen. Es ist nicht richtig,

Dr. Taus

zu sagen: Was hinter mir liegt, geht mich eigentlich nichts an, ein paar schöne Sätze, es ist alles in Ordnung, und dann kommt die große Wende. Dazu muß ich Ihnen ehrlich sagen: Meiner Meinung nach ist es noch immer besser, daß diejenigen ... (*Zwischenbemerkung des Bundeskanzlers Dr. Vranitzky.*) Das werden Sie doch nicht hineingeschrieben haben, die große Wende, es genügt ja, ich kann ja lesen, nicht wahr? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich kann ja lesen, Herr Bundeskanzler, ich kann es schon sehr lange. Ich kann nur wieder sagen: Zusammenarbeit mit Wille, der ja seine ... (*Zwischenruf.*) Gar nicht sein Alter; geht nicht zurück, nicht wahr? (*Abg. Graf: Herr Precht! Wie ist es mit Ihnen? Sie können das aber auch! — Weitere Zwischenrufe. — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Nein, nein, das Reichsvolksschulgesetz ist schon sehr alt, das ist eine alte Geschichte. Wir können alle lesen, daher kann auch ich lesen und kann interpretieren.

Ich stehe durchaus zu weiten Passagen Ihrer Ausführungen nicht im Gegensatz. Eine interessante Geschichte. Ich war viele Jahre bei vielen Passagen immer im Gegensatz, jetzt bin ich es nicht. Ich freue mich darüber, daß die SPÖ nun auch langjährige Argumentationslinien der ÖVP akzeptiert; mehr will ich dazu nicht sagen. So ist es eben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es muß natürlich auch konkret gesagt werden, wie die Dinge hier liegen; jetzt komme ich zur Verstaatlichten. Es ist schon sehr viel dazu gesagt worden. Ja, der Herr Minister Streicher sitzt hier, gar keine Frage. (*Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Alles aufgeboten!*) Ja, alles aufgeboten.

Was mir bei der VOEST und beim VOEST-Konzept aufgefallen ist, auf mehr will ich ja gar nicht eingehen: Sie haben, nachdem das Desaster in der Verstaatlichten in der Öffentlichkeit nicht mehr zudeckbar gewesen ist, mit einer ungeheuren Reform der ÖIAG begonnen. Sie alle haben gesagt: Nun werden die Unternehmungen selber entscheiden, die sozietären Organe, und und und.

Dazu muß ich Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler oder Herr Minister — ich weiß nicht, wer von Ihnen dafür zuständig ist, also in der praktischen Politik vielleicht beide Herren (*Abg. Graf: Grünwald!*) —: So, wie Sie Ihre neuen, sorgfältig ausgesuchten sozietären Organe behandelt haben, so hat sie ja nicht einmal Dr. Kreisky in seiner glanzvollsten Zeit behandelt.

Es gibt keinen einzigen Beschluß eines Aufsichtsrates der VOEST über das Konzept, das öffentlich diskutiert wird. Es gibt keinen Beschluß des Vorstandes der ÖIAG, es gibt keinen Beschluß des sorgfältig ausgesuchten Aufsichtsrates der ÖIAG, aber es wird darüber diskutiert, die Regierung steht dahinter. Die sozietären Organe können eigentlich schon wieder ihr Ränzelpack packen, die braucht man nicht mehr. Die hätten Sie nicht so lange auszusuchen brauchen; was sollen die jetzt machen? (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Zwischenbemerkung des Bundeskanzlers Dr. Vranitzky.*)

Ich habe für Handlungen immer etwas übrig, ich habe immer etwas für Leute übrig, die sagen: Jetzt tun wir etwas. Nur: Eine öffentliche Diskussion beginnt, nachdem sich die sozietären Organe dazu bekennen; aber die haben ja gar keine Chance mehr, sich dazu zu bekennen. Die gerade ausgesuchten haben Sie ja soeben zum Yes-Men-Club degradiert. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die sind ja nicht mehr mehr. Was sollen denn die noch tun? Außer apportieren können die nichts mehr. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Also was sollen sie machen?

Ich sage das nur, ich bin gar nicht dagegen, daß einer handelt, das muß ich auch sagen, Herr Dr. Streicher. Nur: vorher sagen, große ÖIAG-Reform und über alles reden, und zum Schluß natürlich der Boß dort sein. Ich bin gar nicht dagegen, daß es einen Boß gibt, der hat wenigstens offen die Verantwortung für das, was passiert; ich habe auch das Verkriechen hinter großen Gremien, sodaß jeder sagen kann, ich war es nicht, gar nicht gern.

Also bei all diesen Dingen, meine Damen und Herren, ob positiv oder negativ, können sich der Kanzler und sein Verstaatlichtenminister nicht mehr hinter irgendwelchen Gremien verstecken. Das ist gut so; ich halte es für gar nicht schlecht. Ich halte nur die Methode für nicht sehr gut, weil die sozietären Organe jetzt dort sitzen und der Dinge harren, die sie in der Zeitung lesen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist die Situation. Wie gesagt, ich bin gar nicht so. Aber wozu haben Sie sich diese ÖIAG-Reform angetan, mit dem Gesetz und mit dem uns Überstimmen und mit dem Hinausschmiß. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: So wie die überstimmt wurden, hätten Sie uns auch überstimmen können. Das wäre keine Schwierigkeit gewesen; wenn man davon schon redet. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich komme jetzt zum nächsten Punkt, zum

Dr. Taus

Budget dieses Jahres. Herr Bundeskanzler! Wir haben Sie nie in Ihrer intellektuellen Kapazität angegriffen, das tue ich auch heute nicht. Ein Ruhmesblatt ist das Budget nicht, es ist so falsch, wie die vorigen Budgets es waren, und wir sind in keiner besseren Budgetsituation. Ich will nicht sagen, daß es jemand besser oder schlechter zusammengebracht hat. Das ist das Faktum, daher ist nichts Neues dabei. Das ist das, was ich mit diesen wenigen Argumenten hier zum Ausdruck bringen möchte.

Nun lassen Sie mich noch ein paar Dinge zu den Problemen sagen. Es wurde heute so verschämt und vorsichtig umgegangen mit Koalitionen und ähnlichem mehr. Ich möchte doch ein paar Sätze dazu sagen, weil ich seit vielen Jahren derjenige bin, ich stehe dazu, der gesagt hat: Die Probleme, die es hier gibt, kann eine von den beiden großen Parteien — ob sie sich nun lieben oder nicht lieben, ob sie sich mögen oder nicht mögen — nicht mehr lösen, das geht nicht. Die sind zu groß. In einer normalen demokratischen Entwicklung gibt es Probleme, die sehr groß sind.

Ich war dieser Meinung, meine Parteifreunde waren überhaupt nicht froh über diese Meinung. Ich bin nur sehr froh gewesen, daß mein Freund Robert Graf — ich glaube, sogar vor mir — diese Meinung geäußert hat; wir haben das halt gesagt. Und jetzt kommt die Frage: Wie geht es nun weiter? Und das halte ich für ein sehr ernstes Kapitel.

Folgendes möchte ich auch sagen — ich kann mich ja nicht von den Dingen absentieren, die ich seit Jahren hier vertreten habe —: Ich halte das wirklich für vernünftig, wenn der Wählerwille so etwas zuläßt — ich formuliere das sehr vorsichtig —, wenn er es zuläßt, der Wählerwille. Wir wissen ja nicht, wie der Wähler entscheidet. Es kann ja alles sein, von der Absoluten bis zur kleinen Koalition; da ist ja alles offen. Ich weiß nicht, ob es gescheit wäre, ob es klug wäre für das Land. Meine Meinung habe ich hier deponiert, von der werde ich nicht weggehen. Ich möchte aber ein paar Sätze schon noch dazu sagen, nicht um es zu relativieren, sondern um meine Meinung zu sagen.

Das erste ist: Ich möchte haben, daß die Österreichische Volkspartei die stärkste Partei ist. Das heißt, Wahlziel für mich ist es — ich will meinen Parteiohmann überhaupt nicht präjudizieren, den Parteivorstand schon gar nicht —, daß die ÖVP die stärkste Partei ist. Das ist das Wahlziel der ÖVP, weil wir glauben, daß die Wende, die der Herr Bundes-

kanzler zwar hier in seinem Referat formuliert hat, von der Partei, die sie verlangt hat, besser durchgeführt werden kann als von denen, die sie verhindert haben. Nun, das ist eben eine Meinung, um die es hier geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch ein paar Dinge, und zwar ist das jetzt an meine Partei gerichtet, in aller Öffentlichkeit. Gleichgültig, ob wir vorher einen, zwei oder drei Offenbarungseide, drei Kassenstürze und vier Inventuren verlangen und durchführen, wenn man in eine große Koalition hineingeht, wenn es sie gäbe, sind nach spätestens zwei Jahren die Probleme von 16 Jahren sozialistischer Regierung unsere. Daher ist es von vornherein eine Sache von staatspolitischer Verantwortung, wenn man das tut, obwohl man genau weiß, daß man das dann so auf den Schultern trägt, wie es Kollege Wille in der Verstaatlichten schon jetzt gerne haben würde, nur, das geht noch nicht bei der Verstaatlichten. *(Zwischenruf des Abg. Wille. — Abg. Graf: Ja, auf fremden Schultern will er das haben!)* Sicher, es ist ja immer das Schönste, wenn man es auf fremde Schultern gibt. Das ist auch legitim in der Politik, Kollege Wille, es ist nur auch legitim, daß man sich dagegen wehrt. Das ist das, was wir hier tun. Das heißt also, ich glaube gar nicht, daß das dann alles für die handelnden Personen so vorteilhaft sein wird, als jemand ohne Ehrgeiz kann ich das hier durchaus so behaupten. Das wird gar nicht so leicht sein, es wird überhaupt nicht so leicht sein, diese Dinge durchzustehen. Ich halte das nur für notwendig.

Ich möchte von vornherein noch einen Satz sagen. Wenn es wirklich nach dem Wählerwillen zu einer Zusammenarbeit kommen könnte, halte ich es für das Schwierigste und Wichtigste, das es überhaupt gibt, darum sage ich es jetzt — das sind nicht die Koalitionsformen und, wenn Sie wollen, das Procedere und die Mechanismen, die Vereinbarungen und was es hier alles gibt —, daß die Leute, die drinnensitzen, zueinander — trotz aller Verschiedenheit — loyal sind, daß es bei aller Härte ein Mindestmaß an menschlichem Konsens gibt. Das ist das Schwierigste, alles andere ist eine sekundäre Frage. Wenn das eine Zeitlang hält, dann kann so etwas funktionieren.

Jetzt überhaupt zu dieser Zusammenarbeit. Ich habe die große Koalition lange erlebt. Ich war in meinen jungen Jahren ein Zureicher in Koalitionsverhandlungen, das heißt, ich habe Papiere verfaßt, oft in der Nacht, die dann am nächsten Tag in der Früh, wenn ich sie liefern

Dr. Taus

mußte, niemand mehr gelesen hat, weil der Zug längst weitergefahren war. Ich kenne daher diese Dinge. Da ist nicht alles Gold, was glänzt, da ist vieles schiefgegangen, da hat es all diese Versteinerungsprobleme gegeben, über die man jetzt redet, das war alles da.

Man wird sich überlegen müssen, wenn es so etwas geben soll, wie man es macht. Man wird sich über ein paar Dinge, die man machen will, die man durchziehen will und zu denen man stehen will, genau einigen müssen. Das ist eine Grundfrage, die von meiner bescheidenen Warte aus gesehen hier gegeben ist.

Nun etwas zum Wahlkampf. Herr Bundeskanzler! Ich teile auch Ihre Meinung. Ich bin natürlich schon als ein Getroffener des letzten Wahlkampfes, obwohl ich daran überhaupt nicht beteiligt war, aber ich bin als ein politisch und ein bißchen menschlich Getroffener, weil mir das nicht gefallen hat, was da passiert ist, durchaus Ihrer Meinung: Wir sollten uns in diesem Wahlkampf überhaupt nichts schenken. Wir sollten ihn sowohl von Ihrer als auch von unserer wie von der Freiheitlichen Partei her hart führen. Alle Parteien, die um Mandate antreten, sollen hart kämpfen — das gehört zur Demokratie —, aber fair, sodaß nachher jeder dem anderen noch in die Augen sehen kann, ob er nun dabei oder nicht dabei ist, ob er Opposition oder Regierung ist. Um einen Begriff aus dem Sport zu nehmen: Ein hartes Spiel muß kein unfaires Spiel sein. Es gibt weiche Spiele, die sind die gefährlichsten.

Es soll durchaus jeder seine Linie und Position vertreten und durchaus auch persönlich angreifen, aber der Angriff soll oberhalb der Gürtellinie bleiben. Mit offenem Visier soll gekämpft werden, das ist das, was ich mir wünsche. Es wird gekämpft, und es muß gekämpft werden, weil das einfach auch zur Demokratie gehört. Nur so kann sich der Wähler ein Bild machen, hat eine Vorstellung von den Personen und ähnlichem mehr. Aber es muß nicht unter die Gürtellinie gehen, sondern man soll halt dorthin schlagen, wo es die Regeln erlauben, auf beiden Seiten, wo man weiß, wie die Dinge laufen. Das gilt für jeden, der in die Arena steigt, natürlich auch für mich, der ich als Abgeordneter in bescheidenem Maße ja auch meinen Part zu einem solchen Wahlkampf zu tragen haben werde, so wie Sie das alle tun und so wie das unsere Leute auch tun. Das würde ich mir wünschen.

Daher möchte ich abschließend folgendes sagen: Ich nehme mir noch einmal die Rede

des Herrn Bundeskanzlers her, die vorletzte Seite, Seite 26, Ihre Liste, die mit den Worten beginnt, es ist nicht ehrlich und glaubwürdig. Aufgrund dieser Liste, die Sie hier vorgelegt haben, ließe es sich vortrefflich polemisieren. Ich fange einmal von hinten an, nachdem Sie es von vorne heruntergelesen haben: „Und es ist nicht ehrlich und glaubwürdig, dieser oder jener Bevölkerungsgruppe etwas zu versprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß man dafür einer anderen etwas wegnehmen muß.“

Also wenn ich mir die Wahlprogramme der Sozialistischen Partei der letzten Jahre anschau, dann kann ich feststellen, daß es von diesen Dingen nur so wimmelt. Möglicherweise auch bei uns, das will ich gar nicht abstreiten. Auch bei den Freiheitlichen, bei allen anderen auch.

Da steht etwa drinnen: Es ist nicht glaubwürdig und nicht ehrlich, zu behaupten, daß man keinen Schilling mehr für die Lösung der Probleme der verstaatlichten Industrie benötigt und trotzdem keine Kündigungen zulassen wird.

Meine Damen und Herren! Das war Ihre Argumentation im Jahre 1983, während wir gesagt haben, für die 16,6 sind wir nicht, nicht deswegen, weil wir die Leute dort bedienen wollten, sondern deshalb, weil es so nicht gehen kann. Ihre Argumentation war hingegen: Das wird bezahlt, dann werden wir sanieren, und die Arbeitsplätze sind gesichert. Ich kann mich noch genau daran erinnern. Schauen Sie in Ihren Reden nach. Ich ziehe es ja gar nicht im einzelnen hier an.

Dann heißt es weiter, eine Steuersenkung und andererseits eine Reduktion des Budgetdefizits zu versprechen und so weiter. Na ja, das ist altes politisches Kleingeld. Das können Sie uns sicher vorwerfen. Wir können es Ihnen vorwerfen, den Freiheitlichen kann man es auch vorwerfen, jedem kann man es vorwerfen. Wenn so etwas in diesem Wahlkampf nicht geschehen soll, dann wäre ich nur dankbar dafür. Aber das sind — das sage ich Ihnen als Realist in dieser Frage offen — ja läßliche Sünden der Politik. Mir geht es um etwas ganz anderes.

Mir geht es darum, daß alle realisieren, daß wir in einer für normale demokratische Zeiten schwierigen Lage sind, daß für Jubelmeldungen überhaupt kein Grund und kein Anlaß besteht, daß wir vor einem harten Wahlkampf stehen, der Gott sei Dank ein halbes Jahr früher geführt wird, als er ursprünglich hätte geführt werden sollen, weil wir ein

13476

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Taus

halbes Jahr gewinnen. Natürlich wird man auf die kleine Koalition losgehen. Na gut, mit Ruhm hat sie sich ja wirklich nicht bekleckert. (*Abg. Graf: Bekleckert schon, aber nicht mit Ruhm!*) Und wenn man nimmt, daß die beiden Architekten dieser kleinen Koalition, der Herr Altbundeskanzler Dr. Kreisky und der Herr Altklubobmann Peter — ich sage das nicht deswegen, weil er nicht mehr in diesem Hohen Haus ist, man hat doch auch immer eine gewisse Zurückhaltung, wenn jemand selber nicht mehr in die Arena steigt —, nicht mehr da sind, dann soll man hier nicht weiß Gott wie weit zurückschauen. Aber immerhin, die beiden Architekten sind nicht mehr da, ihr Gebäude hat nicht sehr gut funktioniert. Das heißt ja nicht, daß es irgendwann einmal in der Zukunft nicht auch funktionieren kann, ob so oder so, nichts in der Demokratie ist ausschließbar. Ich persönlich meine, daß eine vernünftige Zusammenarbeit denkbar sein sollte, wenn der Wähler das will, wenn sich das aus dem Wahlergebnis heraus interpretieren läßt. Wenn nicht, dann werden alle trachten, die hier in diesem Hause sind, daß die Republik weiterbesteht, und sie sollen sich alle in die Augen schauen können, egal, ob sie auf der Regierungsbank sitzen oder nicht. Das ist der Wunsch, den ich diesbezüglich habe. — Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*) 15.25

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter DDr. Gmoser.

15.25

Abgeordneter DDr. Gmoser (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als heute im Verfassungsausschuß die Debatte über den Antrag auf vorzeitige Neuwahlen eröffnet wurde, schloß Kollege Neisser seinen Beitrag mit folgendem Hinweis: Emotionen haben in der Politik nichts verloren, aber er möchte trotzdem sagen, daß er mit Freude diesem Antrag auf vorverlegte Neuwahl zustimmt.

Ich muß dazu sagen, das ist offensichtlich nach dem, was jetzt von meinen Vorrednern ausgeführt wurde, allgemeiner Konsens. Es findet der Gedankengang des Bundeskanzlers, die Wahlperiode vorzeitig zu eröffnen, bei allen Parteien Zustimmung. Ich halte es für ein gutes Zeichen, daß dieses Ende nun eigentlich unter diesem Vorzeichen des Konsenses steht. Ich halte das nicht für einen Zufall oder für irgendeine Kleinigkeit, sondern es scheint mir ein Zeichen unserer politischen Kultur zu sein. Politische Kultur, wenn sie vorhanden ist, muß sich doch gerade am Beginn einer Wahlauseinandersetzung abzeichnen.

Ich glaube, diese Kultur gebietet es, auch wenn man am Ende eines Weges angelangt ist, daß man nicht in schrille Dissonanzen ausbricht. Kollege Dr. Taus hat soeben in seinem Beitrag als Beispiel auch Eheprobleme angeführt. Ich stimme Ihnen zu. Ich glaube, gerade der ORF ist ein bißchen in Hysterie ausgebrochen. Wer den letzten Inlandsreport am Donnerstag gesehen hat, kann die Schlagzeilen heute wieder anklingen lassen. Es hieß dort: „Das gescheiterte Experiment.“

Ich war einer, der diesem Experiment von Anfang an ein wenig skeptisch gegenübergestanden ist, und zwar nicht aufgrund politischer Praxis, das gebe ich zu, sondern für mich war das eine Grundsatzfrage. Ich kann mich erinnern, ich bin von Kollegen Steinbauer damals sehr gerügt worden. Da gab es einen FPÖ-Abgeordneten, der damals noch Grazer Bürgermeister war, namens Dr. Götz. Ich habe hier an dieser Stelle mein Unbehagen über den damaligen Grazer Bürgermeister artikuliert. Steinbauer war dann der große Götz-Verteidiger. Aber ich stehe nicht an, nach dreieinhalb Jahren Praxis zuzugeben: Es war kein gescheitertes Experiment, es war eine Zusammenarbeit zwischen zwei Partnern, die nach wie vor wesentliche ideologische Unterschiede aufweisen, aber die versucht haben, bei allen Schwierigkeiten, die dabei entstehen mußten, eine funktionsfähige Regierung und ein funktionsfähiges Koalitionsabkommen im Parlament unter Beweis zu stellen. Dieser Beweis ist — das ist die Bilanz von dreieinhalb Jahren — voll gelungen. Daher wäre es, wie gesagt, in höchstem Maße unfair, in der Schlußbetrachtung nun auf jemanden Steine zu werfen, der Weggleiter war.

Aber ich möchte sofort noch weitergehen — da schließe ich unmittelbar an Dr. Taus an —, ich halte diese schrille Aggressivität auch für unangebracht, und zwar aus Respekt vor jenen Abgeordneten in den Reihen der Opposition, die insbesondere in den Ausschlußberatungen unter Beweis gestellt haben, daß sie selbstverständlich ihre andersgearteten Vorstellungen in das politische Gespräch einbringen, in einer Weise, wo ich sagen mußte: Jawohl, was Dr. Neisser — um ein Beispiel zu nehmen und weil er mein Gesprächspartner im Wissenschaftsausschuß war — in diesem Sachbereich vorbringt, ist überlegenswert.

Jetzt gleich eine Einschränkung. Erster Verstoß gegen die von mir gerühmte Vorgangsweise bei diesen Schlußbetrachtungen. Den Respekt kann ich leider in diesem Fall nicht auch dem Bundesparteiohmann der ÖVP Dr. Mock erweisen.

DDr. Gmoser

Ich nehme nur eine einzige Passage aus seiner Rede heraus. Er meint etwa auf Seite 4: „Eine Partei, die noch immer in ihrer politischen Greuelpropaganda mit der Reminiszenz an das Jahr 1934 kommt, die muß aushalten, daß man die Bürger an das Debakel der verstaatlichten Industrie erinnert, 1986.“

Da, bitte schön, möge mir jemand einmal erklären, wo hier eigentlich der Zusammenhang gegeben ist.

Dr. Taus hat mir jetzt vorhin gerade das beste Beweismaterial in die Hand gedrückt, wie man bei allen Gegensätzlichkeiten, was die Verstaatlichte betrifft, nicht auf dieser Ebene argumentiert.

Ich selber habe in einem Artikel, den ich vor der steirischen Landtagswahl in der „Neuen Zeit“ geschrieben habe, zum Beispiel auch auf das Jahr 1930, 1934 Bezug genommen, aber nicht etwa im Sinne von Bürgerkriegsanheizen, denn ich habe nur gemeint, wenn man über die Verstaatlichte ernsthaft debattieren will, dann kann man auch über jene Zeiten reden, in denen die ALPINE-Betriebe nicht verstaatlicht, sondern Privatunternehmen waren und in denen genauso die Weltwirtschaftskrise angebrochen ist. Es gibt genug lebende Zeitzeugen aus diesen dreißiger Jahren, die Ihnen erzählen können, was das für das Arbeiterschicksal in den dreißiger Jahren bedeutet hat: Krise in der Stahlindustrie, aber nicht in einer verstaatlichten, sondern in einer hochkapitalistischen.

Was hat das mit Greuelpropaganda zu tun? Was hat das zu tun mit dem, was ich angesprochen habe, daß man nicht allzu leichtfertig und einseitig heute Dinge anschneidet, die man eben auch auf andere Weise behandeln kann, soll und muß?

Aber noch einmal zusammenfassend zu dieser Einleitung: Es ist gut so, daß die Debatte über die Auflösung des Parlaments und die Vorverlegung der Nationalratswahl in einer Art erfolgt, die dem entspricht, was man sich unter politischer Kultur in der Demokratie vorstellen kann.

Zweiter Punkt: Ich bin allerdings nach dem, was Dr. Taus und Dr. Mock jetzt vorgetragen haben, doch ein bißchen skeptisch. Es wurde heute schon Bert Brecht von Kollegen Dr. Mock zitiert, und ich glaube, es ist ein Bert Brecht-Wort, das heißt: „die Verhältnisse, sie sind nicht so.“

Ich kann Ihnen — weil es ja natürlich nahelegend ist, über die Steiermark etwas zu sagen, wie auch über diese etwas verzerrte Sicht auf Bundesebene — nur folgendes dazu als Beispiel anführen: Alle Zeitungen jubilierten in den letzten 48 Stunden über den grandiosesten Triumph des steirischen Landeshauptmanns Dr. Krainer seit 1945.

Kollege Heinzinger lächelt schon verständnisinnig, er weiß genauso wie ich, daß das ein kleiner Taschenspielertrick ist. Ich bin nämlich sicherlich der letzte, der den Wahlerfolg der ÖVP an diesem Wahlsonntag anzweifeln wollte. Nur, es ist das viertbeste Wahlergebnis seit 1945. Es gibt drei Wahlergebnisse, wo die ÖVP, auch zum Beispiel noch unter seinem Vorgänger Dr. Niederl, prozentmäßig und mandatsmäßig besser herausgestiegen ist als an diesem Sonntag. (*Abg. Steinbauer: Das ist für euch ein schwacher Trost!*) Es ist für mich überhaupt kein Trost, sondern ich habe nur gesagt, was wäre, wenn man, auch wenn man eine Wahl gewonnen hat, ein bißchen den Fakten ins Auge schaute und dann das einmal feststellte.

Ich würde noch viel skeptischer sein, was Triumphzüge betrifft, wenn ich mir zum Beispiel anschau, was ein sicherlich nicht sozialistischer Publizist namens Lingens — Kollege Steinbauer wird ihn kennen — schreibt. Sie sehen das Bild des steirischen Landeshauptmanns, dabei steht: „Josef Krainer erbringt den Nachweis, daß ihm jegliches staatsmännische Format abgeht.“ D'accord! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Puntigam.*) Ja, Kollege Puntigam, ein bißerl unangenehm, wo man doch so auf Schalmeientöne eingeschworen ist. (*Abg. Dr. Lichal: Kollege Gmoser! Sie sind der letzte Steirer, der das glaubt!*) Ja, Kollege Lichal, ich sage ja nur, es ist ein bürgerlicher Journalist. Wenn Sie es nicht glauben, schreiben Sie es ihm.

Aber Sie können auch die „Presse“ vom Dienstag nehmen und das mit Ihren heutigen Interpretationen vergleichen. Wenn Sie etwa den innenpolitischen Chef im Originalton hören wollen, zitiere ich wörtlich Dieter Lenhardt zum Wahlsonntag: „Wer da meint, das Votum spreche für sich, befindet sich nämlich wie ein richtiger steirischer Holzhackerbua auf dem Holzweg.“ — So geschrieben am Dienstag nach der Wahl.

Aber ich weiß schon, Kollege Puntigam hat noch altreformatorische Vorstellungen: Cuius regio, eius religio, zu deutsch: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“ Und daher kann man natürlich solche Stimmen ... (*Abg. Dr. Hafner: Was heißt das auf steirisch?*)

DDr. Gmoser

Es ist vom Essen und Trinken schon die Rede gewesen, Kollege Hafner, ich sage es ja nicht, weil ich der ÖVP insgesamt unterstelle, daß sie an der Wirklichkeit absichtlich vorbeisieht. (*Abg. Steinbauer: Was hat denn das mit der Auflösungsdebatte zu tun?*) Sofort, Kollege Steinbauer. Haben Sie vielleicht zufällig Ihrem Bundesparteiohmann wenigstens mit einem Ohr zugehört? (*Abg. Steinbauer: Immer mit beiden!*) Ja, aber vielleicht nicht ganz aufgeschaltet, denn dann hätten Sie nämlich vernommen, wie Ihr Bundesparteiohmann — natürlich auch in seinem Konzept nachzulesen — die Steiermark als besonderes Beispiel anführt. Aber wenn es Ihnen zu weh tut, möchte ich schon aufhören damit. Sie haben recht, das gehört in den steirischen Landtag; nur eben nicht solche Töne, sondern was es wiegt, das hat es. Das gilt für die Steiermark genauso wie für das gesamte Bundesgeschehen. Ich glaube, jeder ist daran gebunden. Sie brauchen sich daher nicht darüber zu kränken.

Wenn Sie dieselbe Frage, nämlich: Wieweit ist das, was heute vorgetragen wurde, von Realitätsbezug?, hernehmen, dann bleiben Sie doch bitte schön beim Problem, das von Ihnen, jetzt auch von Dr. Taus, angeschnitten wurde, nämlich erstens bei der Frage der Wirtschaftslage.

Sicherlich, es ist heute schon zitiert worden — Kollege Dr. Kapaun wird noch darauf eingehen —, der OECD-Bericht vom September 1986 steht jedem zur Verfügung. Selbstverständlich ist das Bild, das in diesem OECD-Bericht über die Wirtschaftslage gegeben wird, ein völlig anderes Bild als jenes, das insbesondere in der Rede Dr. Mocks gezeichnet wurde.

Zweitens. Sie möchten so gerne Bilanz ziehen und sagen: Aha, 16 Jahre SPÖ-Regierung oder kleine Koalition! Das, was Sie völlig weggelassen haben, ist das, was Millionen Österreicher an Positivem, an Leistungen in dieser Regierungszeit für sich in Anspruch genommen haben, ob das wirtschaftspolitisch, ob das sozialpolitisch, ob das kulturpolitisch, ob das gesellschaftspolitisch ist. Sie selber sind ja da mit dabei gesessen, als abgestimmt wurde. Wenn Kollege Lichal nach mir redet, wird er als Gewerkschafter diese Bilanz ja mitverfolgen können.

Wann sind denn nun die 40 Stunden pro Woche als Arbeitszeit eingeführt worden? Wann wurde denn der 5-Wochen-Mindesturlaub verwirklicht? Was ist denn mit Schülerfreifahrten? Was ist mit Familienbeihilfen?

Was ist mit allen möglichen sonstigen Sachleistungen, die im Interesse der Schwächeren in diesen 16 Jahren und auch in den 3 1/2 Jahren dieser kleinen Koalition erbracht werden konnten, geschehen? Es ist hier schon das Budgetrecht erwähnt worden, für uns viel naheliegender etwa die Novelle der Arbeitsverfassung, die wir noch gemeinsam vor den Sommerferien hier im Haus beschlossen haben.

Wir haben keinen Grund, einer Bilanz etwa auszuweichen, sondern Sie wollen das einfach den Menschen verschweigen. Das kann sich für Sie selber nur so auswirken, daß Ihre Glaubwürdigkeit leidet. Und da, glaube ich, befindet sich der Bundestrend im Gleichklang mit dem, was Krainer mit Erfolg hier vollzogen hat. Populismus ist zuwenig, wenn man sich ernsthaft mit Regierungsverantwortung befaßt. Ich glaube auch, daß es nicht gut geht, den Menschen hier irgend etwas vorzugaukeln, auch wenn das so ein schwieriges Problem ist.

Wir haben zum Beispiel — das hat Kollege Sepp Wille Ihnen dargelegt — die Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie nie bestritten. Und nur ein Dummkopf würde leugnen, was es gerade für eine sozialdemokratische Partei an Schock bedeuten muß, wenn ich etwa höre: Milliardenverluste auf Grund von Ölspekulationen. Oder Bayou. Da ist nichts zu beschönigen, da ist nichts zu rechtfertigen.

Nur, was wir doch auch den Menschen sagen können, ist: Es geht nicht allein um dreieinhalb Jahre, sondern, wie Sie sagen, um 16 Jahre verstaatlichte Industrie. Es geht darum: Was hat diese Industrie, auch für die Privatwirtschaft, für Zulieferanten, an Leistungen erbracht? Was hat diese Industrie getan, um etwa sozialpolitische Schrittmacherdienste zu leisten? Was ist überall in diesem Land geschehen, was mit dem Wirken der verstaatlichten Industrie verbunden ist?

Es ist fast ein bißchen zu kurz gekommen, daß die verstaatlichte Industrie heuer den 40. Geburtstag gefeiert hat. Aber ich glaube, daß die Bilanz auch da durchaus eine solche ist, daß sich die Sozialdemokratie nicht für die Führung und Existenz dieser Betriebe zu entschuldigen hat. Nur, etwas kann ich schon dazusagen, gerade als Steirer: Viel — und das ist heute hier von ÖVP-Rednern gesagt worden — an Krisenerscheinungen in dieser Verstaatlichten geht auf das Wirken und Agitieren von ÖVP-Größen zurück. Ich erinnere mich zum Beispiel: Es war der Herzens-

DDr. Gmoser

wunsch der steirischen ÖVP, daß Generaldirektor der damaligen ALPINE ein ehemaliger Handelskammerpräsident wurde. Und dann können Sie mit Ihren eigenen Betriebsräten darüber reden, welche Managerqualitäten dieser entwickelt hat.

Oder daß man zum Beispiel heute noch leidet an einem Problem, und zwar nicht 16 Jahre, sondern 40 Jahre, das spricht für die mangelnde Infrastruktur, insbesondere bezüglich Verkehrswege. Es ist halt nicht möglich, neue Betriebe hinzubringen, solange die Frage Pyhrn Autobahn oder Mur-Mürz-Schnellstraße nicht gelöst ist. Und daher glaube ich, auch die Lösung dieses Problems der Bilanzziehung wird nicht gerade zugunsten der ÖVP ausgehen, sondern sehr deutlich zeigen, wer für die Menschen in diesem Raum, der krisengeschüttelt ist, tatsächlich etwas macht, wer etwas zu tun bereit ist und dies in der Vergangenheit immer wieder bewiesen hat. *(Abg. Dr. Puntigam: Gott sei Dank wissen sie es!)*

Ja, Kollege Puntigam, ich gehe gerne mit Ihnen durch jeden verstaatlichten Betrieb in der Obersteiermark und nehme mit Ihnen jederzeit das Wettrennen auf hinsichtlich der Tatsache, wer dort als Arbeitnehmervertreter gilt. Sie sind eingeladen, das morgen zu tun. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Es wird ein spannendes Rennen werden, wie weit der Bauernbund da wirklich das Rennen macht. Vielleicht geht dir die Luft aus bei dieser Vorstellungsreise; das ist schon möglich. *(Abg. Dr. Lichal: Vielleicht ist sie Ihnen ausgegangen, die Luft! — Zwischenruf des Abg. Brandstätter.)* Nein, ich war immer wieder dort, Kollege Lichal. Gar kein Problem!

Das Wahlergebnis — noch einmal — ist ja nicht so, daß es etwa so sehr für die Stärke der Argumente der ÖVP spricht, sondern es mag sein, daß zum Beispiel wirklich überlegenswert ist: Was ist passiert, etwa allein in einer Stadt wie Graz, wo wir besonders schlecht abgeschnitten haben? Daß 40 000 Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machten, ist sicherlich allen Nachdenkens wert. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ja, die haben aber, wie gesagt, nicht entschieden über den Bürgermeister und den Stadtsenat. Also vorausgesetzt, Sie machen solch feine Unterschiede, das kann man dann immer wieder machen. Aber genug davon, wenn Sie von der Wirtschaftsbilanz ausgehen, dann muß Ihnen das gesagt werden.

Es gibt aber einen dritten Bereich, über den gesprochen wird. Man sagt: Bitte schön, es ist

gar nicht eine Frage der Wirtschaft, sondern was wir da sehen, ist eine Verfassungskrise. Es wird also auf einmal gesprochen von der Selbstausschaltung der Regierung, die mit dieser Auflösung des Parlaments vor sich gegangen sei, und die historisch Geschulten werden sich dann durch dieses Wort vielleicht zurückerinnern lassen an die Selbstausschaltung des Parlaments. So nannte man das 1933.

Und ich glaube, diese Form der Argumentation schließt dann an die Skandalrepublik, an die Verteufelung des politisch Andersmeinenden an. Und hier, glaube ich, kann man nur in aller Offenheit sagen: Hören wir damit auf! Und das war vielleicht das Dramatischste an diesem Mock-Konzept: daß er offensichtlich in einem Stil heute hier Wahlkampföffnung betrieben hat, der für Österreich insgesamt nicht gut sein kann. *(Abg. Steinbauer: Keine Polemik!)* Richtig. Schon vom Kollegen Mock eben ausgegangen. Aber Sie werden es mit ihm besprechen, denn Sie wollen ja genauso wie wir einen positiven Wahlkampf, daher sollte eine Einigung möglich sein.

Es könnte jetzt jemand fragen: Aber, bitte schön, wenn dem so ist, wenn die Wirtschaft funktioniert, wenn der sozialpolitische Fortschritt unverkennbar ist, wenn es bei allen Krisenerscheinungen, Wenn- und Aber-Problemen eine funktionierende Regierungs- und Parlamentsmehrheit gegeben hat, warum stellt dann die SPÖ überhaupt diesen Antrag auf Neuwahlen und auf vorzeitige Auflösung? *(Abg. Dr. Lichal: Weil Sie die Probleme nicht mehr bewältigen können!)* Das ist Ihre Meinung, Kollege Lichal, die werden Sie dann hier darlegen.

Die Antwort, die der Bundeskanzler gegeben hat, ist die, daß der Koalitionspartner seit dem Innsbrucker Parteitag ein anderer ist. Und da befinde ich mich durchaus in prominenter Begleitung. Sie lesen doch sicherlich das, was Kollege Graf, etwa in einer Nicht-ÖVP-Zeitung, ich glaube, ich habe es im „Kurier“ gelesen, zu dieser Umstellung sagt. Ich habe es da, Kollege Graf *(Zwischenruf des Abg. Graf)*, ich respektiere diese Meinung und sie findet meine Achtung. Sie werden mir aber nur erlauben, daß ich als Sozialdemokrat auch sage, daß ich Ihre Meinung teile, wenn Sie sagen, Haider scheine Ihnen nur sehr begrenzt paktfähig zu sein. Oder sind Sie dann böse darüber? *(Abg. Graf: Ich bin weder böse, wenn Sie meine Meinung teilen, noch, wenn Sie sie nicht teilen, ich schätze ...!)*

13480

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

DDr. Gmoser

Damit komme ich also schon zu den letzten, spannendsten Fragen. Ich glaube, das ist der Grund, warum der Bundeskanzler berechtigterweise gemeint hat, er könne unter diesen Bedingungen die Koalition nicht fortsetzen. Und nun schließt sich der Kreis. 1986 sind wir dann in ähnlichen Problemen, wie es sie bis 1966 gegeben hat. Wir haben nun in Österreich alle Regierungsmodelle durchprobiert, von der großen Koalition angefangen, die 20 Jahre gedauert hat. Ich möchte nur vorsichtshalber festhalten — auch das wird hoffentlich in der ÖVP niemand bestreiten —: Es waren ÖVP-Reformer der Steiermark, die wesentlich zu ihrer „Killung“ beigetragen haben. Sie haben selbst Ihren eigenen Bundeskanzler damals nicht gerade ... (*Abg. Graf: Vergessen Sie nicht, daß Sie ein Steirer sind!*) Nein. Sie glauben doch nicht, Kollege Graf, daß ein Steirer unbedingt ein bißchen mit Schwindel verbunden ist. (*Abg. Graf: Niemals!*) Nicht niemals! Aber man kann auch der Wahrheit die Ehre geben.

Ich habe diesen ÖVP-Bundeskanzler hochgeachtet und geschätzt. Es war Dr. Gorbach, er war der Konsenspolitiker, wenn Sie so wollen, schlechthin, aber sein Typ war halt damals nicht gefragt. Heute höre ich entgegengesetzte Botschaften. Wie heißt es: Die Botschaft hör ich wohl — den Rest kennen Sie selber.

Sie haben dann die absolute Mehrheit der ÖVP, die absolute Mehrheit der SPÖ und die kleine Koalition FPÖ/SPÖ erlebt. Ich glaube, daß man sagen muß: Nirgends ein gescheiteres Experiment! Ich betrachte all diese Formen als durchaus möglich, als demokratisch durchaus legitim, sie tragen für mich den Obertitel: Normalisierung der österreichischen Demokratie. Daher ist auch da gar nichts zurückzunehmen. Ich persönlich — und da, Kollege Graf, darf ich mich wieder Ihrer Meinung anschließen — war wie Sie immer der Meinung, daß eine Politik des Miteinanders besser ist als eine Politik des Gegeneinanders.

Damit ist überhaupt nichts über Koalitionsformen ausgesagt, sondern das nennt man schlicht und einfach Konsensdemokratie, und das bejahe ich. Daher halte ich, wenn Probleme schwieriger zu lösen sind, das für den österreichischen Weg in die Zukunft.

Kollege Taus hat im Zusammenhang mit dem österreichischen Weg die Insel der Seligen erwähnt. Die Insel der Seligen, das wissen zumindest Katholiken unter Ihnen, war ja nicht eine sozialistische Erfindung, auch nicht

in der Wortwahl, sondern diese Worte stammen vom verstorbenen Papst Paul VI., der offiziell einmal meinte, wenn er rings herumblicke, erscheine ihm Österreich wie eine Insel der Seligen.

Ich habe damals sofort gesagt — es ist 20 Jahre her —, auch ein Papst könne irren. Die Theologen streiten darüber, das ist die berühmte Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes. Aber das gilt hoffentlich nicht für Wirtschafts- und Sozialfragen. (*Abg. Graf: Dazu hat er ja auch nichts gesagt!*) Ach so, Sie glauben, er meinte nur den katholischen Zustand, wenn er von der Insel der Seligen in Österreich sprach. (*Abg. Graf: Das weiß ich nicht!*) Ich auch nicht, ich bin nicht katholisch, ich bin evangelisch, keinen Papst daher. (*Abg. Graf: Also einigen wir uns!*) Einigen wir uns.

Nun noch einmal. Das muß ich wahrheitsgemäß sagen: Es gibt da jetzt keine Paradiesverheißungen, auch nicht von dieser sozialdemokratischen Partei und ihren Regierungsrepräsentanten. Daß dieses Miteinander ein sinnvoller Lösungsansatz ist, wird niemand bestreiten, unabhängig von der Koalitionsform, diese kann erst der Wähler entscheiden.

Richtig und wichtig scheint mir nur eines zu sein: Ganz sicher kann die Koalition, welcher Art immer, im Jahr 1986 nicht etwa anschließen an die Formen der Koalition 1966, denn zweifellos hat die alte große Koalition neben allen Vorteilen eben auch gewisse Entartungserscheinungen gehabt. Daher ist die Kritik daran so sehr auf Echo gestoßen.

Ich glaube, neue Wege — damit bin ich am Ende meiner Ausführungen — werden unabhängig von den Koalitions- und Regierungsformen bahnbrechen müssen. Diese Sozialistische Partei hat zu diesem neuen Weg in Österreich etwas vorgelegt, das Gott sei Dank in diesem September gerade zeitgerecht im Druck vorliegt, nämlich die „Perspektiven '90“. Auch wenn es kein Wahlprogramm und noch weniger ein Regierungsprogramm ist, scheint es mir für die Bewältigung der Zukunft sinnvoll zu sein. Darin ist niedergelegt, wie wir uns jenseits der Regierungsform und Regierungsperioden vorstellen, was in Österreich getan werden sollte, um diesen Anschluß an die Zukunft zu gewinnen.

Ich glaube, es ist daher auch richtig und gut, wenn diese Partei eine Zukunftswerkstätte eingerichtet hat, wenn ein junger Abgeordneter wie Josef Cap sich mit diesen Zukunftsfragen im besonderen beschäftigt.

DDr. Gmoser

Ich gebe Ihnen dazu als Steirer auch wieder ein Beispiel aus der Steiermark. Ich glaube, daß es zum Beispiel richtig ist, daß, wenn das OKI-Projekt gescheitert ist und der japanische Weltkonzern meint, diese Besprechung sei abgeschlossen, etwa der steirische Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Gross sagt: Wir haben im Land eine Milliarde Schilling beschlossen. Nehmen wir doch diese Milliarde, um neue zukunftssträchtige Produktionsstätten als Beitrag der Steirer in die Obersteiermark zu bringen. Da haben Sie allerdings bei Zukunftsbewältigung und Landeshauptmanntriumph dann kein Echo gefunden, aber vielleicht kommt es noch.

Oder ich würde zum Beispiel auch sagen: Richtig ist, wenn man sagt, Eigentumsfragen allein können über die Krisenbewältigung in der verstaatlichten Industrie nicht entscheiden. Es ist eine Irreführung, wenn man meinte, die Reprivatisierung sei ein Patentrezept. Ich glaube, diese Untersuchung über die Wandlung des Eigentumsbegriffes stammt von einem namens Karl Renner aus dem Jahre 1912. Sie sehen immer wieder, Eigentum und Eigentumsvorstellungen sind nicht entscheidend — es gibt in der Privatindustrie in der Stahlindustrie etwa in der Bundesrepublik Deutschland haargenau dasselbe Problem —, sondern es geht um Organisationsreform, um Strukturreform, um Technologiereform, was immer sie wollen. Das sind nur zwei Beispiele dafür, wie wir uns eine gute, sinnvolle politische Diskussion über neue Wege in Österreich vorstellen können.

Das Konzept, das Dr. Mock heute vorgelegt hat, schließt — ich glaube, er hat diesen Satz aber vorsichtshalber nicht mehr gesagt — mit: Wir werden Österreich aus den roten Zahlen führen. Das ist die Prophezeiung des Dr. Mock. Seine Rede ist für mich der Beweis, daß Sie nicht aus den roten Zahlen, sondern ins Chaos führen. (*Abg. Dr. Lichal: Oh!*) O weh, Sie sagen es mit Recht.

Ich glaube, daß das das Problem ist. Ich habe anfangs gemeint, die Verhältnisse sind nicht so. Weder Dr. Mock hat sich irgend etwas einfallen lassen, wie er sich den sinnvollen Weg in die Zukunft vorstellt, noch Dr. Taus. Dr. Mock hat Alpträume, Dr. Taus hat Tagträume. Das war der Unterschied. Dr. Taus sprach zum Beispiel von einem Bundeskanzler Dr. Mock. Das ist ja wirklich, habe ich gesagt, lieb von ihm. Er muß halt auch seine Pflichtverneinungen machen. (*Abg. Dr. Lichal: Er kann die Zukunft richtig ...!*) Nein, dazu halte ich ihn für zu intelligent, daß er so etwas glaubt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

— *Abg. Dr. Lichal: Wer meinen Sie, daß Bundeskanzler wird? Damit wir wissen, wer intelligenter war!* Ich meine dazu gar nichts, sondern ich meine ... (*Abg. Dr. Lichal: Das meint er wirklich, wie er es sagt!*) Nein, Dr. Taus ist zu intelligent, habe ich gesagt, um solche Prophezeiungen, die er hier abgab, wirklich zu meinen. Das meinte ich. (*Abg. Dr. Lichal: Dr. Taus ist ein ehrlicher Politiker!*) Richtig! Aber warum sollte das die Intelligenz ausschalten? Das wäre ja nicht im Sinne des Erfinders.

Nein, noch einmal: Ich bin einfach davon überzeugt, diese kommende Wahlauseinandersetzung soll in nichts an das erinnern, was es etwa an Entartungserscheinungen in diesem Bundespräsidentenwahlkampf gegeben hat. Kollege Lichal, auf diesen nehme nicht ich Bezug, sondern das ist ebenfalls im Mock-Manuskript enthalten. Ich nehme an, nur irrtümlich, denn ansonst müßten sich verschiedene auf die Schulter klopfen und fragen, woher da Töne gekommen sind, die nicht der Demokratie zukünftig sind. Aber ich bin nicht für Vergangenheitsaufarbeitung in einer Wahlauseinandersetzung. Wir wissen, was passieren kann, wenn die Demokratie für alle an Glaubwürdigkeit verliert. Daher sollten wir auch in einem Wahlkampf das berücksichtigen. Wenn Sachkonzepte und die Persönlichkeit dessen, der da als Spitzenkandidat in das Wahlgeschehen eingreift, im Vordergrund stehen, dann braucht die Sozialdemokratie um diesen Wahlausgang keinerlei Sorgen zu haben. — Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*) 15.57

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Lichal.

15.57

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Dr. Gmoser, Sie werden dafür Verständnis haben, daß ich mich aus der steirischen Landschaft wieder zum Thema zurückbegebe. Nur eines möchte ich Ihnen schon zu Ihrer Rede und zu Ihren Feststellungen hinsichtlich Landeshauptmann Krainer und der Österreichischen Volkspartei sagen. Die Österreichische Volkspartei hat am Sonntag einen beachtlichen Wahlerfolg nach Hause gebracht, und die Sozialisten haben in der Steiermark eine erhebliche Schlappe erlitten. Nur daß wir das relativieren. Denn Sie versuchen immer, zu erklären, warum und weshalb alles anders ist. Nein, nein, das ist die Tatsache. Sie haben verloren und nicht die ÖVP mit dem Herrn Landeshauptmann Krainer. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Lichal

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der Regierungsbank sitzt der kärgliche Rest der Bundesregierung. Dabei wäre es jetzt eine einmalige Gelegenheit, noch einmal in der gesamten Breite hier beisammen sein zu können, denn es hat ja sehr vielen sehr gut gefallen. (*Bundesminister Dallinger: Eure Kollegen sind ja auch nicht in der Überzahl!*) Es wäre für die Bundesregierung noch eine Möglichkeit. Diese Abgeordneten haben ja noch Gelegenheit, in dieses Haus zu kommen, Sie nicht mehr, meine Damen und Herren von der Regierung! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Das ist der kleine Unterschied. (*Bundesminister Dallinger: Darüber reden wir am 24. November!*)

Herr Minister Dallinger, ich weiß, vielen Ministern hat es sehr gut gefallen, vor allem den Kurzzeitministern. Sie, Herr Dallinger, gehören gar nicht dazu. Es hat ja sogar einen Minister gegeben, der gesagt hat, er möchte Minister bleiben, auch wenn er gar nicht mehr gewählt wird. Da haben wir ja noch das Glück, daß der Bundeskanzler in seinen Ausführungen heute nicht erklärt hat, er möchte Bundeskanzler bleiben, auch wenn seine Partei nicht gewinnen sollte. (*Bundesminister Dallinger: Ihr Parteichef wäre schon als Vizekanzler zufrieden!*)

Da haben wir eigentlich noch Glück, wenn die Minister alle schon erklären, sie stellen sich auch dann zur Verfügung, wenn sie nicht mehr gewählt sind. Das zeugt nämlich von der demokratiepolitischen Kenntnis der Verhältnisse, wenn man das sagt.

Aber wer nennt die Leute, kennt die Namen, die hier auf der Regierungsbank schon zusammenkamen. Bitte, das ist eine ganze Liste, sie verbraucht sich halt sehr rasch. Wenn ich noch zurückdenke — wann war es, es ist noch gar nicht so lange her —: Lausecker, Karl, Gratz, Steyrer, Lanc, Sekanina, Salcher, Frischenschlager, Haiden, Zilk, Sinowatz. Ja der Verschleiß, den Sie in der letzten Zeit gehabt haben, ist ja allerhand!

Ein Großteil ist gar nicht mehr im Haus, ein Teil davon ist wieder auf die Abgeordnetenbank zurückgekehrt, wenn man das so sagen darf. (*Präsident Dr. Marga Hubinek übernimmt den Vorsitz.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist verständlich, daß es heute nach der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers natürlich eine Diskussion — man könnte sie auch „Abrechnung“ nennen — über diese 16 1/2 Jahre sozialistischer Verantwortung gibt. Da

tut es nichts zur Sache, daß sie von 13 1/2 um drei Jahre verlängert wurde durch die kleine Koalition. Ich glaube, das Ende war 1983 ja abzusehen, auch wenn jetzt die Freiheitlichen sich noch so schwer tun und hineingeheimnissen, daß sie die große Koalition jetzt abgelöst haben. Da hat er halt ein paar Jahre nicht nachgelesen, der jetzige Klubobmann Frischenschlager.

Ich glaube, man muß sich mit dem Papier auseinandersetzen, meine Damen und Herren, das ist keine Majestätsbeleidigung. Vielleicht mache ich dies in einer pointierteren, aber verständlicheren Form, als es Ihnen lieb sein dürfte. Denn es geht hier um das Fazit, es geht hier um das Faktum. Es geht hier darum, was in diesen 16 1/2 Jahren der sozialistischen Verantwortung in diesem Staate geschehen ist. Und es geht nicht darum, ob wieder die Regierung ausgewechselt wurde, ob wir seit vier Monaten einen neuen Bundeskanzler haben.

Wir betrachten immer die gesamte Politik als Schauspiel, sprechen immer von der Bühne der Innenpolitik und von den Politikern als Schauspielern. Es nützt also nichts, wenn das gleiche Stück von neuen Schauspielern vorgetragen wird. Daher ist Bundeskanzler Vranitzky jetzt vielleicht dieser neue Schauspieler, den man als letzte Möglichkeit einfliegen ließ, das Bühnenstück noch zu verkaufen.

Nur, der Zuschauer ist diesmal der Wähler. Und dieser Zuschauer hat schon am letzten Sonntag ein Votum dazu abgegeben, und dieser Zuschauer wird sich, Gott sei Dank, trotz der neuen Maskerade, wobei das nur schauspielerisch gemeint ist, natürlich auch seine Meinung bilden. Das ist ja nur recht und billig in einer demokratischen Ordnung. Dr. Taus ist schon darauf eingegangen. Ich möchte es nur noch einmal herausstreichen.

Da heißt es unter anderem in der Erklärung des Bundeskanzlers, wir brauchen eine neue Einstellung der Bürger dieses Landes, einen neuen Optimismus, eine neue Aufbruchsstimmung, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft müssen wieder stärker zum Durchbruch kommen. Das Verlassen auf den vielzitierten Vater Staat darf nicht zum allgemeingültigen und alles überschattenden Grundprinzip des Lebens werden.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie da nicht wirklich ein ÖVP-Programm abgeschrieben? Oder ändern Sie jetzt da blitzschnell Ihre Meinung und verwenden eine neue Bühne oder ein neues Schauspiel

Dr. Lichal

und versuchen da jetzt doch, in andere Bereiche vorzustößen aus rein wahltaktischen Gründen, obwohl das Stück nicht anders geworden ist? Oder wie erklären Sie dann, daß alle ÖVP-Initiativen der letzten Jahre im Bereiche der verstaatlichten Industrie abgelehnt wurden, daß all das, was hier zur Demokratisierung, zur Verbesserung des demokratischen Selbstverständnisses beigetragen hätte, was für die Wirtschaft gut gewesen wäre, in den letzten 16 Jahren konsequent abgelehnt wurde von der sozialistischen Mehrheit, dann mit den Freiheitlichen? Wie erklären Sie das?

Und jetzt stellen Sie sich hin und verlangen, daß es etwas Neues geben muß. Und der Vater Staat wird jetzt auf einmal als etwas Schlechtes hingestellt. Bitte, das kann doch kein sozialistischer Bundeskanzler mehr sein. Das ist doch völlig unmöglich. Oder dann muß einmal die Sozialistische Partei zu erkennen geben, ob sie hinter den Ausführungen des Bundeskanzlers überhaupt steht, ob der Regisseur damit einverstanden ist. Bitte, der Regisseur ist der Parteivorsitzende. Das ist Dr. Sinowatz. Er ist der schweigende Gast, oder er ist überhaupt nicht mehr hier. Dann soll einmal Dr. Sinowatz namens der Sozialistischen Partei Österreichs erklären, ob das, was Vranitzky hier vorträgt, überhaupt auch die Zustimmung der Sozialistischen Partei findet. Dieses Anrecht haben, meine ich, die Österreicher. Es soll da nicht auf zwei Bühnen gearbeitet werden, nämlich vorne, wo man sieht, und hinten im Garderoberraum oder hinter der Bühne werden die Fäden gezogen, dort, wo man sie nicht sieht. Da gibt es auch ein Brecht-Wort: „Die im Dunkeln sieht man nicht.“ Bitte, und die im Dunkeln jetzt stehen, das ist Dr. Sinowatz und das ist die Partei, und vorne im Licht auf der Rampe steht Dr. Vranitzky. Daher müssen Sie einmal den Österreichern erklären, wie dieses Spiel bei Ihnen eigentlich läuft.

Josef Taus, sei mir nicht böse, wenn ich auch ein paar Worte zur verstaatlichten Industrie sage. Ich maße mir nicht an, daß ich jenes Sachverständnis habe, das du hast. Du hast ein größeres Sachverständnis, als die ganze Bundesregierung in den letzten 16 Jahren an den Tag gelegt hat. Das ist zahlenmäßig untermauert. Unter seiner Stabführung, Verantwortung ist die Verstaatlichte in allen Bereichen schon in den schwarzen Zahlen gewesen. 1,4 Milliarden Schilling wurden 1970 den Nachfolgern übergeben.

Die Verstaatlichte ist Ihr liebstes Kind, und Sie haben es zu Tode „haschaliert“. Sie haben

sie ruiniert. Heute ist das Kind 40 Jahre alt und hat die Lungenschwindsucht. So stehen wir heute da. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur, bitte, mit einem Zusatz: daß diese Lungenschwindsucht heute zu Lasten der Arbeitnehmer dort geht. Und das ist etwas, auf das ich als Arbeitnehmervertreter eingehen muß.

Sie haben also jetzt 16 Jahre den Arbeitnehmern in diesem Bereich versprochen, sie brauchen nur brav zu wählen, sie brauchen nur den sozialistischen Betriebsräten — die Namen möchte ich gar nicht nennen — ihre Stimme zu geben und sie brauchen nur bei der Nationalratswahl entsprechend zu wählen und dann könne ihnen eigentlich nichts passieren. Denn das ist ja eine Ideologie: Bei der Verstaatlichten kann nichts passieren. Dort ist das größte Einkommen, dort sind die besten Sozialleistungen, dort ist der sichere Arbeitsplatz vorhanden. Du brauchst nur brav zu wählen, und dir kann nichts mehr passieren.

Heute, nach 16 Jahren, meine Damen und Herren, muß das Betrübliche für die Sozialisten sein, wenn sie sich auch jetzt wieder verschämt Sozialdemokraten nennen, daß eine Idee zugrunde gegangen ist, daß heute davon, daß die Sozialleistungen gesichert sind, keine Rede mehr ist, daß von den hohen Einkommen, wenn immer mehr Druck dahintersteht, keine Rede ist und daß der sichere Arbeitsplatz nicht mehr gegeben ist, sondern es sollen 9 400 Arbeitnehmer gekündigt werden. Bei Steyr sollen es 2 400 oder 2 500 sein, und von 4 000 habe ich auch gelesen. Tausende Arbeitnehmerschicksale haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren, und diese Verantwortung nimmt Ihnen überhaupt niemand ab.

Weil Abgeordneter Ruhaltinger hier sitzt, möchte ich fragen: Seit wann haben wir den Auftragsrückgang? — Seit der glorreiche Minister Dkfm. Lacina den ganzen Vorstand hinausgeworfen hat bei Nacht und Nebel, sodaß im Ausland der Eindruck entstanden ist, das seien lauter Gauner. Ab diesem Zeitpunkt war es mit den Aufträgen natürlich aus. Wer hat unsere Waffenproduktion ruiniert und die Möglichkeit, daß verkauft wird? Wieso stehen 150 Kürassierpanzer im Wert von 15 Milliarden Schilling und rosten dahin? Wer war es?

Fragen Sie jetzt die Schmiede der Zukunft der Sozialisten, einen Cap und wie sie alle heißen, ob sie nicht mit schuld sind an den Verlusten der Arbeitsplätze, ganz gleich, wie man

Dr. Lichal

dazu steht! Das muß man einmal mit aller Deutlichkeit sagen. Daher werden Sie sich nicht aus der Verantwortung herauschleichen können. Das ist eine schillernde Seifenblase, die geplatzt ist.

Mir hat heute ein Oberösterreicher — damit spreche ich die Oberösterreicher an — das VOEST-Blatt in die Hand gedrückt, Februar 1973. Das unterstreicht doch erst, Dr. Taus, was du gesagt hast. Da steht drinnen: Sozialistische und Freiheitliche Partei stehen gemeinsam hinter diesem Beschluß — es geht um die Fusion —, der eine neue Ära einleitet und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie in die Lage versetzen wird, sich in Zukunft im Konkurrenzkampf zu behaupten und die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten zu sichern.

Sie haben damals der ÖVP zum Vorwurf gemacht, daß sie erklärt hat, die Fusion sei nicht gut und sie werde schlecht ausgehen. Wer soll jetzt schuld sein? Wer, bitte? Die paar im Vorstand Befindlichen? Es hat, ich glaube, 18 oder 22 parlamentarische Initiativen für die verstaatlichte Industrie in den letzten 16 Jahren gegeben. Es hat drei Allen-Booz-Gutachten gegeben, in denen all das gestanden ist, was jetzt eintreten wird. Das ist weggeschoben worden! Und wenn hier eine parlamentarische Enquete stattgefunden hat, wenn hier ein Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei eingebracht wurde, in dem gestanden ist, es müsse etwas geschehen im verstaatlichten Bereich, wenn wir immer wieder aufgrund des Wissens darauf hingewiesen haben, der Weg, den Sie gehen als sozialistisch Verantwortliche, sei schlecht, dann sind wir niedergestimmt worden. Es wurde gesagt, eine Opposition könne nicht recht haben, das sei lauter Blödsinn.

Jetzt ist all das eingetreten, was Sie eigentlich damals hätten wissen sollen. Daher, bitte, sind Sie verantwortlich.

Auch dem neuen Bundeskanzler muß man eines sagen: Wer regiert, trägt die Verantwortung. Und regiert hat bis jetzt die Sozialistische Partei. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gmoser: Es ist Ihnen ganz entgangen, von wann dieses Gutachten ist!)*

Es gibt kein Davonstehlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Schuldzuweisung — schade, daß Klubobmann Wille nicht da ist —, auch die Schuldzuweisung 50 : 50 kann man anders sehen. *(Abg. Burgstaller: 1980 von der VEW, das war das zweite! — Abg. Dr. Gmoser: 1968 ist von*

12 000 die Rede gewesen! — Abg. Burgstaller: Wenn du das erste sagst, dann sag das zweite dazu!) Es ist völlig sinnlos! Sich mit ihm auseinanderzusetzen, ist völlig sinnlos! Man hat es schon an der Wortmeldung gesehen.

Jetzt noch einmal zur Schuldzuweisung 50 : 50. Den Managern wird zum Teil die Pension bis zu 70 oder 80 Prozent belassen und um 20 bis 30 Prozent gekürzt. Wenn also die Manager 20 und 30 Prozent schuld haben an dem Desaster, dann muß jemand anderer 70 und 80 Prozent schuld haben, und das kann natürlich nur der politisch Verantwortliche sein, das ist die Bundesregierung, das ist der Verstaatlichtenminister. So einfach ist das. Daher ist die Schuldzuweisung durch Ihre Pensionskürzung schon vorgenommen. Sie lautet 80 : 20 oder 70 : 30 für die Bundesregierung. Das andere kann man allenfalls dem Management zuschieben.

Erinnern Sie sich noch? Sie waren selber überrascht. Zehn Jahre war Dkfm. Lacina für die Verstaatlichte verantwortlich, zehn Jahre: in der Arbeiterkammer, als Berater von Dr. Kreisky, als ÖIAG-Abteilungsleiter, als Staatssekretär, als Minister. Und als hier dann im Haus im November vergangenen Jahres dieses Desaster offenkundig wurde, hat der zuständige Minister erklärt: Ich habe nichts gewußt. — So kann es jetzt nicht weitergehen! *(Abg. Ruhaltinger: Aber er war nicht im Vorstand!)* Auch Dr. Vranitzky war immer dabei. Der kann jetzt nicht als neuer Schauspieler auftreten und sagen: Bitte, was hinter uns liegt, ist mir völlig gleich, ich habe damit nichts zu tun. Er war der Berater und Kabinettschef des damaligen Finanzministers Dr. Androsch, haben wir gehört. Dann verdanken die Österreicher wahrscheinlich die Tatsache, daß sie heute verschuldet sind mit 80 000 S vom kleinsten Baby bis zur ältesten Großmutter, Dr. Vranitzky, denn er war der Berater, er war mit eingebunden. *(Abg. Schmölz: Das war früher!)* Ja, das war früher. Aber wir leiden an dem, was früher geschehen ist, lieber Herr Abgeordneter. Wir leiden nicht an dem, was morgen geschehen soll, was am 23. November geschieht, denn dann werden wir uns freuen, wenn die Österreichische Volkspartei das Haus wieder in Ordnung bringt. Das ist hier auch schon gesagt worden. Da war allerdings heftiger Applaus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Vranitzky hat als Länderbank-Generaldirektor 3 Milliarden Schilling aus Steuergeldern bekommen, hat das in Betriebe hineingesteckt, sie damit ausgeglichen. Heute heißt

Dr. Lichal

es in seinen Erklärungen ja nahezu, er habe mit dem, was früher geschehen ist, eigentlich nichts zu tun.

Es wird in diesem Papier — gestatten Sie mir, dazu auch noch etwas zu sagen — sehr viel von Glaubwürdigkeit gesprochen, daß die Politik glaubwürdig werden muß. Auch jetzt ist bei Dr. Gmoser so unterschwellig hervorgekommen, was beim Bundespräsidentenwahlkampf und so weiter alles passiert ist.

Bitte, wer war es denn? Wer war es, der auf einem Plakat seinen Präsidentschaftskandidaten Dr. Steyrer sagen ließ: Ich dulde keine Arbeitslosigkeit? Wer war das? — Das war die Sozialistische Partei. Was soll das? Da hat doch jeder gesagt, das sei ein Wahnsinn, weil er keine duldet, gibt es jetzt keine Arbeitslosen, oder wie? Das ist Redlichkeit, das ist Ehrlichkeit in der Politik?

Oder: Auf einem anderen Plakat hat es geheißen: „Der Osten muß umdenken“. Die Schwammerlsucher verhaften sie auf unserem Boden, so denken die um. Da werden die bei einem Kernkraftwerk oder was man sonst gemeint hat umdenken?

Wem werfen Sie vor Unredlichkeit in der Politik, wem werfen Sie Unglaubwürdigkeit vor? Werfen Sie das den Managern vor, die Ihrem Kandidaten das eingeredet haben! Ich möchte das gar nicht verallgemeinern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Genauso bitte: Hat Dr. Vranitzky nicht gesagt, es gebe nichts mehr für die Verstaatlichte? Hat er nicht Garantien verlangt, daß das das Letztmalige ist, 1985, als er Finanzminister war? Heute weiß er nichts mehr davon, bitte. Jetzt wird von den Steuerzahlern ein Betrag, glaube ich, von 21 Milliarden verlangt, oder sind es 25 Milliarden Schilling oder sind es 30 Milliarden. Können Sie das schon sagen?

Was sagt da der Herr Bundeskanzler dazu? Da schweigt er sich aus. Das verschweigt er in seinem Heft, was er dazu sagt. Einmal hat er gesagt, es gebe nichts mehr, Herr Abgeordneter Ruhaltinger, und jetzt brauchen wir auf einmal wieder 20 bis 30 Milliarden Schilling.

Vom „steinernen Gast“ Dr. Sinowatz habe ich schon gesprochen. Da muß man sich auch noch zurückerinnern, daß auch Dr. Sinowatz mehrmals als Parteivorsitzender weitreichende Aussagen gemacht hat. Das werden wir den Österreichern sagen. Im Jahr 1983 hat er gesagt: Es gibt meines Erachtens keine

Alternative zu diesen Maßnahmen und zu dieser Politik, die wir jetzt machen.

Im Jahre 1984: Es gibt zu unserer Politik keine Alternative, weder inhaltlich noch personell.

Ich habe nicht vor, zurückzutreten. Ich werde Bundeskanzler und Parteiboss bleiben. — Wie lange? — Wir werden die nächsten Nationalratswahlen gewinnen, dann bleibe ich noch vier Jahre. — Das war am 4. Juni 1986! Am 9. Juni ist er zurückgetreten!

Bitte, verlangen Sie nicht von irgend jemandem Redlichkeit und Glaubwürdigkeit in der Politik! Denken Sie einmal an sich selbst! Wenn Sie das tun, dann wird vielleicht das Augenmaß für den anderen etwas besser werden.

Wenn ich Dr. Sinowatz gefragt habe, was er zu den Ankündigungen des Herrn Bundeskanzlers sage, dann muß man jetzt den Herrn Bundeskanzler fragen, was er eigentlich dazu sagt, daß sein Parteichef meinte, die frühere Politik sei die beste gewesen, es gebe keine Alternativen. Dann darf er ja das, was er da verspricht, gar nicht in Angriff nehmen. Irgendeiner sagt die Unwahrheit. Wer ist das bei diesem Doppelstegreifspiel? Ist das der, der auf der Bühne steht, oder ist es der, der im Dunkeln steht?

Das muß man ganz einfach, wenn man zu dieser Demokratie ehrlich steht, auch dazusagen. Daher gibt es nur einen Maßstab. Darauf hat der Wähler ein Anrecht. Man wird jede Regierung an den Taten messen und nicht an den Ankündigungen. Heute kann sie halt auf eine 16jährige Verantwortung der sozialistischen Regierung zurückblicken und nicht auf zwei oder vier Monate des neuen Bundeskanzlers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was hat für die Arbeitnehmer herausgeschaut? Abgeordneter Wille ist nicht da, aber Dr. Gmoser hat auch etwas von der Familienbeihilfe und der Geburtenbeihilfe gesagt. (*Abg. Dr. Gmoser: Schulfreifahrt!*)

Dr. Gmoser! Sie werden doch nicht leugnen, daß es heute für den österreichischen Arbeitnehmer die höchste steuerliche Belastung gibt, die es je gegeben hat, daß im Jahr 1970 die Lohnsteuer 10,5 Milliarden Schilling betragen hat, und heute beträgt sie 99 Milliarden Schilling. Das ist eine Verzehnfachung! (*Abg. Elmecker: Das ist vereinbart worden! Waren Sie nicht dabei?*) Jeder Arbeitneh-

13486

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Lichal

mer stöhnt unter diesem Druck der Progression. Sie sind ja angetreten, den Arbeitnehmern das Paradies auf Erden zu bereiten! Warum enteignen Sie ihn denn? Warum treiben Sie ihn mit der Familie in die Armut?

Auch hier gibt es Zahlen: Im Jahr 1970 sind dem Arbeitnehmer von 100 S 82 S übriggeblieben, heute bleiben 65 S übrig. Wenn Sie mir schon nicht glauben, werden Sie doch dem „profil“, das Sie selbst apostrophiert haben, glauben. Dieses Magazin hat ebenfalls die reale Steuerlast nachgewiesen: Von 6,2 Prozent realer Lohnerhöhung, Ausgangsbasis 1976, also zehn Jahre zurück, bleibt nach Abzug der Abgaben ein realer Kaufkraftschwund von 1,3 Prozent. Das heißt, die Kaufkraft des Arbeitnehmers ist gesunken.

Und Sie gehen her und erklären jedem, so gut wie jetzt sei es noch niemandem gegangen. Lesen Sie das! Das ist die Seite 34. Ich lasse sie Ihnen ablichten. Da sehen Sie, daß alles, jede Lohnerhöhung, jede Gehaltserhöhung, alles, was die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer ausgehandelt haben, beim Moloch Staat auf der Strecke geblieben ist.

Daher bitte in Zukunft weniger Staat, weniger Steuern, eine Entlastung, damit die Kaufkraft steigt und damit die Leute von dem Geld, das sie wirklich mühsam verdienen, auch etwas haben.

Noch ein Argument: Wenn heute die Lohnsteuer um dreimal soviel steigt wie alle anderen Steuern in Österreich zusammen, Herr Dr. Gmoser, dann muß ich sagen, es kann in der sozialistischen Ordnung etwas nicht mehr stimmen. Die Umsatzsteuer stieg um 2,9 Prozent, die Lohnsteuer um 9,22 Prozent, um das Dreifache! Da kann doch etwas nicht stimmen!

Dort wird wirklich der Würgegriff angelegt, und die Kaufkraft sinkt. Daher wird es diese Steuerreform mit einer 20prozentigen Senkung geben. Daß Sie sich das nicht vorstellen können, ist etwas anderes, weil Sie sich eben bei Wirtschaftspolitik sehr viel nicht vorstellen können. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, und außerdem war es schon einmal da. Es hat schon einmal einen Kamitz gegeben, der das getan hat, und das war zum Segen der österreichischen Wirtschaft. Und wenn es zum Segen der österreichischen Wirtschaft ist, dann ist es auch zum Segen der österreichischen Arbeitnehmerschaft. So einfach ist das alles, weil wir eigentlich im gleichen Boot sitzen und daher aufeinander angewiesen sind.

Schlagwort Familienarmut. Sie hören das nicht gerne, aber das habe nicht ich erfunden. Es ist ausgerechnet worden: Arbeiterfamilien ohne Kinder — 1 Prozent davon unter der Armutsgrenze; Arbeiterfamilien mit zwei Kindern — 36 Prozent davon unter der Armutsgrenze; 53 Prozent der Arbeiterfamilien in Österreich sind unter der Armutsgrenze, weil sie drei Kinder haben; bei den öffentlich Bediensteten sind es 45 Prozent und bei den Angestellten 33 Prozent. Jede fünfte Familie geht den Weg in die Armut. Jetzt gehen Sie her und legen Bilanz: Nach 16 Jahren sozialistischer Verantwortung sind 96 000 Familien unter der Armutsgrenze. (*Abg. Adelheid Praher: Ich muß gehen, das halte ich nicht aus!*) Ob Sie das aushalten, ist eine andere Frage, Frau Abgeordnete. Aber der Wähler hat das leider 16 Jahre aushalten müssen, und das ist natürlich das Fürchterliche. (*Abg. Adelheid Praher: Ihre falsche Argumentation halte ich nicht aus!*)

Das sind Zahlen. Ich weiß, wenn man dem Abgeordneten Elmecker Zahlen vorlegt, dann erklärt er, das seien Hausnummern. Na ja, man sollte in Oberösterreich beim Wahlkampf publik machen, daß Abgeordneter Elmecker die Arbeitslosenzahlen lediglich als Hausnummern bezeichnet. Man könnte den Arbeitnehmern bestimmt einmal die Augen öffnen über ihre Vertreter. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Elmecker: Das ist ja nicht wahr!*)

Darf ich, Herr Abgeordneter Elmecker, Ihnen noch ein paar „Hausnummern“ bringen: In Österreich sind die Arbeitslosenzahlen von August 1985 bis 1986 um 15,5 Prozent gestiegen, von 97 777 auf 112 978. Wenn Sie wollen, bezeichnen Sie diese Zahlen als Hausnummern. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist gestiegen von 47 275 auf 56 555, das sind 19,6 Prozent. Und bei den Jugendlichen ist die Arbeitslosenrate gestiegen von 29 725 auf 36 369, das sind 22,4 Prozent. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Zahlen richten sich selbst. Dazu braucht man überhaupt nichts mehr zu sagen. Und das hat eine sozialistische Regierung zu verantworten.

Jetzt komme ich zum letzten, weil auch das so oft angeschnitten wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Herr Bundeskanzler! Vielleicht hört er es. Eine neue politische Verantwortung, ein neuer Aufbruch, das alles haben Sie oft in wohlgesetzten Worten vorgetragen. Es ist klar, daß, wenn ein Wahlkampf geführt wird, eine Wahlwerbung, jeder versucht, seinen Kandidaten am besten herauszustellen. Das ist ganz einfach einer demokratisch-par-

Dr. Lichal

lamentarischen freiheitlichen Gesellschaftsordnung immanent. Da kommt halt die Abrechnung, und da kommt halt das Werben für die nächste Legislaturperiode. Nur eines soll man nicht machen: vorne auf der Bühne einen glorreichen Helden hinstellen und hinten die Politik der verbrannten Erde durchführen.

Und daher werde ich Ihnen jetzt gleich zwei Beispiele — was Sie vielleicht schleunigst abstellen sollten — bringen, die auch die österreichische Öffentlichkeit sehr interessieren. Hier wird zum einen ein Konzept vorgelegt, das in seiner Wortwahl sicher in vielem zu unterstreichen wäre, wenn es in den letzten 16 Jahren so gemacht worden wäre. In Wirklichkeit wird jetzt in den Ministerien — ich nenne hier das Unterrichtsministerium, hier weiß ich es, Dr. Moritz ist nicht mehr da, ich hätte es ihm gern persönlich gesagt — zwei Monate vor der Neuwahl, acht Wochen vor der neuen innerpolitischen Szenerie, ganz gleich, wie sie ausgeht, darangegangen, Abteilungen zu teilen, eigene Parteigänger zu versorgen und neu zu gestalten. Wenn Sie das noch mit den demokratischen Spielregeln in Einklang bringen können, dann ist das ein großer Toleranzpegel.

Es ist unerhört, daß man jetzt dort, wo man fürchtet, vielleicht gehen zu müssen, noch versucht, für die Zukunft Weichen zu stellen und noch personelle und strukturelle Veränderungen durchzuführen. Das ist unerhört und muß in aller Schärfe angeprangert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber was noch viel mehr für mich wiegt, ist die Tatsache, daß man in der Verzweiflung, daß man eine Wahl verloren hat, nämlich die Bundespräsidentenwahl, meines Erachtens doch weit über das Ziel schießt. Herr Dr. Gmoser! Was Sie im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl und so weiter hier gebracht haben — Ihre Worte in Gottes Ohr! Herr Dr. Gmoser, hören Sie mir bitte zu! Wissen Sie, daß es in Wiener Schulen Abstimmungen unter den Schülern gibt, ob das Bild des neuen Bundespräsidenten aufgehängt werden soll oder nicht? Wissen Sie, daß 12jährige Schüler angehalten werden, zu sagen, ob sie den Waldheim haben wollen oder nicht? Wissen Sie, daß noch alle Kirchschläger-Bilder hängen, daß ein Erlaß des Stadtschulrates — vielleicht kann man sich dazu melden — am 27. August ergangen ist, die Bilder sollen ausgetauscht und auch Leermeldung soll erstattet werden?

Ja was ist das für ein Demokratieverständnis, wenn man dann, wenn der eigene Kandi-

dat nicht durchkommt, überhaupt nicht mehr bereit ist, den jungen Menschen das Staatsoberhaupt präsent zu machen. Sehen Sie: Vorne auf der Bühne der Gladiator in glitzernem Licht mit dem paillettenverbrämten Kostüm, um nicht den Nadelstreif zu nennen, und hinten in der Garderobe oder hinter der Bühne werden die Fäden gezogen in einer Art und Weise, die wirklich betrüblich ist, weil dadurch das gesamte demokratische System in Frage gestellt wird. Wenn Sie wollen, nenne ich Ihnen dann die Schule, damit Sie wenigstens auf den Direktor einwirken können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die kommende Nationalratswahl wird eine Abrechnung sein über die vergangenen 16,5 Jahre, ganz gleich, welche Schauspieler auf der Bühne sind. Denn es geht nicht um den Beifall oder um das Urteil über die Schauspieler, darüber, wie sie ihre Sache gemacht haben. Da sind ja schon 15 abgetreten, da gibt es ja ununterbrochen einen Wechsel. Sicher waren etliche dabei, die besser waren, aber nach den eigenen Meinungen offensichtlich auch nicht, denn sonst wären sie nicht in Nacht- und Nebelaktionen geschaßt worden. Aber es geht letzten Endes um das Bühnenstück, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich das Parteiprogramm und die Parteipolitik der Sozialisten und jetzt natürlich auch der Freiheitlichen in den letzten drei kläglichen Jahren.

Das wird natürlich eine vernichtende Beschreibung am 23. November erhalten. Ich bin auch zutiefst davon überzeugt, Dr. Gmoser, daß wir — wie auch Dr. Taus gemeint hat — mit einem Kanzler Mock darangehen werden, dieses Haus wieder ordentlich zu bestellen. — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.28

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

16.29

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Ein Tag wie dieser fordert natürlich geradezu heraus, einige demokratiepolitische Überlegungen anzustellen. Am Beginn eines voraussichtlich hart werdenden Wahlkampfes wächst natürlich allseits die meist zweckdominierte Neigung, Sein und Schein so mancher politischer Vorkommnisse zu vermengen. Aber ich glaube, daß es der Sache der Demokratie schadet, wenn hiebei allzu forsich vorgegangen wird, und daher möchte ich wenigstens den Versuch unternehmen, einige politische Ereignisse anders zu

13488

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Stix

beleuchten, als dies in jüngster Zeit von politisch beflissenen Regisseuren getan wurde.

Wie nicht anders zu erwarten, stand und steht im Mittelpunkt der heutigen Debatten natürlich das abrupte Ende der kleinen Regierungskoalition aus Sozialisten und Freiheitlichen. Die Bandbreite der Bewertung reicht weit — vom „gescheiterten Experiment“ bis zur angeblich „erfolglosesten Regierung“ —, und die Realität wird, wie ich meine, hier in einem Zerrspiegel betrachtet.

Ich habe mit einer gewissen Genugtuung die Worte des Herrn Abgeordneten Dr. Gmoser vernommen, der auch davor gewarnt hat, nun in Bausch und Bogen hier alles mit einem Zerrspiegel zu betrachten.

Jedenfalls gibt es einigen Anlaß, dieser negativen Beurteilung, die heute irgendwie Oberwasser zu haben scheint, auch eine andere Realität gegenüberzustellen.

Lassen Sie mich vorweg zur Österreichischen Volkspartei etwas sagen.

Ich anerkenne die Legitimation der ÖVP, die derzeit die einzige Oppositionspartei ist — vielleicht noch ist —, an dieser Koalitionsregierung aus Sozialisten und Freiheitlichen kein gutes Haar zu lassen. Das ist das Recht der Opposition. Ich maße mir auch nicht an, ihr eine Grenze dort aufzuzeigen, wo man sagen kann, Kritik schlägt sich oder verträgt sich nicht mit gewisser Verantwortung für den Staat, für die Republik. Ich will solche Beckmesserei von mir aus nicht betreiben. Ich will daher nicht mit der Opposition über ihre guten oder schlechten, starken oder schwachen Argumente rechten.

Ich möchte auch nicht auf Einzelposten jener Aktiva und Passiva eingehen, die die Koalitionsbilanz der letzten drei Jahre darstellen, wenngleich natürlich der eine oder andere Punkt wird herausgegriffen werden müssen, um an ihm beispielhaft zu zeigen, was geleistet wurde, was nicht geleistet werden konnte, wo die Probleme liegen.

Was ich vielmehr tun möchte, ist, ein paar wichtige Sachverhalte im politischen Bereich zu klären und zu beleuchten. Ich glaube, es tut uns allen gut, den Blick ein wenig über das Tagesgetümmel hinauszuhoben. Ich bin sicher, daß alle Parteien — meine inbegriffen — gut beraten sind, wenn sie die Dinge, die wir heute hautnah erleben oder in den letzten Tagen hautnah erleben mußten, mit einem

gewissen Abstand, ruhig und abschätzend betrachten.

Da möchte ich zuallererst die These in den Raum stellen, daß diese Koalition nicht gescheitert ist. Sie wurde beendet. Diese Koalition wurde beendet, und das ist etwas anderes als ein Scheitern. Sie wurde außerdem einseitig beendet, und das ist immerhin etwas Ungewöhnliches.

Aber lassen Sie mich zuerst darlegen, warum ich meine, daß diese Koalition nicht gescheitert ist. Sie ist nicht gescheitert an einem Problem, etwa der Regierungsarbeit, über welchem sich die Partner zerstritten hätten, sei es in der Regierung, sei es im Parlament. Es hat keinen Konflikt im Schoße der Regierung gegeben. Es hat keinen Verlust der Mehrheit dieser Koalition im Parlament gegeben, etwa durch eine theoretisch denkbare Absplittierung; also: kein Zerwürfnis in der Regierung, kein Zerwürfnis in der Fraktion, kein Zerwürfnis zwischen den Parteien. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Steger ist doch als sozialistischer Minister bezeichnet worden! Ihr Parteiboss hat doch Steger als sozialistischen Minister bezeichnet!)*

Herr Kollege Dr. Kohlmaier! Wenn Sie ein wenig Geduld haben, worum ich Sie bitte: Ich komme auf diese Frage eingehend zurück. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ist Steger ein sozialistischer Minister — ja oder nein?)*

Jedenfalls müssen diese Tatsachen, daß es weder ein Zerwürfnis in der Regierung noch in der Fraktion gegeben hat, für die Geschichtsschreibung der Zweiten Republik eindeutig festgehalten werden.

Auch wenn ich gar nicht im einzelnen, wie schon gesagt, die Bilanz der vergangenen drei Jahre ziehen will — das hat ja mein Kollege Klubobmann Dr. Frischenschlager schon sehr eindrucksvoll gemacht —, möchte ich trotzdem die Aufmerksamkeit auch darauf lenken, daß, würde diese Koalition noch einige Monate fortgeführt, eine ganze Reihe Früchte der Regierungsarbeit zu ernten wären, die heute sei es im Begutachtungsverfahren sind, sei es als Regierungsvorlage auf dem Tisch liegen, sei es in den Ausschüssen fast fertig daliegen und die nun nicht mehr durch das Parlament, durch die Beschlußfassung wandern können, wo wahrscheinlich die eine oder andere wichtige Materie sogar zu einem einstimmigen Beschluß aller drei Parteien geführt hätte. Das heißt, diese Koalition, die eine Reihe guter Dinge vorweisen kann, kann einen Teil ihrer Arbeit als Ernte leider nicht mehr in die Scheuer bringen.

Dr. Stix

Vielleicht zwei Beispiele. Zunächst aus dem Justizbereich. Wir haben ein fast fertiges Strafrechtsänderungsgesetz. Es würde voraussichtlich einstimmig beschlossen werden. Wir hätten dann eine bessere Handhabe zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Es wird also mit dieser Periode im Ausschuß sterben.

Oder nehmen wir den Wissenschaftsbe- reich. Wichtige hochschulpolitische Gesetze sind weit gediehen, unter anderem eine sehr heikle Materie: Wir wären in der Lage gewesen, noch das lange, lange verhandelte Hoch- schullehrer-Dienstrecht durchzubringen. Auch um diese Frucht ihrer Arbeit stirbt diese Koalitionsregierung.

Wenn man nun die erbrachten Leistungen — einschließlich jener, die nun nicht mehr das Licht der politischen Welt erblicken — Revue passieren läßt, dann ist das in meinen Augen ein eindeutiger Beleg für das Fazit, welches ich ziehe, daß diese Koalition in Wahrheit nicht gescheitert ist.

Ich sagte, sie wurde beendet, sie wurde ein- seitig beendet, und dazu möchte ich nun ein- mal die freiheitliche Seite darstellen. Wie sieht denn die FPÖ diese Zeit der Bewährung in ihrer ersten Koalition seit 1983 in dieser Zweiten Republik?

Punkt 1: Die Freiheitliche Partei Öster- reichs war von Anfang an bis zum heutigen Tag vertragstreu, und sie wird auch für den Rest dieser verkürzten Legislaturperiode bei ihrer Zusage bleiben.

Punkt 2: Die Freiheitliche Partei Öster- reichs war personell — entgegen allen Unken- rufen — der stabilere Teil in der Regierungsmannschaft. Sie hat einen einzigen aus ihrer Regierungsmannschaft ausgewechselt, näm- lich den Verteidigungsminister Dr. Frischen- schlager. Aber er wurde nicht ausgewechselt, weil er gehen mußte, sondern weil es ein anderer, Alt-Klubobmann Friedrich Peter, aus ganz persönlichen Gründen vorgezogen hat, die Legislaturperiode nicht als Klubob- mann durchzudienen — zu unser aller Leid- wesen —, und in der Nachfolge für den Klub- obmann — eine der wichtigsten Funktionen für die Freiheitliche Partei — ist Frischen- schlager aus der Regierung genommen wor- den und in die Fraktion zurückgekehrt. Das war aber auch der einzige Wechsel, den die Freiheitliche Partei vorgenommen hat. Ich betone noch einmal: Wir haben uns als das stabilere Element in dieser Koalitionsregie- rung erwiesen.

Punkt 3: Die Freiheitliche Partei Öster- reichs war — ebenfalls vielen skeptischen Vorurteilen zum Trotz — ein verläßlicher Partner in dieser Koalition; auch in jenen Pro- blembereichen, die sie eindeutig nicht ver- schuldet hat. Dafür biete ich drei Beispiele an.

Beispiel 1: das Verstaatlichtendilemma. Es wurde heute schon eingehend darüber gespro- chen. Ich kann mich auf eine knappe, zusam- menfassende Darstellung beschränken.

Das Verstaatlichtendilemma ist einesteils zweifellos das Ergebnis weltwirtschaftlicher Verschiebungen. Niemand wird das leugnen. Aber es ist aus österreichischer Perspektive die Frucht der alten großen Koalition, die noch weit bis in die achtziger Jahre in diesem Bereich stattgefunden hat.

Die FPÖ hat hier die unverdienten Prügel tapfer mitgetragen, die nicht zuletzt von sei- ten der großen Oppositionspartei auf die Regierungsparteien, speziell auf die Soziali- stische Partei, niedergehagelt sind. Wir haben diese Prügel auch bezogen, obwohl wir sie nicht verdient haben, und wir haben sie ver- bissen und vertragstreu und koalitionsgetreu mitgetragen.

Aber wir haben nicht nur passiv hier stand- gehalten, sondern wir haben es auch aktiv durch unsere Regierungsbeteiligung nicht zuletzt den Sozialisten ermöglicht, im Ver- staatlichtenbereich wirtschaftspolitisch neue Wege einzuschlagen. Wir haben die Linie Vra- nitzkys unterstützt, und wir werden sie, unbe- schadet der Meinungsdivergenzen, die wir jetzt mit ihm in anderen Dingen haben, der Sache wegen auch weiter unterstützen, weil wir eben sehr wohl nicht opportunistisch in diese Regierung hineingegangen sind, son- dern unserer sachlichen Überzeugungen wegen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich biete ein zweites Beispiel an: den Agrar- bereich. Auch hinsichtlich des Agrarbereiches bin ich weit davon entfernt, pauschal und ein- seitig politische Schuldzuweisungen zu tref- fen. Die Agrarprobleme sind weltweit, sie sind insbesondere in Europa ungelöst.

Aber es gibt natürlich auch die Perspektive, daß die totale Sackgasse, in der wir uns in agrarpolitischer Hinsicht in Österreich befin- den, was einerseits auf dem Rücken der Bau- ern, andererseits auf Kosten der Steuerzahler ausgetragen wird, daß die Mechanismen, die uns in diese Sackgasse hineingeführt und die bis heute keinen Ausweg aus dieser Sack- gasse zugelassen haben, eine Frucht der gro- ßen alten Koalition sind.

13490

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Stix

Auch dafür wurden wir Freiheitlichen mitgeprügelt. Wir haben auch diese Prügel nicht verdient, aber wir haben sie mitgetragen als verlässlicher, vertragstreuer Koalitionspartner.

Und erlauben Sie, daß ich ein drittes Beispiel anführe: die vielen Skandale. Ich werde gewiß der letzte sein, der dabei mitmacht, in den allgemeinen und gar nicht gerechtfertigten Ruf von der sogenannten Skandalrepublik Österreich einzustimmen.

Aber es hat massive, handfeste große Skandale gegeben. Nur, es waren weder freiheitliche Politiker noch freiheitliche Regierungsmitglieder im besonderen und auch nicht die Freiheitliche Partei insgesamt darin verwickelt.

Aber für diese Skandale, die wir ebenfalls nicht zu verantworten haben, haben wir auch unsere Prügel bezogen, unverdient — aber wir haben sie mitgetragen, vertragstreu, als verlässlicher Partner.

Wenn ich nur an die Geschichte mit dem Weingesetz denke. Also ich bin sicher: Wir haben keinen Wein gepantscht. Aber wir wurden über all das mit in die Polemik hineingezogen, was sich aus diesen an sich verwerflichen Vorgängen außerhalb der Politik zuge tragen hat und schließlich zu einem politischen Problem wurde.

Lassen wir es bei diesen drei Beispielen bewenden. Sie mögen nur dartun, warum ich zu der Auffassung komme, daß die FPÖ von ihrer Verhaltensweise her, die eben als vertragstreu und verlässlich belegbar ist, keinen Anlaß gegeben hat für eine einseitige Beendigung dieser Koalition.

Ich würde nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, dem großen Koalitionspartner gern die gleiche Positivliste bescheinigen, wie ich sie eben für die FPÖ dargestellt habe. Aber sein Verhalten seit dem 14. September 1986 läßt dies objektiv nicht mehr zu. Und das ist keine gute Sache.

Ich maße mir nicht an, der Sozialistischen Partei Österreichs etwas über Demokratieverständnis zu erzählen.

Meine Damen und Herren! Zu groß ist mein Respekt vor der großen demokratischen Tradition dieser Arbeiterbewegung. Ich erinnere nur — erlauben Sie mir die historischen Reminiszenzen — an jene frühen Berührungspunkte zwischen Ihrer Bewegung und

etwa den alten Liberalen des vorigen Jahrhunderts, insbesondere der zweiten Hälfte; ich sage gleich in Klammern etwas dazu: Es waren im übrigen National-Liberale, denen wir unseren heutigen Verfassungsstaat, denen wir unsere Grund- und Freiheitsrechte und denen wir die Entwicklung des Wahlrechtes zu verdanken haben. Lassen Sie mich nur einen Namen stellvertretend für viele nennen: Schmerling.

Auch meine Partei hat eine sehr lange demokratische Tradition. Aber gerade weil ich die große demokratische Tradition auch bei den Sozialisten kenne und schätze, kann ich mir vorstellen, daß heute in den Reihen der SPÖ Sozialdemokraten in stiller Analyse selbst zu der Einschätzung gelangen, daß die Vorgangsweise der sozialistischen Führung, wer immer das gewesen sein mag, kein demokratisches Ruhmesblatt ist.

Meine Damen und Herren! Sie mögen das selbst beurteilen. Wie auch immer: Es war zumindest kein Akt von Fairneß. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich bin persönlich darüber deswegen so bestürzt, weil ich aus eigener Erfahrung weiß, zu welch großer Fairneß die Sozialisten als Partner fähig sind. Dafür könnte ich viele Beispiele bringen, im kleinen wie im großen.

Ich möchte ein großes Beispiel aus eben dieser zu Ende gehenden Koalition bringen, nämlich die Frage Zwentendorf. Die Haltung der Freiheitlichen Partei war von Anfang an klar. Wir Freiheitlichen waren auch nicht bereit, in das Regierungsabkommen etwas hineinzunehmen, was eine Revision unserer seit Jahren eingenommenen Haltung bedeutete hätte. Die Verhandlungsführer der Sozialistischen Partei haben schließlich diese Haltung der Freiheitlichen Partei zur Kenntnis genommen und akzeptiert.

Sie wissen alle hier im Hohen Haus, die daran beteiligt waren, aktiv oder passiv, was es für Diskussionen gegeben hat. Ich brauche Ihnen nicht zu schildern, welch ungeheurer Druck ausgegangen ist von all jenen — deren Motive ich heute gar nicht bewerten will, sie mögen auch gut gewesen sein —, die der Meinung waren, wir sollten Zwentendorf doch in Betrieb nehmen.

Aber die Freiheitliche Partei hat sich eben nicht opportunistisch verhalten, sie hat standgehalten, sie ist bei ihrer Linie geblieben (*Abg. Dr. Kohl: Bei welcher Linie?*), sie hat sich dem Druck nicht gebeugt. (*Abg. Schwarzenberger: Nicht alle!*)

Dr. Stix

Der springende Punkt, auf den ich hinaus will, ist der: Die Sozialistische Partei hat sich hier als Partner von einer äußersten Fairneß erwiesen. Sie hat sich gegenüber dem kleinen Partner fair verhalten. Das war ein Akt der Fairneß.

Und weil ich auch diese Erfahrung besitze, macht mich die Unfairneß, die wir in der letzten Zeit erlebt haben, so bestürzt.

Hohes Haus! Wie wurde die Beendigung der — wie ich schon sagte — nicht gescheiterten Koalition begründet? Ich zitiere aus der heutigen Rede des Herrn Bundeskanzlers. Es heißt dort, nachzulesen auf Seite 2:

„Die Freiheitliche Partei Österreichs hat auf dem vergangenen Parteitag über ihren Parteiobmann und über ihren politischen Kurs entschieden. Die Sozialistische Partei hat daraus die Konsequenzen gezogen.“ — Soweit der Herr Bundeskanzler.

Nun billige ich ihm selbstverständlich das Recht zu, eine solche Meinung zu haben und eine solche Meinung zu äußern. Aber mein Recht und, wie ich meine, auch meine Pflicht ist es, klar darauf hinzuweisen, daß der Teil der Aussage, die Freiheitliche Partei habe über ihren politischen Kurs entschieden, falsch und durch keine Tatsachen belegbar ist. Ich werde das begründen.

Der Innsbrucker Bundesparteitag der FPÖ, zweifellos einer der stürmischsten in ihrer ganzen Geschichte, ist nämlich geradezu dadurch charakterisiert, daß es keine Debatte über den politischen Kurs gegeben hat, daß keine Ideologiedebatte stattgefunden hat und daß es auch kein Verdikt über diese kleine rot-blaue Koalition gegeben hat. Das ist geradezu das Kennzeichen dieses Parteitages.

Was hat sich in Wirklichkeit dort abgespielt? In Wirklichkeit gab es eine urdemokratische Auseinandersetzung um eine reine Personenfrage, die lautete: Wer soll Bundesparteiohmann sein? Diese Frage wurde total offen, ehrlich, für die Öffentlichkeit transparent und — das unterstreiche ich nachdrücklich — im Plenum der 460 Delegierten ohne jede Entgleisung stundenlang diskutiert und schließlich in geheimer, freier Wahl mit Stimmzetteln und Wahlurnen entschieden. Was, bitte, soll daran aus Demokratieverständnis schlecht gewesen sein?

Nur am Rande bemerkt: Ich erinnere mich daran, weil ich Tiroler Abgeordneter bin, daß vor nicht allzu langer Zeit die Tiroler Soziali-

sten einen recht stürmischen Landesparteitag hatten. Da ging es auch um die Obmannfrage: Fili, amtierender Obmann, gegen Tanzer, Herausforderer. Und ich kann Ihnen sagen, diese Tiroler Sozialisten haben sich mit sehr harten Bandagen auf diesem Parteitag behandelt. Auch die beiden Bewerber, der Verteidiger wie der Herausforderer, sind sich in ihren Äußerungen, in ihren eigenen Wortmeldungen gegenseitig nichts schuldig geblieben. Ich erinnere mich aber nicht daran, daß irgend jemand aufgrund dieses Vorkommnisses auf einem sozialistischen Landesparteitag die Demokratie etwa wackeln gesehen hat. Also: Was für den einen billig ist, muß für den anderen recht sein.

Worum ging es in Innsbruck? Ich möchte den Versuch unternehmen — ich glaube, daß es für ganz Österreich wichtig ist, nicht nur für meine Partei —, herauszuarbeiten, was es hier gegeben hat: zwei starke Führungspersönlichkeiten, Steger und Haider, beide für Verdienste und Leistungen belobt, beide auch mit Vorwürfen, sie hätten bestimmte Fehler begangen, konfrontiert. Der Hauptunterschied liegt in der Persönlichkeitsstruktur, in der unterschiedlichen Ausstrahlung.

Diesbezüglich gab es eben eine kontrover-sielle Auffassung beim Parteivolk. Das Parteivolk hat schlicht und einfach die Frage aufgeworfen, mit wem es sich getraut, erfolgreich die nächsten Wahlen zu schlagen. Das ist keine verwerfliche Fragestellung. Ob sie falsch oder richtig ist, steht auf einem anderen Blatt, aber es ist keine verwerfliche Fragestellung. Es ist legitim, diese Frage aufzuwerfen, auch wenn ich selber zu jenen gehört habe, die gemeint haben, sie sollte so nicht aufgeworfen werden, und es ist legitim und demokratisch, sie mittels Kampfwahl zu entscheiden.

Ich betone nochmals: Die Abwahl Stegers war kein Verdikt über die Koalition, sondern sie war ein Ausfluß, eine Folge unterschiedlich strukturierter Persönlichkeiten, letztlich emotional unterschieden nach Kriterien, für die es in unserer Menschenwelt eben keinen objektiven, sondern nur subjektive Maßstäbe gibt.

Ich stehe nicht an, heute und hier gerade auch die objektiven Verdienste des abgewählten Bundesparteiohmannes und Vizekan-zlers Steger hervorzuheben. Es wäre eine lange Liste, alle seine Leistungen und Verdienste hier anzuführen. Ich erspare Ihnen das selbstverständlich. Aber lassen Sie mich drei wichtige Punkte herausheben. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Dr. Stix

Es ist das historische Verdienst Stegers, die Freiheitliche Partei erstmals in Regierungsfunktion geführt zu haben. Es hat sich er persönlich und damit auch seine Partei als vertragstreu erwiesen. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Unter Steger hat die österreichische Energie- und Umweltpolitik wichtige neue Akzente erhalten. Ich habe mir heute sehr aufmerksam die diesbezüglichen Passagen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Vranitzky in seiner Rede angehört, man kann sie auf den Seiten 15 und 16 nachlesen. Er hat das gebracht, nachgezeichnet und auch als maßgebliche Richtschnur für das weitere Vorgehen in diesen Bereichen für die Zukunft genannt, was Steger im Energiekonzept erarbeitet und auf den Tisch gelegt hat. Auch das ist eine Leistung und ein Verdienst.

Der dritte Punkt — auch nur beispielhaft — ist besonders wichtig: die Marktwirtschaft. Es ist gar keine Frage, daß durch die freiheitliche Regierungsbeteiligung Akzente und Weichen für mehr Marktwirtschaft in diesem Land gestellt wurden. Ich könnte jetzt wiederum einige Beispiele bringen, aber das scheint mir nicht das Wichtige zu sein. Das Wichtige scheint mir die Katalysatorfunktion zu sein.

Die Tatsache, daß eine Freiheitliche Partei gemeinsam mit der Sozialistischen Partei in einer Koalition war, hat — einem Katalysator vergleichbar — dazu geführt, daß es aufgeschlossenen sozialistischen Wirtschaftspolitikern möglich wurde, Dinge zu tun, die sie in einer rein sozialistischen Alleinregierung gegenüber ihren eigenen Leuten nicht durchgebracht hätten. Die freiheitliche Regierungsbeteiligung war ein Katalysator für mehr Manövrierfreiheit, für aufgeschlossene, dem betriebswirtschaftlichen Denken verbundene sozialistische Wirtschaftspolitiker, auch gegen deren eigenen Anhang, soweit er noch in überholten Ideologien, die ich auch heute und hier nicht bewerten will, befangen blieb. Das war die wahrscheinlich überhaupt wichtigste Rolle, die die Freiheitliche Partei in dieser Regierungsbeteiligung in den letzten dreieinhalb Jahren gespielt hat. Diese Rolle hat sie gut gespielt, und das ist ein Verdienst Stegers.

Diese Verdienste Stegers waren auch auf dem Bundesparteitag keiner Kritik ausgesetzt. Unser Parteivolk entschied sich eben — man kann es bedauern, man kann es begrüßen — mehrheitlich, wahrscheinlich auch mehrheitlich emotional, für den seiner Meinung nach volkstümlicheren Obmann. Meine

sehr geehrten Damen und Herren! So etwas soll auch, so habe ich mir sagen lassen, in anderen Parteien vorkommen. (*Zwischenruf des Abg. Heinzinger.*)

Nun zur Person Haider. Es gibt die merkwürdigsten Zeichner, die jetzt am Werk sind, um eine neue Karikatur in Österreichs politische Landschaft zu stellen. Aber ich möchte nur ein paar Fakten erwähnen.

Ein Haider, Jahrgang 1950, geboren fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, durch alle Schulen dieser Zweiten Republik gegangen, der während seiner Zeit als Universitätsassistent in Wien viele Aufsätze auch zum Thema Liberalismus verfaßt hat, soll plötzlich im rechten Eck stehen? (*Ruf bei der ÖVP: Sagt Steger!*) Ein Jörg Haider, der einige Jahre Mitglied dieses Hohen Hauses war und damals von niemandem einer undemokratischen Denkweise geziehen wurde, ein amtierender angesehener Landesrat, der fleißig (*Rufe bei der ÖVP: Was sagt Steger?*) und gut arbeitet, der hochrangige Freunde in allen politischen Lagern Österreichs besitzt? Es fällt mir gerade ein, daß der Herr Bundesminister Dallinger mehr als einmal auf Einladung Haiders bei freiheitlichen Veranstaltungen in Kärnten mitdiskutiert hat. Dieser Haider soll jetzt plötzlich im äußersten rechten Eck stehen? (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Sagt der Steger!*)

Hohes Haus! Das ist allzu durchsichtig. Ich gehe auf die Zwischenrufe zu gegebener Zeit ein. Das ist allzu durchsichtig. Das ist weit entfernt von der Realität, und das ist auch jenes ungute Spiel mit dem realen Sein und dem trügerischen Schein, von dem ich anfangs gesprochen habe. Und dieses Spiel ist — und da ziele ich jetzt durchaus in die Medienlandschaft, um nicht mißverstanden zu werden — durchaus auch unverantwortlich im Hinblick auf das Ansehen Österreichs.

Hat man denn in diesem Land wirklich nichts aus jenem grauslichen Wahlkampf um den Bundespräsidenten gelernt? Will man wirklich nicht die Warnung hören?

Es gilt immer noch das alte „videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica“: Die politisch Verantwortlichen mögen schauen, daß die Republik — und ich füge frei hinzu: diese Republik Österreich — nicht Schaden durch solch böse Spiele erleidet. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Cap: Quousque tandem abutere patientia nostra?*)

Randerscheinungen rund um den Innsbrucker

Dr. Stix

ker Parteitag sollen einigen in dieser Republik offenbar Munition liefern für eine erneute Vergiftung der Atmosphäre. Ich kann nur warnen davor, und ich glaube, jeder aufrechte Demokrat müßte eine Wiederauflage dessen, was wir erlebt haben im Wahlkampf um den Bundespräsidenten, mit verhindern helfen.

Das waren rülpsende Randerscheinungen. Ich habe nicht die Absicht, die geringste Sache unter den Teppich zu kehren, und ich habe auch nicht die aller kleinste Absicht, hier beschönigend zu wirken. Aber ich muß die Größenordnungen aufzeigen. Es waren rülpsende Randerscheinungen, die erstens nicht im Saal stattfanden, sondern von außen kamen und die zweitens vereinzelt und, soweit wir das bemerkt haben, so etwas waren, was man in Österreich im allgemeinen unter „bsoffene Gschichten“ einreicht.

Wir haben drittens versucht, die Leute zu identifizieren. Wir konnten nur einen Delegierten ausmachen, einen älteren Mann, der auch schon etwas zuviel über den Durst getrunken hat. Aber wir werden ihm das nicht nachsehen, er muß sich rechtfertigen und er wird sich einem Parteiverfahren stellen müssen.

Viertens — und das möchte ich bitte mit ganz großem Ernst sagen —: Wir haben Hinweise dafür, daß sich in das beobachtende Publikum auch Leute eingemengt und eingeschlichen haben, für die es in der Diplomatie den Ausdruck „agent provocateur“ gibt. Auch dafür haben wir Hinweise, und meine Partei wird sich bestimmt nicht mit solchen Methoden den Ruf, eine ehrliche, aus tiefinnerer Überzeugung demokratische Partei zu sein, nehmen lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zwischenrufe haben sich mit Norbert Steger beschäftigt. Das sind Sachen, die wir unter Freunden ausmachen. Aber ich billige auch von diesem Pult aus Norbert Steger zu, daß er so reagiert hat wie jemand, der unerwartet und an einer empfindlichen Stelle von einer Nadel gestochen wird: Er wird aufschreien! Auch wenn es nur ein Nadelstich ist, etwas Kleines, etwas Unbedeutendes, aber dem, der den Nadelstich versetzt bekommt, tut der Stich weh. Er wird Schmerz verspüren und reagieren. Aber ich bin sicher, daß gerade Norbert Steger die Größenordnungen und die Dimensionen selber richtig sehen und zurechtrücken wird. Ich zweifle nicht daran.

Jedenfalls — und das lassen Sie mich hier als Versicherung abgeben —: Das, was sich

abgespielt hat, war ein demokratischer Vorgang auf einem demokratisch ablaufenden Parteitag einer demokratischen Partei, die selbst gewillt ist, auch gegen unbedeutende Randerscheinungen einen scharfen Grenzstrich zu ziehen. Nehmen Sie das bitte hier zur Kenntnis! *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Graf: Warum hämmern Sie dabei so?)*

Aber zurück zu Haider. Haider mit solchen Dingen in Verbindung zu bringen oder bringen zu wollen, ist ein unabsichtliches oder absichtliches Mißverständnis. Ein ernst zu nehmendes politisches Argument ist es sicherlich nicht, und wir können es daher vergessen.

Bleibt vielleicht noch ein letzter Vorwurf oder eine Charakteristik zur Person des Jörg Haider, die vielfach jetzt mit Bedenken als Vorwurf dargestellt wird, nämlich der Vorwurf des Populismus, der Vorwurf, er sei populistisch.

Es ist sicherlich Geschmacksache: Populismus ist zum Beispiel keine Sache, die meinem Geschmack entspricht, ich hoffe, daß ich das hier in diesem Hause nicht zu betonen brauche, dem einen gefällt es, dem anderen gefällt es nicht. Aber die Frage ist wohl erlaubt: Seit wann ist denn Populismus von vornherein etwas Undemokratisches? Wenn es darum ginge, dann könnte Haider ohne weiteres auch bei sehr großen Politikern und bedeutenden Persönlichkeiten dieses Landes in die Lehre gehen, etwa angefangen bei Altvater Kreisky hin — um auch tagesaktuell zu bleiben — zu Landeshauptmann Krainer. Beide, da bin ich sicher, könnten dem Jörg Haider noch mit einigen Lektionen Populismus helfen. Ich sage, es ist eine Geschmacksache, es ist sicherlich nicht die Frage eines Maßstabes für Demokratieife; und um das geht es heute und hier.

Wenn ich jetzt all diese Argumente, die ich vorbringen durfte, Revue passieren lasse, dann bleibt genaugenommen nichts übrig, was es politisch rechtfertigen könnte, in dem neuen Bundesparteiohmann der Freiheitlichen Partei keinen demokratischen Gesprächspartner zu sehen. Ich lade Sie alle ein, im Lichte dieser meiner Erläuterungen gewisse Haltungen zu überprüfen.

Ich will auch eine vielleicht noch schwerwiegendere Frage nicht ohne Antwort lassen, nämlich die ideologische Frage: Ist die FPÖ unter Haider wirklich eine andere Partei geworden?

Dr. Stix

Bevor ich in die Ideologie im eigentlichen Sinne einsteige, lassen Sie mich auf die Kontinuität in der Personalzusammensetzung hinweisen. Das höchste Gremium in meiner Partei ist das Parteipräsidium. Auf Vorschlag des neuen Bundesobmannes wurden mit hohen Prozentsätzen am Parteitag in dieses Präsidium hineingewählt: ein Dr. Frischenschlager, ein Staatssekretär Holger Bauer, ein Minister Dr. Ofner, eine Bundesobfrau Klara Motter, ein Verteidigungsminister Dr. Krünes, ein Generalsekretär und seit Jahren Abgeordneter in diesem Hause Gugerbauer, ein Landesparteiobermann Schender, der seinerzeit die Koalitionsverhandlungen 1983 mitverhandelt hat, meine Person. Frage: Sind wir alle jetzt plötzlich andere Personen? — Die Antwort, meine sehr geehrten Damen und Herren, mögen Sie sich selbst geben.

Aber nun zur eigentlichen Ideologie: Die Freiheitliche Partei hat sich im Jahr 1985, also vor etwas mehr als einem Jahr, ein neues Parteiprogramm gegeben. Dieses Parteiprogramm wurde vom früheren Obmann Dr. Norbert Steger initiiert und mit ungeheurem Krafteinsatz auch durchgezogen. Dieses neue Parteiprogramm wurde in einem Programmausschuß konzipiert, dem unter anderem auch drei Kärntner aus der engsten Umgebung Jörg Haider angehörten. Und dieses Parteiprogramm wurde auch mitgestaltet durch Anträge, die Haider persönlich in den Beschlußgremien vorgebracht hat und die Eingang gefunden haben in dieses Programm.

Schließlich wurde dieses Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs am 2. Juni 1985 in Salzburg einhellig beschlossen. Rund 80 Prozent jener Delegierten, die vor einem Jahr in Salzburg dieses neue Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei beschlossen haben, sind identisch mit jenen Delegierten, die auf diesem Innsbrucker Bundesparteitag 1986 ebenfalls diszipliniert ihre Pflicht als Delegierte getan haben.

Niemand bezweifelt, daß uns dieses neue Programm unverwechselbar als eine liberale Partei mit einer durchaus ehrenhaften und modernen nationalen Komponente ausweist. Erlauben Sie, daß ich nur die ersten sechs Sätze aus unserem neuen Parteiprogramm zitiere:

„Freiheit gilt uns als höchster Wert. Wir wollen ein Leben in Freiheit, gegründet auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung. Freiheitliche Politik erstrebt eine Lebensordnung mit möglichst viel Selbstbestimmung für jeden Menschen

und für alle Völker. Unser Freiheitsdenken wurzelt in einer idealistischen Weltanschauung.

Der Freiheit des einzelnen Menschen und seiner Würde den höchsten Rang in der Gesellschaftsordnung einzuräumen, ist unser liberaler Auftrag.

Der Freiheit der Völker und ihrer Selbstachtung den höchsten Rang in der Weltordnung einzuräumen, ist unser nationaler Auftrag.“

Dazu bekennen sich die Freiheitlichen, von Wien bis Bregenz, von Klagenfurt bis Innsbruck und von Salzburg und Linz bis Graz. Und da ist nichts verschämt, da ist nichts versteckt und da ist nichts unter die Decke gekehrt.

Lassen Sie mich noch einmal zurückkommen auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers. Es ist nur ein Detail, vielleicht ein Detail am Rande, aber ein signifikantes, wie mir jetzt im Lichte der Diskussion erscheint.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner heutigen Rede unter anderem ausgeführt, nachzulesen auf Seite 9:

„Nicht zu kurz kommen darf auch die Toleranz gegenüber unseren religiösen und ethnischen Minderheiten. Wir haben zu lange ihre Rolle als befruchtendes Element unserer politischen Kultur unterbewertet.“ — Sehr gut.

Und nun dazu das freiheitliche Parteiprogramm. Da heißt es:

„Als Nationale würdigen wir die Existenz und das Wirken der ethnischen Minderheiten in Österreich als eine wertvolle kulturelle Bereicherung unserer gemeinsamen Heimat.“

Wir könnten die Worte Vranitzkys geschrieben haben, Vranitzky könnte unsere Worte geschrieben haben. Das ist die moderne Freiheitliche Partei, und sie hat sich durch den Parteitag in Innsbruck nicht geändert!

Bekanntlich ist die Freiheitliche Partei Mitglied der Liberalen Internationale. Seit Tagen läuft eine nicht ganz erklärliche Maschinerie, um unter Umständen — angesichts dessen, was angeblich in Innsbruck und in Österreich vorgekommen ist — den Ausschluß der Freiheitlichen Partei aus dieser Liberalen Internationale zu bewerkstelligen. Auch dazu möchte ich nur zwei Fakten anführen.

Dr. Stix

Faktum eins: Die Freiheitliche Partei ist nicht unter Obmann Steger, sondern unter Obmann Götz in die Liberale Internationale aufgenommen worden, und es war Obmann Steger, der diese wichtigen und für uns wertvollen internationalen Beziehungen intensiviert, ausgebaut und gefestigt hat. Und ich bin sicher, daß er der letzte ist, der unter Mißachtung langfristiger Überlegungen mit Hand anlegen würde, sein eigenes Werk zu zerstören. Wie gesagt, ich bin sicher, daß er das nicht tun würde.

Zweites Faktum: Natürlich wurde unser neues Parteiprogramm gerade von der Liberalen Internationale genau unter die Lupe genommen, und niemand geringerer als der Präsident der Liberalen Internationale, Giovanni Malagodi, hat bei einem Besuch in Österreich in einem Interview wörtlich ausgeführt, und ich darf aus diesem Interview Malagodis zitieren:

„Gegen Politik und Programm der FPÖ habe ich keine Vorbehalte, im Gegenteil, ich habe das neue Programm mit größtem Interesse gelesen und es ins Italienische übersetzen lassen. Es scheint mir ein sehr gutes und in jedem Fall für Liberale anwendbares Werkzeug der politischen Arbeit zu sein.“ — So Malagodi wörtlich.

Wir Freiheitlichen freuen uns natürlich über diese Anerkennung, weil wir uns in der geistigen Verwandtschaft mit dem Liberalismus in aller Welt durchaus wohlfühlen. Aber genauso wie wir Freiheitlichen es uns von keiner österreichischen Partei vorschreiben lassen, welchen Bundesparteiohmann wir wählen, genauso werden wir es uns von einem internationalen Gremium nicht vorschreiben lassen, wer Bundesparteiohmann der Freiheitlichen Partei Österreichs sein darf und wer nicht.

Hohes Haus! Zusammenfassend: Die Behauptung, die FPÖ sei nach Innsbruck eine andere, sie habe ihren Kurs geändert, diese Behauptung hält einem Vergleich mit der Wirklichkeit nicht stand.

Und daher bleibt es dabei: Diese kleine Koalition der letzten dreieinhalb Jahre ist nicht gescheitert. Diese kleine Koalition wurde lediglich einseitig beendet. Die für diese einseitige Beendigung genannten Gründe sind vorgeschobene. Die FPÖ hat möglicherweise einen Anlaß, aber sie hat gewiß keinen triftigen Grund für diese einseitige Vorgangsweise geliefert. Und so, meine Damen und Herren, wird es später auch in

den Geschichtsbüchern über die Zweite Republik und diesen Zeitabschnitt stehen.

Weiter wird aber, wie immer auch formuliert, in den künftigen Geschichtsbüchern stehen, daß sich durch die erstmalige kleine Koalition zwischen Sozialisten und der bis dahin nur in der Oppositionsrolle etablierten Freiheitlichen Partei so etwas wie ein Qualitätssprung in der politischen Landschaft Österreichs eingestellt hat. Seit diesem Zeitpunkt, so wird man sagen, hatte jede der im Parlament vertretenen Parteien die unbestreitbare Legitimation, Partner einer wie immer zusammengesetzten Regierungskonstellation zu sein.

Die Zeit der sozialistisch-freiheitlichen Regierungskoalition wird dann auch als Lernprozeß für die Österreichische Volkspartei interpretiert werden. Lange Zeit hatte die ÖVP die Nur-Oppositions-FPÖ in mancher Hinsicht, wie wir glauben, zu gering veranschlagt. Nach den Jahren 1983 bis 1986 wurde — so wird eines Tages geschrieben werden — die FPÖ als Faktor in der österreichischen Politik auch von der Österreichischen Volkspartei anders gewertet als vor dieser Zeit. Auch das ist ein demokratiepolitisches Ergebnis der Ära Steger-Sinowatz.

Hohes Haus! Für uns Freiheitliche kommt es in diesen Tagen und Wochen in Wahrheit nur mehr darauf an, diese Periode der ersten kleinen Koalition, in der wir etwas geleistet und in der wir uns mit Anstand gehalten haben, auch mit Anstand zu Ende zu bringen. Denn — und das sage ich nochmals mit Nachdruck — diese Koalition ist nicht gescheitert, sie geht nur vorzeitig zu Ende. Und wir Freiheitlichen werden aus diesem Ende so oder so einen neuen Anfang machen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 17.18

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Neisser. Ich erteile es ihm.

17.18

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Auflösungsbeschluß des Nationalrates ist kein alltäglicher Tagesordnungspunkt. Eine derartige Diskussion hätte im konkreten Fall die Aufgabe, dem Zuhörer und dem Zuseher klar zu machen, warum die Legislaturperiode zu Ende geht. Im Klartext: Warum die Koalition zwischen den Sozialisten und den Freiheitlichen in Österreich ein Ende gefunden hat.

Ich habe das Gefühl, daß der aufmerksame

Dr. Neisser

Betrachter der heutigen Diskussion, wenn er die Diskussionsbeiträge verfolgt, sich eigentlich nicht ganz klar ist über die Gründe dieser Auflösung. Der Herr Bundeskanzler und der Herr Klubobmann Wille haben gesagt, es sei der Parteitag der FPÖ der Grund dafür gewesen, der Klubobmann der FPÖ, Dr. Frischenschlager, hat den, wie mir scheint, nicht falschen Satz gesagt, der SPÖ sei die Geduld gerissen, und Dr. Stix meinte, es wäre überhaupt kein Anlaß gewesen, die Koalition jetzt aufzulösen, das seien nur vorgeschobene Gründe gewesen.

Nun, Herr Präsident Stix, ob man jetzt sagt, die Koalition ist beendet worden oder sie ist gescheitert, das ist für mich, wenn Sie so wollen, eine semantische Frage. Es kommt doch auf die Ursachen dieses Endes an.

Noch etwas möchte ich zu Ihrer Rede sagen. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, hier zu versuchen, dem Parlament die innere Logik Ihres Parteitages zu erklären, des neuen Parteiprogrammes. Nur, Herr Präsident: Diesen Diskussionsbeitrag sozusagen als Beitrag für die österreichischen Geschichtsbücher der Zweiten Republik zu liefern, das halte ich doch für etwas überzogen. Ihre Rede mag durchaus in den Geschichtsbüchern Erwähnung finden. Nur, glauben Sie mir: Die Zeitgeschichte wird über den Inhalt Ihrer Ausführungen anders urteilen. Es ist in Österreich noch immer so, daß die Geschichtsbücher Gott sei Dank nicht von den Politikern geschrieben und diktiert werden. Das muß ich in Anbetracht einer Rede, die mir etwas eigenartig erschienen ist, wirklich sagen, wobei ich schon Verständnis dafür habe, daß Sie natürlich mit dem Phänomen Ihres Parteitages fertig werden müssen. Das ist Ihre Sache.

Gestatten Sie mir nur eine kleine Anmerkung dazu: Klubobmann Wille hat heute gemeint, politische Parteien hätten die Aufgabe, in der Demokratie auch Kulturinstitutionen zu sein. Wenn man gesehen hat, was von Ihrem Parteitag über die Bildschirme gekommen ist, glaubt man ein bißchen schwer an diese Funktion der politischen Parteien.

Meine Damen und Herren! Mit der heutigen Diskussion geht eine etwas seltsame Gesetzgebungsperiode zu Ende. Ich glaube, daß es eine Reihe von der Politik aufgeschlossenen Zeitgenossen gibt, die froh sind, daß diese Epoche zu Ende geht. Man hat die kleine Koalition sehr oft auch als „Vernunft-ehe“ bezeichnet. Scheidungsgründe gab es

übrigens nicht selten, die Gemeinschaft ist ja schon früher zerrüttet gewesen.

Herr Klubobmann Wille! Ihr Satz von heute, daß es in der Koalition „nie ernstliche Schwierigkeiten“ gegeben hat, stimmt leider nicht. Auch das sei für die Geschichtsbücher der Zweiten Republik gesagt.

Ich bringe nur zwei Beispiele, die Affäre Frischenschlager/Reder, und ich rufe in Erinnerung, daß es im Jahre 1982 einmal eine Aufforderung des Generalsekretärs der Freiheitlichen Partei gegeben hat, Sozialminister Dallinger solle zurücktreten, und der damalige Klubobmann Peter hat gemeint, es sei jetzt wirklich die Frage zu stellen, ob das Verhalten Dallingers noch mit dem Regierungsprogramm vereinbar sei. Also gar so war es nicht, daß die Koalition eine funktionierende Ehe war, wiewohl Sie natürlich das immer darstellen wollten.

Ich erinnere mich an einen Diskussionsbeitrag des Bundeskanzlers Dr. Sinowatz vom 13. Juni 1984 hier im Rahmen einer Dringlichen, in dem er gemeint hat, es gäbe keine Regierungskrise, es gäbe auch keine Koalitionskrise, auch dann nicht, wenn das von Zeit zu Zeit in Zeitungen stehen würde.

Meine Damen und Herren! Bei bestem Willen können Sie diesmal nicht behaupten, daß die Medien schuld daran sind, daß diese Koalition beendet worden ist. Ich glaube, Sie haben zwei grundsätzliche Fehler gemacht. Das gilt für beide Regierungspartner: Ein Fehler war die Selbsttäuschung, und der zweite Fehler war der Stolz. Selbsttäuschung deshalb, weil — wir haben es in diesem Haus ja immer wieder gehört — Sie gemeint haben, Sie machen eine gute Politik, Sie verkaufen sie nur schlecht, es sei ein schlechtes Marketing. Es war für Sie sehr einfach, auch immer sofort die Medien zu attackieren, die immer mehr zu Buhmännern der Koalitionsparteien geworden sind.

Der zweite Fehler war der Stolz. In Ihrer Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 haben Sie gemeint, die Bundesregierung stützt sich auf eine eindeutige und stabile parlamentarische Mehrheit, auf die größte Regierungsmehrheit seit dem Ende der großen Koalition im Jahre 1966. Meine Damen und Herren! Wenn Sie schon die sichere Mehrheit gehabt haben, die größte Mehrheit seit der großen Koalition, warum haben Sie dann nicht jene Entscheidungen getroffen, die die wirklichen Probleme des Landes lösen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Neisser

In Wirklichkeit ist es soweit gekommen, daß diese Regierungspartnerschaft aus Partnern bestanden hat, die sich gegenseitig gelähmt haben. Ich möchte diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne mit gewissen Klischees aufzuräumen.

Es ist heute schon mehrmals gesagt worden, es ist ein Klischee, wenn man sagt, die SPÖ sei wegen des Parteitages der FPÖ aus der Koalition ausgestiegen. Meine Damen und Herren! Haider hat Ihnen einen Vorwand geliefert, einen willkommenen Anlaß, einen billigen plausiblen Vorwand, die Koalition zu beenden, denn die politische Logik in diesem System hat seit dem Kanzlerwechsel schon für Herbstwahlen gesprochen. Jetzt, meine Damen und Herren, haben Sie das Argument dafür erhalten. Ich glaube, auch wenn dieser Parteitag nicht so ausgegangen wäre, wäre im Herbst noch ein anderer Grund gefunden worden, die Koalition zu beenden.

Ich halte es auch nicht für richtig, wenn Sie sagen, es lag an der Person des Herrn Haider. Meine Damen und Herren! Auch der neue Parteiohmann der FPÖ ist in der Lage, sehr rasch politische Wechselschritte zu machen. Er hätte ohne weiteres, wenn Sie es gewünscht hätten, Ihr Programm weitergetragen. Das war nicht das Problem, er hat ja auch als erster gleich empört geschrien, es sei ein Vertragsbruch, den die SPÖ begehe, indem sie jetzt diese Koalition aufkündigt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber auch, man sollte diese Diskussion nicht vorübergehen lassen, ohne die Rolle der FPÖ als kleiner Regierungspartner noch einmal einer grundsätzlichen Untersuchung und Analyse zu unterziehen. Es geht mir dabei keineswegs darum, eine utopische Vision einer kleinen Koalition darzustellen, ein Idealbild, wie sie sein könnte, sondern ich bin durchaus Realist. Es ist völlig klar, daß in einer Regierungspartnerschaft, in der eine große und starke Partei und eine kleine Partei vertreten sind, die politischen Machtgewichte unterschiedlich gestaltet sind. Man muß daher auch die Rolle des Juniorpartners durchaus realistisch einschätzen.

Ich glaube allerdings nicht, daß es ganz so ist, wie es Herr Dr. Haider im Jahr 1984, glaube ich, in einem „Kurier“-Interview gesagt hat. Er sagte damals: Partnerschaft besteht doch aus zwei Funktionen, der dienenden und der führenden. So ist das nicht, es muß nicht nur der eine dienen und der andere führen.

Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, was ich Ihnen hier vorwerfe, ist nicht so sehr, daß Sie diese Ausgangslage nicht verbessern konnten — man kann den Unterschied der Gewichte nicht ausgleichen —, daß Ihnen das nicht gelungen ist, sondern es ist vor allem der Stil, wie Sie zweiter Partner waren.

Meine Damen und Herren von der FPÖ! Sie müssen sich an diesem Tag den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie ein sehr willfähriger Partner waren, daß Sie die Bequemlichkeit des kleinen Partners lange Zeit manifestiert haben. Sie haben heute so großartig Ihr Programm zitiert, ich hätte es an Ihrer Stelle lieber nicht getan. Ich will die Diskussion nicht zu sehr verlängern, aber ich könnte hier eine Stunde lang reden, wie es mit dem Programm der FPÖ ausschaut und wie die Wirklichkeit ausschaut. Da kämen Sie auf unglaubliche Diskrepanzen.

Ich erinnere mich noch an eine Diskussion, die nicht in diesem Saal, sondern außerhalb dieses Hauses stattgefunden hat, bei der ein Mandatar der Sozialistischen Partei gemeint hat, er sei eigentlich überrascht, mit welchem Engagement die Freiheitliche Partei sozialistische Politik mittragen könne. Das ist, meine Damen und Herren, die Realität dieser Koalition gewesen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht gar nicht so sehr um die Verwirklichung Ihrer programmatischen Postulate, sondern es geht darum, daß Sie in Ihrem praktischen politischen Verhalten Ihre eigenen Grundsätze dauernd desavouiert haben, und zwar mit einer Deutlichkeit, die jedem auffällt.

Ich möchte auch damit aufräumen — mir scheint das auch eine Art Legende zu sein —, daß Haider sozusagen der neue Obmann geworden ist, weil man in der FPÖ bewußt einen Ruck nach rechts machen wollte. Nein, man wollte Steger abwählen, weil man erkannt hat, daß das ein Obmann ist, der aufgrund seines Verhaltens in der Regierung und in der Regierungspolitik die Freiheitliche Partei nur mehr in den Abgrund führen kann. Das war die Erkenntnis, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde den Mandataren der FPÖ in diesem Hause empfehlen, vielleicht doch ein bißchen mehr mit Ihrer Basis zu reden. Ich rede oft mit FPÖ-Leuten der sogenannten Basis. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)* Herr Probst, dort hätten Sie die Wahrheit gehört. Ich weiß nicht, wie lange Sie noch Gelegen-

Dr. Neisser

heit haben werden, die Wahrheit zu hören, aber das ist schließlich und endlich Ihre Sache. (*Abg. Probst: ...raufen Sie um die Koalition mit den Sozialisten!*) Ihr Verhalten war halt so charakteristisch. Ich muß Ihnen die Beispiele wieder in Erinnerung rufen, Ihr Verhalten etwa bei der Sparbuchsteuer. Sie haben nicht von Anfang an vorsichtig Position bezogen, sondern Sie haben ganz klar gesagt: Wir bestehen darauf, daß es zu keiner Sparbuchsteuer kommt, da führt kein Weg vorbei. Kurze Zeit danach war es anders.

Ich rufe Ihnen weiters in Erinnerung Ihr Verhalten bei der Entscheidung über das Wiener Konferenzzentrum.

Und schließlich und endlich: Ich hätte mir überhaupt erwartet, daß heute in dieser Debatte etwas stärker auch jene Politiker in Erscheinung treten, die zum Teil die Architekten und Baumeister dieser kleinen Koalition waren, die aber jetzt zum Teil offensichtlich Geschäftsführer eines Abbruchunternehmens werden müssen. Wo ist der Herr Abgeordnete Dr. Steger, bitte, der vor mehr als drei Jahren dem Wähler, nicht mündlich, bei Gelegenheit, so en passant, versprochen hat, er werde sein Mandat zurücklegen? Nein, er hat das schriftlich getan. Er hat es schriftlich getan! — Ein besonderer Beitrag zur politischen „Glaubwürdigkeit“.

Und ich stelle mir auch die Frage: Bitte, wo ist jener Mann, der jahrelang diese Koalition politisch im wahrsten Sinne des Wortes getragen hat? Wo ist der Parteivorsitzende der SPÖ Dr. Sinowatz? Wo sind die Zentralsekretäre Schieder und Marsch, die immer sozusagen als politische Frontsoldaten in wesentlichen Situationen an dieses Pult geschickt wurden? Bedeutet die Absenz dieser Herren etwa, daß sie sich zurücklehnen und zuschauen, was Vranitzky zustande bringt, um dann im geeigneten Zeitpunkt die neue Änderungsdiskussion wieder herbeizuführen? Sie sagen vielleicht Vermutung dazu, vielleicht eine falsche. Aber der Eindruck war schon, daß man zu dieser Vermutung kommen könnte.

Meine Damen und Herren! Und ich muß auch sagen, daß die FPÖ jede Chance verspielt hat, sich wirklich als Kontrollpartei in diesem politischen System zu etablieren. Sie haben jahrelang — und das können Sie selbst alles ohne weiteres sofort nachschauen — in Umfragen relativ gute Ergebnisse gehabt, weil Sie bei den kritischen Wählerschichten das Image gehabt haben, eine Partei zu sein, die auf Kontrolle der Demokratie Wert legt, die sich um Objektivität in den Personalent-

scheidungen bemüht. Bitte, dieses Image ist heute weg! Dieses Image ist heute völlig weg! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Probst! Ich würde Ihnen empfehlen, Ihrem früheren Parteiobmann noch einmal zu sagen ... Ich weiß nicht, ist er jetzt schon auf dem Weg zur „Freiheitlich-freisinnigen Partei“ oder kehrt er wieder zurück? Sie sind ja „großartig“ gewesen, die Ankündigungen: Man geht, aber man kommt gleich wieder! Bitte, alle wird man nicht mehr zurückkommen lassen. Aber, das, Herr Kollege Probst, kann ich Ihnen sagen: Ich bin kein Verteidiger des politischen Proporz, und die beiden Großparteien müssen sich da viel ins Stammbuch schreiben lassen. Aber es ist eine Wählerprovokation, wie das Ihre Partei gemacht hat, nämlich diese Personalpolitik und dann noch von Unabhängigkeit zu reden. Ich könnte Ihnen Listen dazu bringen, Listen.

Sie waren es, die einen Zivilingenieur zum Vizepräsidenten der Nationalbank gemacht haben. Er dürfte dort offensichtlich der Bauberater des Generaldirektors sein. Sie haben Ihren früheren Klubobmann zum Aufsichtsratspräsidenten der Verbundgesellschaft gemacht, und da schätze ich ja fast wieder den Dr. Steger, weil ich mich erinnern kann, daß er in einem Gespräch einmal gesagt hat: Das muß man verstehen, weil eine kleine Partei im Zentrum der Macht sitzen muß. Ja, bitte, das ist wenigstens ein Anflug von Ehrlichkeit gewesen, und ich sage Ihnen: Wenn das stimmt, was ich in den Zeitungen gelesen habe über die Versorgung der beiden Ministersekretäre im Vorstand des Reisebüros, so ist das ein Skandal und ein unwürdiger Abgang für den früheren Obmann Ihrer Partei und derzeitigen Noch-Vizekanzler. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte aber noch etwas anderes sagen. Gerade im Hinblick auf die Schlußausführungen des Dr. Stix, der so gemeint hat, das sei Programm einer liberalen Partei. Meine Damen und Herren! Diese Koalition hat wieder bewiesen, daß es den Liberalismus als eigenständige politische und geistige Kraft in Österreich nicht gibt. Sie hätten vielleicht die Chance dazu gehabt. Sie haben diese Chance aber nicht genützt! Wir haben Liberale, wir haben Liberale in jeder Partei, und je nach dem Gesamtspektrum einer politischen Partei hat dann halt „liberal“ einen anderen Akzent, aber einen Liberalismus als politische Bewegung hat es in diesem Jahrhundert nicht gegeben und wird es, bitte, auf Grund der Erfahrungen, die man mit dieser Koalition

Dr. Neisser

gemacht hat, sicherlich in den nächsten Jahrzehnten in diesem Land nicht geben.

Meine Damen und Herren! Man sollte aber, abgesehen von der Rolle des kleinen Regierungspartners in dieser Koalitionsregierung, doch noch auf ein paar andere Fakten hinweisen, die für diese Koalitionsregierung signifikant waren. Sie haben eine Reihe von Programmen nicht verwirklicht. Sie haben wesentliche Problemlösungen vor sich hergeschoben. Lassen Sie mich das noch an Hand von zwei Beispielen aus der heutigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers verdeutlichen, die im übrigen, Herr Bundeskanzler, das muß ich sagen, deshalb enttäuschend war, weil Sie sich in diesem Stil der allgemeinen pathetischen Ankündigung eigentlich in nichts unterschieden hat von den Ankündigungen und Erklärungen Ihres Vorgängers. Und das bedauere ich, denn wenn Sie wirklich so an der gemeinsamen Lösung der Probleme interessiert wären, hätte das ein bißchen etwas von Visionärem für die Zukunft enthalten müssen. Aber vielleicht müssen erst die verschiedenen Zukunftswerkstätten und -kommissionen koordiniert werden. Es ist das ja heute schon mehrmals erwähnt worden. Ich finde das großartig und legitim. Das sollte jede Partei tun.

Nur, bei der SPÖ habe ich fast das Gefühl, es wird hier sozusagen ein bißerl zu breit angelegt. Da gibt es eine Zukunftskommission. Dann gibt es für den Kollegen Cap die Zukunftswerkstätte. Dann hat Dr. Fischer gesagt, die SPÖ brauche ein Zukunftsmanifest. Dr. Sinowatz hat vor ein paar Wochen zur Erneuerungsdiskussion aufgerufen. Sehr schön, eine Vielfalt! Nur, Herr Kollege Kapaun — Sie kommen ja nach mir dran —, vielleicht darf ich Ihnen den Rat geben: Könnte die Partei nicht eine Zukunftskommission über die Zukunft der Zukunftskommissionen einsetzen, um eine gewisse Koordination hier zu bringen? *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich das mit zwei Beispielen an Hand der heutigen Erklärung des Bundeskanzlers noch einmal verdeutlichen. Ich höre von ihm: Notwendig ist die Straffung der Technologiepolitik, der Technologieförderung, um die Mittel der Forschung effizienter einzusetzen. Eine Forderung, die jahrelang von diesem Pult aus und an anderer Stelle auch von uns aufgestellt worden ist.

Der Herr Wissenschaftsminister, der heute hier auf der Regierungsbank saß, hat über-

haupt keine Schwierigkeiten gehabt, das schon längst zu realisieren.

Oder: Ich warne Sie auch vor übertriebenem Optimismus. Ein Beispiel: Wenn in Ihrer Erklärung heute sozusagen drinnensteht, es gäbe große Chancen, daß es jetzt in der Südtirolfrage endlich zu einer Bereinigung und zu einer zufriedenstellenden Durchführung käme, so muß ich dazu sagen: Herr Bundeskanzler, das, was heute hier geboten war, ist lediglich die Tatsache, daß die nunmehr drei Jahre dauernden Bemühungen — es ist richtig, daß es kaum eine so lange Regierungskontinuität gegeben hat auf italienischer Seite wie jetzt durch Bettino Craxi — letztlich auch nur bei Versprechungen angelangt sind. Und mit Versprechungen allein werden wir uns nicht mehr zufriedengeben können, konnten wir nie, aber werden wir in Zukunft noch weniger können.

Meine Damen und Herren! Wir sollen auch nicht vergessen — und ich möchte das sagen, weil ich natürlich auch in der heutigen Diskussion das Gefühl habe, daß man sehr gern über diese Koalitionsjahre den Schleier des Vergessens ausbreiten möchte —, daß wir die umbildungsfreudigste Regierung hatten, die es in der Zweiten Republik je gegeben hat. Drei Jahre — fünf Regierungsumbildungen! Jedesmal ein „Wunschteam“! Auch die fünfte Regierungsumbildung am 18. Juni dieses Jahres wurde so deklariert — so stand es zumindest in der „Arbeiter-Zeitung“ —: „Jetzt das Wunschteam für die Wahlen.“ Also eine Ära der Wunschteams, muß man sagen.

In Wirklichkeit war es ein Kommen und Gehen. Die Rotationsgeschwindigkeit der Minister und der Regierungsmitglieder ist gesteigert worden. Das hat seine Gründe gehabt, parteipolitische Gründe und so weiter. Und es stimmt auch nicht, wie Präsident Stix gesagt hat, daß Frischenschlager sozusagen gegangen ist, weil man einen Klubobmann gebraucht hat. Jeder, der auch um die innerparteiliche Stimmung in der SPÖ gewußt hat nach der Frischenschlager-Reder-Affäre, merkte, daß das ein Stein des Anstoßes in der Koalition gewesen ist, und man hat halt das mit einem gewissen „timelag“, wie es so schön heißt, mit einer gewissen Verzögerung, bereinigt.

Natürlich kann man eine Regierungsmannschaft immer umbilden. Das ist schon richtig. Nur, ich sage Ihnen folgendes: Es ist das wirklich auf Kosten der Regierungsqualität gegangen. Es hat ja Minister gegeben, die erstens überrascht waren von der Übernahme ihres

Dr. Neisser

Amtes und nicht in der Lage waren, wirklich ein sinnvolles Konzept, ein Regierungsprogramm zu erarbeiten.

Es ist auch keine gute Entwicklung gewesen, daß die Motive für die Berufung zu einem Regierungsamt eigentlich in der Partei selbst gelegen sind. Ich habe es nach wie vor für keine gute Lösung gehalten, daß Sie Blecha und Fischer in die Regierung geholt haben, weil Bundeskanzler Sinowatz sie unter seine Fittiche nehmen wollte. Bitte, wir haben ja die Auswirkungen erlebt. Wir hatten einen Wissenschaftsminister, der hauptamtlich Koalitionsfunktionär war und im Wissenschaftsministerium bestenfalls eine Nebenbetätigung gesehen hat. Das ist bei Gott keine erfreuliche Entwicklung, ebenso wie es sicher auch problematisch war, nur weil Sie eine Frau in der Regierung brauchten, halt dann wieder ein Familienministerium zu installieren.

Meine Damen und Herren! Die Erbschaft dieser rot-blauen Koalition ist gigantisch. Das ist heute wieder vor allem in den Beiträgen meiner Freunde Josef Taus und Lichal deutlich geworden. Die Erbschaft, die die große Hypothek der Lösung der wirtschafts- und budgetpolitischen Probleme beinhaltet. Ich möchte darauf hinweisen, daß das sehr sensible Bereiche sind.

Es geht natürlich um eine gewisse Abrechnung. Das ist gar keine Frage: 16 Jahre sozialistischer Weg, der halt in den letzten drei Jahren mitgetragen wurde von einer kleinen Partei.

Meine Damen und Herren! Wir können als Fraktion und als Partei in diesem Haus für uns in Anspruch nehmen, daß wir die Initiativen für die Weiterführung der demokratiepolitischen Diskussion geliefert haben, durch mehrfache Anträge und Aktivitäten.

Was mich immer bedrückt hat, im wahrsten Sinne des Wortes, war nicht, daß Sie anderer Meinung waren in der Frage des Wahlrechtes oder in der Frage der direkten Demokratie, sondern was bedrückend war, war eigentlich der Stil der Diskussion.

Man hat uns in wesentlichen Dingen die inhaltliche Diskussion verweigert. Wir sind hier mit Ihrer Mehrheit niedergestimmt worden, bei den Fristsetzungsanträgen, bei den inhaltlichen Diskussionen. Und jetzt entdecken Sie plötzlich von Ihrer Seite: Wahlrechtsreform, direkte Demokratie. Auch hier gilt das, was jemand anderer heute an diesem

Pult schon gesagt hat: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ob das von Ihnen ernst gemeint ist, das werden ja die nächsten Monate zeigen.

Meine Damen und Herren! Es ist auch hier noch einmal Kritik anzubringen an Ihrem Verhalten im Parlament. Mir ist vollkommen klar — auch hier bin ich kein Utopist oder Idealist, der die reine Theorie des Parlamentarismus vertritt —, daß es zwischen Regierung und Regierungsfraktion im Parlament natürlich eine Interessengemeinschaft, eine Einheit gibt.

Meine Damen und Herren! Hier allerdings auch wieder die Stilfrage, die zu kritisieren ist. Ich glaube, es hat noch keine Legislaturperiode in dieser Zweiten Republik gegeben, in der diese Einheit zwischen Regierung und Regierungsfraktion in einer so seltenen Geschlossenheit demonstriert wurde.

Wir haben das praktisch bis zum letzten Tag erlebt. Wenn Sie sich nur — ich habe mir in den letzten Wochen die Mühe gemacht — die Protokolle über die Fragestunden anschauen. Es ist unglaublich, meine Damen und Herren, was hier sozusagen an Überheblichkeit, an Diskussionsverweigerungen, an Abschmettern gekommen ist. Andererseits sind von den Regierungsfractionen Fragen gestellt worden, die man ohne weiteres auch in einem Buch hätte nachlesen können. Es sind Fragen gestellt worden, die dazu gedient haben, sich die politische Information im Wege der Verwaltung zu beschaffen. Ich habe die Anfragen — sie sind wieder gekommen — alle schon hier einmal genannt: Was hat die Regierung für eine Region getan? Was hat sie für bestimmte Bevölkerungsgruppen getan?, und dergleichen mehr.

Meine Damen und Herren! Es ging hier nicht um die Frage des Parteipolitikers, sondern es ging vor allem um die Frage, daß der Parlamentarier nach außen hin doch auch die Rolle des Volksvertreters — das soll etwas mehr als Parteienvertreter sein — wahrzunehmen hat.

Es ist auch kein Ruhmesblatt in der Demokratiegeschichte dieser Republik, daß sämtliche Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen — sechs solche sind insgesamt von uns eingebracht worden; ein breites Spektrum: Sekanina, Androsch, Weinskandal, VOEST und dergleichen — niedergestimmt worden sind, zum Großteil sogar ohne plausible Begründung. Die Mehrheit kann

Dr. Neisser

sich's richten — das ist der Eindruck, den man gehabt hat.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas sagen, was mit dem Rollenverständnis des Parlaments und des Parlamentariers zusammenhängt, das ist die Frage Partei und Staat.

Es wurde Ihnen oft hier der berühmte Sinowatz-Satz vorgehalten: Die Partei ist alles! Durch die Partei bin ich alles geworden! Sie reagieren sehr sensibel und zum Teil nervös. Aber ich sage Ihnen: Da hat sich die politische Landschaft in Österreich in den letzten Jahren nicht unerheblich, und zwar nicht zum Guten, verändert. *(Beifall bei der ÖVP.)* Man hat den Eindruck, daß ohne Rücksicht auf das Ansehen des Staates und der Institutionen dieser Republik, die keine Erbpacht politischer Parteien sind, Parteikonflikte ausgetragen worden sind.

Der Konflikt Kreisky-Androsch war für mich das deutlichste Beispiel dafür. Mir ist völlig klar, wenn wir heute als Politiker — und wir sind alle durch eine Partei hier hereingekommen und letztlich durch eine Partei etwas geworden; das kann nicht abgestritten werden — vom Rückzug der politischen Parteien und vom Zurückdrängen des Einflusses der Parteien reden, so ist das für uns alle ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das ist gar keine Frage.

Wir werden dieses Problem auch nicht von heute auf morgen lösen können. Eine Demokratie braucht immer politische Parteien. Sie darf aber von den politischen Parteien nicht aufgesogen werden. Die politischen Parteien sollen die Brücke zwischen Bürger und Staat bilden, sie sollen nicht Selbstzweck sein. Das müssen wir uns in Erinnerung rufen und dazu müßten wir kleine, aber wirksame und glaubwürdige Schritte setzen.

Klubobmann Wille hat am 18. Juni anläßlich der Regierungsumbildung gesagt: „Wir bekennen uns zur Entpolitisierung, wie wir sie verstanden haben, nämlich daß die Parteien keinen Einfluß auf die Besetzung der Organe nehmen, daß die Organe nach objektiven Kriterien besetzt werden.“ 18. Juni 1986, ein Bekenntnis des Klubobmannes der SPÖ. Wenige Wochen danach erfolgte das praktische und gegenteilige Beispiel: die Ernennung des ORF-Generalintendanten. — Sehen Sie, das ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch folgendes sagen: Ich glaube, wir sollten

daran gehen, nicht nur die Rolle des Staates von den Aufgaben her neu zu definieren, sondern wir sollten uns überlegen, was wir tun könnten, damit der Staat als umfassende Einheit, als umfassendes Band wieder eine Basis dieser Republik wird.

Unter diesem Gesichtspunkt ist Organisationsreform und Verwaltungsreform sicherlich viel, viel mehr als Einsparungsdiskussion, als Zweckmäßigkeitsdiskussion. Wir müssen uns die Frage stellen — leider sind es 16 Jahre Ihrer Politik, die hier manches geändert haben —: Ist die Verwaltung von ihrem Selbstverständnis her noch in der Lage, sozusagen Hort der Unabhängigkeit zu sein? Wobei ich hier auch nicht übertreiben und ein Utopist sein will: In einem Parteienstaat ist auch die staatliche Verwaltung natürlich immer eine Einflußsphäre der politischen Parteien. Nur, meine Damen und Herren, hier sind die Grenzen zu setzen.

Ich habe hier schon einmal gesagt, es hat sich in den letzten Jahren hier etwas entwickelt, was nicht sehr gut ist: Das ist das Hineinregieren der Parteien und der politischen Einrichtungen in die Verwaltung selbst.

Ich bin voll dafür, daß jeder Minister, der auch eine Parteifunktion hat, einen Kreis von Vertrauten um sich sammelt, die sozusagen die Transmissionsriemen in die Politik, zur Partei sein müssen. Ich bin aber dagegen, daß diese Apparate anfangen, systematisch als Desintegrationsfaktoren in der gewachsenen Verwaltung zu wirken.

Dieser Vorwurf ist Ihnen zu machen. Man darf nicht generalisieren, aber, Herr Kollege, da sind zum Teil auch Personen berufen worden, denen ich die Qualifikation abspreche. Da hat sich ein Mittelfeld der Mediokrität breitgemacht. Das schadet letztlich der Verwaltung, abgesehen davon, daß es Unruhe hineinträgt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Wahlen am 23. November 1986 stehen in einer datumsmäßigen Nähe der historischen ersten Nationalratswahl der Zweiten Republik vom 25. November 1945.

Damals, im Jahr 1945, standen diese Wahlen — die ÖVP hat die absolute Mehrheit gewonnen, hat aber aus der besonderen Situation heraus trotzdem eine Koalitionsregierung gebildet — unter der Herausforderung, in eine neue Phase des Wiederaufbaues einzutreten, eine Epoche der Selbstfindung als Staat und als demokratische Gesellschaft zu

Dr. Neisser

begründen. Die historische Ausgangslage ist heute natürlich von den realen Komponenten her eine völlig andere, aber manches von der damaligen Herausforderung, eine neue Epoche der Selbstfindung des Staates und der Gesellschaft einzuleiten, ist gleichgeblieben.

Es ist in der Tat so, wie ein Journalist unlängst geschrieben hat: Notwendig wäre eine Entlüftung Österreichs, eine frische Luft in den Institutionen, in den verschiedensten Bereichen der Politik und natürlich auch in den politischen Parteien.

Diese Herausforderung können wir nicht allein erfüllen, wenn wir jetzt in eine großangelegte Zukunftsdiskussion eintreten. In der Tat wird die Politik der Zukunft in erhöhtem Maße daran gemessen werden, ob sie in der Lage ist, die Erwartungslage der jungen Bürger in unserem Staat zu erkennen und demgemäß zu handeln.

Wenn Sie sich heute die allgemeinen Umfragen über den Wertewandel im gesellschaftlichen Bewußtsein anschauen, so werden Sie merken, daß sich da sehr deutliche Präferenzen etwa in der Richtung herauskristallisieren, daß wir zuviel Staat haben, daß wir für den einzelnen mehr Freiheit brauchen, daß wir weg vom „Überstaat“ sollten.

Das ist, meine Damen und Herren, die Wende der Politik, gegen den überwucherten Etatismus und Egalitarismus anzukämpfen. Es sind in der Tat wahrscheinlich markante Verschiebungen, die sich in den globalen Wertorientierungen der Gesellschaft zeigen. Darauf muß eine Regierungspartei in Zukunft Rücksicht nehmen.

Welche Parteien immer nach dem 23. November dieses Jahres die Regierungsverantwortung tragen werden: Sie müssen rasch handeln, sie müssen eine Zukunftsorientierung haben, dann finden wir wieder neue Wege für dieses Land, die durch die bisherige Koalition — das zeigen zahllose Beispiele — nicht gefunden werden konnten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.51

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Kapaun. Ich erteile es ihm.

17.51

Abgeordneter Dr. **Kapaun** (SPÖ): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, daß heute am Ende dieser Diskussion der Auflösungsbeschluß für den Nationalrat stehen wird, diese Gesetzgebungsperiode wird

damit vorzeitig beendet. Alle Vertreter der Parteien, die hier an dieses Pult geschickt wurden, die an dieses Pult getreten sind, haben versucht, ihren Standpunkt, ihre Startposition für die Wahlauseinandersetzung am 23. November in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Opposition naturgemäß in etwas radikalerer Weise — der Herr Parteibuchmann Mock hat ja ein typisches Beispiel dafür gegeben, was Wahlauseinandersetzung bedeutet und daß man es dann oft mit der Sachlichkeit nicht so genau nimmt.

Der Herr Abgeordnete Neisser hat sein Lieblingsthema, die Demokratiereform, wobei ich ihm sehr gerne zuhöre, geritten, er hat aber gleichzeitig auch seine Sorge um den politischen Einfluß der Parteien in der Verwaltung zum Ausdruck gebracht.

Ich bin älter, Kollege Neisser, ich war schon mit meinem Studium fertig, und ich kann mich an die damaligen Verhältnisse in meinem Heimatland erinnern. Es war halt furchtbar schwierig zur damaligen Zeit, wenn man nicht das „richtige“ Parteibuch hatte, einen Posten in der öffentlichen Verwaltung in unserem Lande zu bekommen. Es war schwierig, und es ist in anderen Ländern noch immer schwierig. *(Abg. Helmut Wolf: Bei weitem nicht so schwer wie heute!)*

Kollege Wolf, ich möchte nicht urteilen, wann es schwieriger war: heute oder gestern. Ich möchte dem Kollegen Neisser nur beipflichten, daß diese Zustände nicht wiederkehren sollen. Aber, lieber Herr Kollege Neisser, es wäre halt angebracht, wenn jeder vor seiner eigenen Tür kehren und nicht den Versuch unternehmen würde, dem anderen das, was er getan hat, in die Schuhe zu schieben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mit seinen einleitenden Worten hat Bundeskanzler Vranitzky recht gehabt: Die Opposition betreibt Schwarzmalerei, sie versucht, die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes in den düstersten Farben zu schildern. Ich möchte nicht bestreiten, um das gleich an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen und um alle Irrtümer zu vermeiden: Die verstaatlichte Industrie hat große Schwierigkeiten. Es soll aber nicht vergessen werden, daß die verstaatlichte Industrie Österreichs nur ein Teil, ein relativ großer Teil, ein bedeutender Teil, aber doch nur ein Teil unserer Wirtschaft ist. Wir müssen, wenn wir die Gesamtsituation in unserer Wirtschaft betrachten, alle Wirtschaftsdaten, alle Zahlen heranziehen, die uns Auskunft geben können, wie es um unsere Wirtschaft bestellt ist.

Dr. Kapaun

Wir haben im Jahre 1950 1 941 000 unselbstständig Beschäftigte in Österreich gehabt. Am Ende der großen Koalition, im Jahre 1966, waren in Österreich 2 386 000 Menschen im Jahresdurchschnitt beschäftigt. Diese Zahl ist bis 1970 geringfügig, und zwar auf 2 389 000, gestiegen und hat sich im Jahresdurchschnitt 1985 auf 2 759 000 erhöht. Wir hatten heuer in der Mitte des Jahres einen Beschäftigtenstand von 2 850 000 Menschen.

Es ist richtig, was Kollege Taus gesagt hat: daß auf der einen Seite die Zahl der unselbstständig Beschäftigten gestiegen ist, auf der anderen Seite aber Beschäftigungsmöglichkeiten im Selbständigenbereich nicht in dem Maße gegeben sind. Aber das sind soziologische Veränderungen, mit denen wir rechnen müssen. Wir können niemandem die Schuld dafür geben, daß es eben attraktiver geworden ist, als Arbeitnehmer seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Es ist das eben für die Menschen in unserem Lande attraktiver geworden, und die Entwicklung können wir nicht nach unserem Wunschdenken beeinflussen.

Ich möchte auch auf weitere Wirtschaftsdaten der Jahre 1985/86 hinweisen. Die Preissteigerungen haben sich auf einem Stand von 1,5 bis 2 Prozent eingependelt. Die Leistungsbilanz wird nach den Prognosen im heurigen Jahr einen Überschuß aufweisen. Das Realinkommen ist um 3 Prozent höher. Das Wirtschaftswachstum wird nach der Prognose im Jahre 1986 um 2 Prozent steigen.

Ich meine damit folgendes, meine Damen und Herren — und das sollten wir der Öffentlichkeit auch sagen —: Wir sollen unsere Wirtschaft nicht schlechtmachen. Wir stehen in einem harten internationalen Konkurrenzkampf, und wir können uns in diesem internationalen Konkurrenzkampf behaupten. Unsere Wirtschaftsdaten weisen unser Land im Spitzenfeld der europäischen Industriestaaten aus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, unsere Wirtschaft hat keinen Vergleich mit der Wirtschaft anderer freier Industriestaaten zu scheuen.

Gestatten Sie mir nun ein kurzes Wort zur Krise in der Verstaatlichten, die sicherlich auf die steirische Landtagswahl vom vergangenen Sonntag Einfluß genommen hat.

Gestatten Sie mir, daß ich die Krise in der verstaatlichten Industrie auf das Maß zurechtrücke, wie dies auch der Bundeskanz-

ler in seiner Rede getan hat. Der Bundeskanzler hat heute in seiner Rede ausgeführt.

„Unsere verstaatlichte Industrie ist heute nicht deswegen in der Krise, weil sie verstaatlicht ist, sondern deswegen, weil aus heutiger Sicht auf grundlegende Veränderungen auf den Weltmärkten nicht rechtzeitig oder in falscher Weise reagiert wurde und weil die Eisen- und Stahlindustrie weltweit eine krisenhafte Entwicklung genommen hat.“ — Zwei Faktoren.

Es wird nicht in Abrede gestellt, daß in der verstaatlichten Industrie Entscheidungen nicht rechtzeitig oder nicht mit Rücksichtnahme auf die Weltmarktsituation getroffen wurde, aber gleichzeitig muß auch darauf hingewiesen werden, daß sich die gesamte Stahlindustrie in der ganzen Welt in einer Krise befindet. Diese Krise macht vor den Toren Österreichs nicht halt und diese Krise nimmt naturgemäß auch Einfluß auf unsere Stahlindustrie.

Ein paar Beispiele aus der näheren Umgebung: Der Konzern ARBED im Saarland war jahrelang in riesengroßen Schwierigkeiten. Nur unter großen Aufwendungen von finanziellen Mitteln ist es der deutschen Regierung gelungen, diesen Konzern wieder halbwegs in Ordnung zu bringen.

Ich darf Ihnen von einem deutschen Industriekonzern eine kurze Mitteilung aus dem „Spiegel“, Nummer 37 vom 8. September 1986, zu Gehör bringen. Sie betrifft den Mannesmann-Konzern in Deutschland. Dort heißt es:

„Seit 1970 ist bereits die Hälfte ausgeschieden. Jetzt müssen noch mehr gehen. Mannesmann-Chef Dieter kündigte bereits einen Personalabbau bis Ende 1987 um weitere 6 500 Stellen an.“

Meine Damen und Herren! Was wollte ich damit sagen? Ich wollte Ihnen damit demonstrieren, daß die Diskussion, ob privat oder Staat, sicherlich von ideologischem Interesse sein kann, aber in der Praxis, in der Wirtschaft, nicht diese Bedeutung hat, wie sie ihr zugemessen wird oder wie man ihr angeblich zuessen will. Die Krise macht vor der Privatwirtschaft genauso wenig halt wie vor den verstaatlichten Betrieben. Alle Betriebe, die von der Krise erfaßt sind, die strukturelle Mängel aufweisen, werden eben von diesen internationalen Erscheinungen betroffen.

Und nun noch ein kurzes Wort zu den steirischen Wahlen. Ich möchte ausdrücklich fest-

13504

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Dr. Kapaun

stellen, daß ich den Erfolg der ÖVP in der Steiermark nicht in Abrede stelle und genauso unsere schmerzliche Niederlage zur Kenntnis nehmen muß.

Aber liebe Freunde! Meine Damen und Herren! In der „Presse“ vom 22. September ist ein interessanter Kommentar von Dieter Lenhardt zu dieser Wahl und zu den Vorgängen rings um diese Wahl enthalten.

Dieter Lenhardt schreibt:

„Außerdem führte dieser Josef Krainer, was ihm sogar eigene vorausschauende Parteifreunde übelnahmen, einen brutalen Kampf gegen das VOEST-Sanierungskonzept. In der Steiermark hat es gegriffen, dort ist die Spekulation mit der blanken Arbeitsplatzangst aufgegangen.“

Ich möchte daraus zwei Schlüsse ziehen: Die „vorausschauenden Parteifreunde“ des Josef Krainer habe ich heute hier beim Pult nicht gesehen, die sich dazu bekannt hätten, daß die Maßnahmen, über die man diskutieren kann, notwendig sind im Interesse der VOEST und der dort Beschäftigten.

Genauso ist es mir nicht neu, daß die Spekulation mit der Angst der Menschen im Wahlkampf immer wieder geführt wurde. Wir haben sehr viele Beispiele dafür, und ich möchte nur eines bitten: Möge dieser kurze Wahlkampf die Spekulation mit der Angst der Menschen in diesem Lande verhindern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Rundherum dieses Wahlkampfes gab es auch den offensichtlichen Opportunismus, die offensichtliche politische Aussage nach ihrer politischen Nützlichkeit.

Landeshauptmann Krainer verlangte von der Bundesregierung, von allen Bürgern und allen Ländern Österreichs ein Solidaritätsopfer für die Obersteiermark. Von seinem Standpunkt als Landeshauptmann aus gesehen ein durchaus berechtigtes Begehren — und das wird sicherlich seinen Einfluß bei dieser Wahl vom vergangenen Sonntag gehabt haben.

Gleichzeitig verlangt sein Parteifreund Gabriel Wagner aus dem Burgenland die gleiche Förderung für das Burgenland, und zwar im Hinblick darauf, daß das Burgenland gegenüber der Steiermark nicht benachteiligt werden dürfe. Jeder verlangt das, wovon er glaubt, daß es bei seinen Wählern ankommt,

und nimmt nicht Rücksicht auf das, was nach Auffassung anderer Priorität haben sollte.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht nur mit den Problemen der verstaatlichten Industrie beschäftigen, sondern wir müssen sehen, daß die strukturellen Probleme nicht nur in der verstaatlichten Industrie bestehen, sondern daß es auch andere Wirtschaftszweige und andere gesellschaftliche Zweige in unserem Lande gibt, die von strukturellen Problemen beeinflusst werden. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Im „trend“ vom Oktober 1986 stand unter dem Artikel „Wahnsinn Landwirtschaft: Sind die Bauern noch zu retten?“ ein langer, dreizehn Seiten umfassender Artikel, der sich mit den Problemen der Landwirtschaft befaßte.

Ich will daraus nur kurz zitieren:

„Unter den Geschichten, die in dieser Republik passieren, ist jene von den Bauern wahrscheinlich die wildeste. Sie schlägt die Verstaatlichtentragödie auf allen drei Hauptlinien: Es geht um mehr Geld, viel mehr Arbeitsplätze und um ein wenig Zukunft für alle. Die VOEST hat in der Katastrophenform des Vorjahres 11,8 Milliarden Schilling ‚verjankert‘, die Agrarier hingegen verbrauchen in guten wie in schlechten Jahren nicht unter 40 Milliarden Schilling.“

Ich will mich zu diesen Zahlen und zu der Hingabe dieser Mittel nicht äußern, weil ich glaube, alles, was für unsere Landwirtschaft geschehen ist, wurde auch von meiner Partei mitbeschlossen, und ich habe daher zu diesen Ausgaben zu stehen.

Ich möchte dieses Beispiel nur deswegen erwähnen, weil wir auch hier einen weiten Bereich unserer Wirtschaft haben, der viel Geld kostet, in den viel Geld investiert wird, wobei wir aber noch nicht das Ende, das Licht im Tunnel sehen. Wir wissen, daß wir jährlich große Summen, viele Geldmittel in die Landwirtschaft investieren, und wissen aber auch gleichzeitig, daß wir das angestrebte Ziel der selbständigen Landwirtschaft nicht erreichen werden können, wenn es uns nicht gelingt, die Landwirtschaft in Ordnung zu bringen, wenn es uns nicht gelingt, in der Landwirtschaft die wirtschaftliche Gesundung der Betriebe herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte darauf hinweisen: Auch hier haben wir es nicht mit einem österreichspezifischen Problem zu

Dr. Kapaun

tun. Die Probleme der Landwirtschaft gibt es in ganz Europa, in der ganzen westlichen Welt. Es handelt sich genauso um ein Strukturproblem, es handelt sich genauso um ein Problem, das international ist, das man daher großzügig und großräumig behandeln müßte und dem man genau die gleiche Aufmerksamkeit widmen müßte, wie man sie anderen Problemen widmen will.

Ich glaube, wir müssen alle die wirtschaftliche Gesundheit der Landwirtschaft zum Ziel unserer Förderung machen, und wir müssen danach trachten, daß der Bauer nicht weiterhin zum Kostgänger des Staates gemacht wird, sondern er soll seine Selbsterhaltungsfähigkeit durch entsprechende Zuführung von Mitteln erhalten, aber es darf dies nicht ein Faß ohne Boden sein, es müssen auch auf diesem Gebiet Konzepte geschaffen werden.

Gestatten Sie mir folgende Bemerkung, meine Damen und Herren von der ÖVP: In der Landwirtschaft sind alle Entscheidungsgremien zu Ihrer Disposition: von den Bauern, von den Bauernorganisationen bis zu den Raiffeisen-Organisationen und zum Genossenschaftswesen. Ich glaube, es wäre für Sie eine lohnende Aufgabe, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten, wie wir aus dieser schwierigen Situation kommen können, die uns alle viel Geld kostet und wo es bisher zu keinem Erfolg gekommen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, sowohl bei der verstaatlichten Industrie als auch bei der Landwirtschaft ist ersichtlich: Demagogie nützt bei der Lösung von Strukturproblemen nichts. Sachliche Arbeit ist erforderlich, um zu Lösungen zu kommen.

Ein weiteres Problem steht an, das wir in der kommenden Legislaturperiode lösen werden müssen, da uns die Zeit dazu drängt: die Neuordnung der Pensionsfinanzierung. Heute hat schon Klubobmann Wille darauf hingewiesen, welche Fakten die Veränderung im Finanzierungssystem der Pensionsversicherung bedingen. Auch ein Debattenbeitrag eines Kollegen von der ÖVP — ich weiß jetzt nicht, welcher Kollege das genau war — hat davon gehandelt.

Ich glaube aber auch, daß man sehen muß, daß die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft ihre Auswirkungen auf die Pensionsversicherung, auf die Finanzierung der Pensionsversicherung haben. Die Pensionsversicherung wird nicht nur dadurch verstärkt in Anspruch genommen, daß die Men-

schen heute eine längere Lebenserwartung haben, sondern auch die Tatsache, daß ein großer Teil unseres Vermögens, unserer Wirtschaft, von Robotern, von Computern erworben und geschaffen wird, spielt dabei eine Rolle. Solche Einrichtungen brauchen eben keine Versicherung, aber die Menschen, die damit beschäftigt sind, müssen eine entsprechende Versicherung haben. Durch solche Einrichtungen unserer Wirtschaft, die notwendig sind, um im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen, wird eben das Beitragsaufkommen verschoben, und es muß versucht werden, ein neues System einer gerechten Beitragsfinanzierung zu erstellen.

Die neue Technologie — das sehen wir — schafft neue Probleme, mit denen wir in der kommenden Legislaturperiode fertig werden müssen. Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten wollen diese Probleme lösen. Wir sagen dies heute mit aller Deutlichkeit am Ende dieser Legislaturperiode, am Beginn der Wahlauseinandersetzung. Es sollen die besseren Ideen am 23. November entscheiden.

Wir wollen eine sachliche Zusammenarbeit mit allen Demokraten in diesem Hause. Wir wollen, daß der Wahlkampf keine unüberbrückbaren Gräben aufreißt. Wir wollen, daß die Demokratie auch nach dem 23. November in unserem Staate Österreich fleckenlos erhalten bleibt. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.08

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Steinbauer.

18.08

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir stehen am Ende einer Debatte über die Auflösung dieser Regierung und über die Auflösung des Nationalrates und eigentlich haben wir erwartet, daß sich der Parteivorsitzende jener Partei, die hier den Auflösungsbeschluß so vehement will, zu Wort meldet.

Wir bedauern an und für sich, daß sich Parteivorsitzender Sinowatz nicht zu Wort gemeldet hat, um zu erklären, warum Vranitzky nur mehr von der Zukunft und nicht von der Vergangenheit redet, um ein bißchen Aufklärung zu geben, warum diese Auflösung plötzlich notwendig ist. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich glaube, es ist wirklich eine Auflösung, der Zerfall, das Zerrinnen einer Regierung. Wenn Sie in die Geschichte der österreichischen Zweiten Republik zurückgehen: Solch ein Auseinanderrinnen einer Regierung, ein

13506

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Steinbauer

Hinüberwechseln in die vage und vom Wähler noch zu beantwortende Frage der Wahl hat es ja wirklich noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik gegeben.

Als ich mir heute die Ministerbank angesehen habe, so habe ich bemerkt, daß das doch eine sehr ruinöse Angelegenheit war: Da saßen Minister, von denen man eigentlich nicht weiß, ob sie noch vor einer Woche wollten, daß sie da sitzen. Da saß immerhin ein Vizekanzler, von dem man eigentlich noch vor einer Woche nicht wußte, ob er demnächst eine eigene Partei gründen wird. Da saßen Parteifreunde und vielleicht Noch-Parteifreunde nebeneinander. Da saßen Sozialisten, von denen wir wissen, daß sie eigentlich gar nicht Minister sein wollten, die zögerten schon vor der Angelobung dieser Regierung, ob sie in dieses Boot noch hineinkommen sollten. Und da saß ein Bundeskanzler, der ja — und das muß man auch in aller Trockenheit einmal sagen — innerhalb der eigenen Partei nicht unumstritten ist. (*Abg. K ö c k: Geh'n S' hör'n S' auf! — Abg. Ing. H o b l: Das hätten Sie gerne!*)

Diese Frage beantworte ich Ihnen gerne. Die Unruhe in Ihren Reihen verrät, daß wir hier auf gewisse Nervenstränge gekommen sind.

Ein Bundeskanzler, von dem immerhin schon öffentlich bekannt ist (*Abg. M ü h l b a c h e r: Ich habe nicht gewußt, daß das ein Nervenstrang ist!*) — bitte, hören Sie mich an, bevor Sie unruhig werden (*Abg. Ing. H o b l: Wir hören ohnehin zu, nur weiterreden!*) —, daß er nicht in allen Fragen das Sagen hat, sondern daß es durchaus Fragen gibt, die der Parteiboss ohne ihn klärt. Der Vorfall im ORF ist ein gutes Beispiel dafür gewesen. Da hat ja der Bundeskanzler offenkundig nicht das durchsetzen können, was er wollte, sondern da hat die Parteizentrale vergattert und angeordnet. (*Abg. Ing. H o b l: Wie viele ÖVPlar haben denn da für Podgorski gestimmt? Wen haben Sie denn da stimmen lassen?*)

Oder ein Bundeskanzler, von dem der linke Flügel eigentlich schon erklärt hat, er gehe in die Opposition. Also dieser linke Flügel von Ihnen will ja mit dem Bundeskanzler gar nicht mehr weiterleben nach den nächsten Nationalratswahlen. Das haben ja prominente Vertreter des linken Flügels öffentlich erklärt, nicht die ehemaligen prominenten Vertreter des linken Flügels, die jetzt hier zu hohen Mandatsehren gekommen sind, sondern die übrigen Führer Ihres linken Flügels;

Berger und wie sie alle heißen. Natürlich: Cap und Konečný äußern sich zu solchen Überlebensfragen nicht mehr, dazu sind sie schon zu lange hier im Hause.

Aber jedenfalls haben wir einen Bundeskanzler, der offenkundig bisweilen Dinge durchsetzen kann, etwa als er den Wahltag verkündet hat, obwohl sein stellvertretender Parteiboss ja noch einige Tage danach in Wort und Schrift, wie es so schön heißt, den 5. April als Wahltag beschworen hat.

Also ich will damit nur sagen: Wir haben die Auflösung einer Regierung vor uns, die den Charakter eines Schauspiels hat, eines eher traurigen Schauspiels. Ich sage noch einmal: Wir haben heute, wenn Sie sich die Ministerbank, prall gefüllt, ansehen, doch eher ein ruinöses Bild vor uns gehabt.

Und weil Sie glauben, es geht gar zu leicht, über Auflösung des Nationalrates nach vorne zu flüchten, möchte ich doch noch in einer Art Nachruf verlesen, was der Koalitionsreferent dieser Regierung, Minister Fischer, noch vor einiger Zeit gesagt hat.

Der Koalitionsreferent dieser Regierung, gewissermaßen der erste Arbeitslose in diesem Verein, der Koalitionsreferent Minister Fischer hat noch im Mai verkündet:

Die Regierung geht mit Optimismus in ihr viertes Jahr. Alle Spekulationen über ein vorzeitiges Scheitern der Bundesregierung haben sich als falsch erwiesen.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei und vor allem Herr Bundeskanzler! Weil Sie heute gar so viel von Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler und dem Bürger gesprochen haben: Nun, die Ankündigung einmal vom Mai vom Minister Fischer war es nicht.

Dann hat der Bundeskanzler selbst im Juni erklärt, er habe die Wunschmannschaft ausgewählt. Auch das muß man in Erinnerung rufen, weil Sie gewissermaßen heute den Untergang einer Wunschmannschaft erleben. Etwas, was man sich noch vor einigen Monaten glühend als Wunschmannschaft ausgewählt hat, gilt nicht mehr.

Und dann gibt es — weil Sie sagen, das ist alles schon lang her — noch im August den Bundeskanzler, und auch den muß man con amore zitieren. Da hat er nämlich noch gesagt, er wolle mit seinem jetzigen Regierungsteam bis zu den Wahlen im Frühjahr solide, ruhig und zielstrebig arbeiten.

Steinbauer

Und das ist genau der Punkt, wo ich kurz einhaken möchte: Es ist das Bedauerliche an dieser Übergangsregierung, dem Wunschteam, daß es auftauchte und sehr rasch wieder verschwunden ist, daß es zum Arbeiten ja überhaupt nicht gekommen ist. Diese Regierung — so wage ich zu behaupten — hat mehr Ferien gehabt als Arbeitszeit, und als die Arbeitszeit wieder begann, hat sie sich in den Händen des Bundeskanzlers schlicht in Nichts aufgelöst.

Und schieben wir nicht die ganze Schuld — hier möchte ich die Kollegen von den Freiheitlichen verteidigen — auf die Freiheitlichen, daß heute die von uns erhoffte Auflösung endlich zustande kommt. Das war bei Ihnen die Flucht nach vorne, die Flucht in eine vage, allerdings nicht sehr hoffnungsfrohe Zukunft.

Und deswegen muß ich Ihnen doch in Erinnerung rufen, daß es in der Vergangenheit einige Wahlen gegeben hat, die so günstig wieder nicht ausgegangen sind. Ich sage das, weil der Kollege Gmoser so massiv darauf herumgeritten ist; ich komme auf die Steiermark noch später zurück.

Aber wenn wir von Wahlen reden, so muß man doch auch von den 18 vergangenen Wahlen reden: Alle — und das ist schon ein Rekord, wie er im „Buch der Rekorde“ zu verzeichnen ist —, 18 Wahlen en suite, eine hinter der anderen, um es deutsch zu erläutern, eine nach der anderen wurde von den Sozialisten verloren.

Und ich nenne Ihnen auch ein bißchen das Ausmaß mancher dieser Wahlen:

Die Landtagswahlen in Niederösterreich: minus 4 Prozent.

Die Landtagswahlen in Salzburg: minus 4 Prozent.

Die Arbeiterkammerwahlen: minus 5,6 Prozent.

Die Landtagswahlen in Tirol: minus 4 Prozent für die Sozialisten.

Und wenn dann als scheinbarer Lichtblick die Handelskammerwahlen vom Präsidenten Mühlbacher nur mit minus 0,9 Prozent verloren wurden, dann muß man hier erläuternd sagen: Dort ist ja der Bestand an Sozialisten so dünn, daß man annehmen mußte, wir sind schon knapp bei den Familienangehörigen des Präsidenten Mühlbacher. Die konnten gar

nicht mehr davonlaufen, da kann es keine höheren Abwanderungsraten geben.

Ich rede nicht von den Gemeinderatswahlen. Ich rede vor allem nochmals von den Arbeiterkammerwahlen vom 9. April 1984: minus 5,6 Prozent für die Sozialisten.

Und ich hätte das alles nicht getan, wenn Kollege Gmoser hier nicht — wie es eigentlich eher im steirischen Landtag angebracht gewesen wäre — lauthals versucht hätte, das steirische Landtagswahlergebnis in Richtung ÖVP ein bißchen umzumontieren.

Und da, Herr Kollege Gmoser, gibt es wirklich nur die schlichte Ehrenliste der Fluchtbewegung in steirischen Städten, der Fluchtbewegung weg von der SPÖ.

Kollege Gmoser, wenn Sie hier nicht davon geredet hätten, hätte ich Ihnen das heute erspart, aber einige Orte muß ich daraufhin nennen, denn die Wahrheit liegt trocken in den Prozenten, die ich jetzt nenne:

Mürzzuschlag: minus 5,3 — eine Flucht von Sozialisten; Judenburg: minus 6,4 — eine Flucht von Sozialisten (*Abg. Weinberger: Aber nicht zur ÖVP!*); Kapfenberg: minus 5,3 — eine Flucht von Sozialisten; Leibnitz: minus 6,1; Leoben: minus 8,8; Weiz: minus 8,1. Und wie es in Graz ausgesehen hat, das wissen Sie selbst.

Ich habe heute nicht vorgehabt, das zu erwähnen. Ich habe es nur gemacht, weil Sie hier gestanden sind und versucht haben, die steirische Landtagswahl zu einer ÖVP-Sache zu machen. (*Abg. DDr. Gmoser: Lesen Sie doch die Zunahme bei der ÖVP vor! 0,9 Prozent!*)

Das kann ich Ihnen auch vorlesen. Das kann ich Ihnen gerne auch vorlesen. Aber es muß Sie doch nachdenklich machen, daß die Flucht... (*Abg. Schieder: Nein, nein!*) Ja, den Zentralsekretär Schieder macht nichts nachdenklich. Das ist eine seiner Stärken, daß er durch nichts zu erschüttern ist. (*Abg. Schieder: Lesen Sie nur vor!*) Der Keller wird ihm das schon nachweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und es ist eine Flucht nicht nur der sozialistischen Wähler gewesen, sondern es ist auch eine Flucht, für die es Motive beim Bundeskanzler gibt. Bundeskanzler Vranitzky hat Ihnen die Wahrheit schon einmal gesagt. Er hat nämlich im Jahr 1985, als er noch Finanzminister war, gesagt: 1986 bis 1988 sind keine

Steinbauer

normalen Budgetjahre, 1987 wird möglicherweise am schwierigsten. — Vranitzky im Originalton. Dieses Budget — es sei denn, er legt Hausnummern vor — hat er sich erspart durch den Drang nach vorverlegten Wahlen. Und ich glaube, daß das sicherlich auch ein wesentliches Fluchtmotiv war.

Ich war eigentlich erstaunt, daß heute nicht mehr sozialistische Redner auf das Phänomen der Wende eingegangen sind: Die Wende ist ja nicht etwas, was man herbeireden kann, sondern die Wende, die von den Bürgern, die von den Wahlberechtigten als notwendig angesehen wird, hat ja solide, feste Gründe, nämlich die festen Gründe der Unzufriedenheit. Ich möchte in aller Kürze ein paar nennen.

Wenn Sie die höchste Arbeitslosigkeit seit 1953 mit einem vermutlichen Durchschnitt von 5,1 Prozent 1986 haben, dann ist das ein Problemberg von Unzufriedenheit, der ganz einfach vorhanden ist. Wenn Sie im Jänner dieses Jahres den Rekord von 206 000 Arbeitslosen hatten — über 7 Prozent —, dann ist das ein Rekord der Traurigkeit. Wenn Sie den Abbau von Selbständigen hier heute verschwiegen haben — wir haben es Ihnen nachgewiesen, daß die ja einzurechnen sind —, dann müssen Sie auch an das Elend mancher bäuerlicher Betriebe denken, dann müssen Sie an das Elend in kleineren und mittleren Gewerbebetrieben denken und an die schlechte Wirtschaftspolitik, die dahintersteht.

Oder: Ein Fluchtmotiv, das Sie, Herr Zentralsekretär Schieder, offenkundig noch immer nicht ernst genug nehmen, ist auch der Steuerdruck. Wenn das Lohnsteueraufkommen 1970 bei etwas über 10 Milliarden lag und am Ende des Jahres 1986 bei 99 Milliarden liegt, dann wird sich der durchschnittliche Lohnempfänger fragen, ob er der sozialistischen Alleinregierung zunächst und der sozialistischen Koalitionsregierung in diesem ganzen Zeitraum bei einem Lohnsteueraufkommen von 10 Milliarden auf 99 Milliarden ein verzehnfachtes Lohn- und Gehaltserlebnis entgegenhalten kann oder ob es nicht die Wahrheit ist, daß der wahre Faktor um 4,32 Prozent gestiegen ist. Und das ist auch wieder ein Problempunkt. Diese als so „sozial“ ange tretene Regierung hat doch auch eine Bilanz der Armut vor diesen nächsten Wahlen hinterlassen.

Wenn 10 Prozent aller Arbeitnehmerhaushalte, immerhin 95 000 Arbeitnehmerhaushalte, pro Kopf etwa bei 4 200 S Einkommen

liegen, so wollen diese eine Wende dieses Zustandes. Oder: Wenn 32 000 bäuerliche Voll erwerbsbetriebe unter dem Ausgleichszulagenniveau liegen, so wollen diese eine Veränderung, eine Wende, dann wollen die, daß es in dem Land anders wird. Und wenn dann Minister Dallinger, ein Mann, der in letzter Zeit wieder zu Ehren kam, einmal in schrecklicher Deutlichkeit sagte: Der Kampf gegen die Armut ist nicht gewinnbar!, so wollen die Armen in diesem Lande nach 16 Jahren sozialistischer Regierung eine Wende. Die wollen nämlich, daß der Kampf gegen die Armut besser geführt wird, als er in diesen letzten 16 Jahren geführt wurde. *(Zwischenruf der Abg. Edith Dobesberger.)* Sie glauben nicht, daß es Arme gibt, und Sie glauben nicht, daß es ein trauriger Rekord der sozialistischen Regierung war, Pensionskürzungen in diesem Land bei den Bauern und bei anderen zustande gebracht zu haben, daß sie erst unter dem Druck der Opposition zu einer Reparatur bereit war. Bitte, dies ist die Wahrheit. So haben Sie den Kampf gegen die Armut geführt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun ein Wort zu Ihrer letzten Hoffnung vor den Nationalratswahlen, zur Ardennenoffensive gewissermaßen, um es im Jargon der Freiheitlichen zu formulieren: zum Phänomen Vranitzky. Bitte, irgend jemand muß Ihnen auch das sagen, was die Menschen eigentlich wissen, was man aber im SPÖ-Klub wahrscheinlich nicht laut sagen darf: die Legende Vranitzky, der ja, belegt durch Ziffern, am Ende seiner Jahre als Finanzminister schlechter abschneidet als der Finanzminister Salcher selig.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich fürchte, diese Legende Vranitzky wird vielleicht am Ende seiner Bundeskanzlerschaft — wenn ich mir nämlich heute anschau, was eigentlich in diesen Monaten weitergegangen ist, liegt das nahe — sogar schlechter abschneiden als der von Ihnen nicht mehr so geliebte Bundeskanzler Sinowatz. Die Legende Vranitzky ist eine, die nur mehr Sie glauben. Die Zahlen haben Sie bereits widerlegt. Sie müßten eigentlich den Salcher mit Handkuß zurückholen. Die Legende Vranitzky ist eine, die Ihnen die Leute auch nicht abnehmen, und so wird es am Ende bei den Wahlen vielleicht den Faktor Vranitzky geben, aber sicherlich nicht die Hoffnung der sozialistischen Bewegung. Auf einen Mann, seinen Anzug und sein Drumherum zu setzen, ist doch das Ende einer Ära. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn Sie da noch nicht verstanden haben, was mit Ihnen geschehen ist, wenn Sie da noch nicht sehen, was aus

Steinbauer

Ihrer Bewegung geworden ist, dann gebe ich Ihnen zu überdenken, womit Sie eigentlich in diesen Wahlkampf hineingehen.

Sie haben heute einen strategisch-taktischen Trick versucht. Angekündigterweise hat der Herr Bundeskanzler Vranitzky heute die Wortmeldung benützt, um das sogenannte Wahlprogramm zu verlesen. Ich sage dies nur, weil gar so viel von Ehrlichkeit in den letzten Sätzen dieses sogenannten Wahlprogrammes drinnen war: Da war auch von den Elementen der Demokratie und der direkten Demokratie die Rede. Der Herr Bundeskanzler Vranitzky hat vergessen, daß bereits unter seiner Halbherrschaft, geteilt mit dem mächtigen Parteivorsitzenden, der sich leider — ich möchte das noch einmal bedauern, weil ich ihn als Redner immer sehr geschätzt habe — heute nicht zu Wort gemeldet hat, daß unter dieser geteilten Ära etwa der ORF-Streich ebenso geschehen ist, wie wir auch vermißt haben, daß in der ganzen Debatte rund um das direkte Demokratieelement Volksbegehren (Konferenzzentrum) die laute Stimme Vranitzkys zu hören war.

Meine Damen und Herren! Sie haben doch heute in dem sogenannten Wahlprogramm wieder nur die große Sandstreumaschine der Worte über die Wähler lassen wollen. Aber bitte, wenn Sie sich dieses Dokument heute genau anschauen — viele unter Ihnen sind Profis —, wenn Sie sich den Text Ihres Bundeskanzlers hernehmen, da frage ich: Sagen Sie nicht auch, da ist keine Wende? Sagen Sie nicht auch, da ist nichts Neues? Sagen Sie nicht auch, da ist nichts Handfestes? Sagen Sie nicht auch das, was Ihnen die Österreicher in einigen Wochen sagen werden: Wir wollen etwas anderes! Wir wollen eine Wende! Wir brauchen das für unser Land, für Österreich! (Beifall bei der ÖVP.) 18.29

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf betreffend die vorzeitige Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates samt Titel und Eingang in 1087 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 214/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahlen 1986 (1088 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 214/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahlen 1986 (1088 der Beilagen).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Gradischnik:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahlen 1986 (214/A).

Ich verweise, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf den Ihnen vorliegenden Antrag sowie auf den Ihnen vorliegenden Bericht.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. — Bitte die Plätze einzunehmen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 1088 der Beilagen.

Da der vorliegende Gesetzentwurf eine Verfassungsbestimmung enthält, stelle ich

13510

Nationalrat XVI. GP — 158. Sitzung — 23. September 1986

Präsident

zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Ziffer 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. Ich stelle ausdrücklich fest: mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf

ist auch in dritter Lesung einstimmig angenommen, also mit der verfassungsmäßig erforderlichen Zweidrittelmehrheit.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in dieser Sitzung die Anfrage 2340/J eingelangt ist.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 1. Oktober, 11 Uhr, in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde beginnen.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 33 Minuten